

# Stenographisches Protokoll.

## 10. Sitzung der II. Session der IV. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Donnerstag, den 17. April 1947.

### Inhalt.

1. Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten (S. 215).
2. Abwesenheitsanzeige (S. 215).
3. Verhandlung:

Spezialdebatte zu Kapitel III, Fürsorgewesen: Berichterstatter Abg. Kuchner (S. 215); Redner: Landeshauptmannstellvertreter Popp (S. 215), Abgeordneter Schöberl (S. 220), Abg. Sigmund (S. 221), Abg. Findner (S. 222), Abg. Nimetz (S. 223), Abg. Tesar (S. 223), Abg. Hölzl (S. 224), Abg. Grafeneder (S. 225), Abg. Kren (S. 226), Abg. Koppensteiner (S. 227), Abg. Dubowsky (S. 229), Abg. Endl (S. 230), Resolutionsantrag Abg. Endl (S. 230), Landesrat Schneidmadr (S. 230), Berichterstatter Abg. Kuchner Schlußwort (S. 235), Abstimmung (S. 235).

Spezialdebatte zu Kapitel IV, Schulwesen: Berichterstatter Abg. Kuchner (S. 235); Redner: Abg. Kaindl (S. 235), Resolutionsantrag Abg. Kaindl (S. 239), Abg. Reif (S. 243), Abg. Vesely (S. 245), Abg. Zettel (S. 251), Abg. Götzl (S. 253), Abg. Wondrak (S. 254), Abg. Doktor Steingötter (S. 255), Abg. Sigmund (S. 257), Abg. Zach (S. 258), Landeshauptmannstellvertreter Popp (S. 260), Berichterstatter Abg. Kuchner Schlußwort (S. 263), Abstimmung (S. 263).

Spezialdebatte zu Kapitel V, Kunst und Wissenschaft: Berichterstatter Abg. Kuchner (S. 264); Redner: Abg. Kaindl (S. 264), Abg. Reif (S. 266), Berichterstatter Abg. Kuchner (S. 267), Abstimmung (S. 267).

PRÄSIDENT (*um 9 Uhr 15 Minuten*): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung hat sich Herr Abgeordneter Romsy wegen Krankheit entschuldigt.

Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung und fahren in der Beratung des Voranschlags des Landes Niederösterreich für das Jahr 1947 fort. Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Abg. Kuchner, zu Kapitel III, Fürsorgewesen, zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Hohes Haus! Zum Kapitel „Fürsorgewesen“ möchte ich die Daten nennen, die der Finanzausschuß zusätzlich zur Bewilligung vorgeschlagen hat. Hiezu wäre zu sagen:

Zu Titel 2, § 12, „Förderung der Leibesübungen“, Erhöhung von 30.000 S um

10.000 S auf 40.000 S, zu Titel 2, § 14, „Beihilfen für Lehrlinge in Mangelberufen“ (neue Zweckbestimmung), 50.000 S, zu Titel 7, „Beitrag zur Fürsorge für die Opfer um die Befreiung Österreichs“, Erhöhung von 25.000 S um 15.000 S auf 40.000 S. Somit wird der Gesamtausgabenbetrag im Sachaufwand von 6,148.500 S um 75.000 S auf 6,223.500 S erhöht. Die Ausgaben­summe bei diesem Kapitel beträgt 8,299.300 S, die Einnahmen 3,790.900 S, es verbleibt somit eine Nettoausgabe von 4,508.400 S.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Debatte zu diesem Kapitel zu eröffnen.

PRÄSIDENT: Ich erteile dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Popp das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter POPP: Hoher Landtag! Der allgemeinen Fürsorge, insbesondere aber der Jugendfürsorge, kommt in den Notzeiten, die wir jetzt haben, eine ganz besondere Bedeutung zu. Die Opfer der Ernährungskrise sind vor allem unsere Kinder. Herr Landesrat Schneidmadr hat gestern in seinem Bericht über die Gesundheitsverhältnisse in unserem Lande ein sehr erschütterndes Bild gegeben, insbesondere über den Krankheitszustand, den wir bei unserer schulbesuchenden Jugend zu verzeichnen haben. Es ist daher wohl selbstverständlich, daß wir uns vor allem bemühen müssen, die Jugenderholungsfürsorge auszubauen. Wir haben bereits im abgelaufenen Jahr 1946 am Wiederaufbau unserer Kindererholungsheime gearbeitet und wollen diese Arbeiten im heurigen Jahre in erhöhtem Maß fortsetzen. Leider stehen diesem Beginnen eine Reihe von Schwierigkeiten entgegen. Zunächst sind es Schwierigkeiten finanzieller Natur. Es ist durch eine Verordnung aus dem Jahre 1940, also eine nationalsozialistische Verordnung, über die Jugendwohlfahrt festgelegt worden, daß die Kompetenz für die Jugendfürsorge dem Lande entzogen und daß die Jugendfürsorge als eine Angelegenheit der Kreisverwaltung erklärt wurde. Die zweite Schwierigkeit ist die, daß infolge des noch ausstehenden Finanzausgleiches zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ausreichende Mittel fehlen. So ist z. B. die Besoldung der Angestellten für den Fürsorgedienst heute noch Sache der Bezirke und das behindert uns ebenfalls im Ausbau unserer Jugendfürsorge.

Trotzdem muß das Land und die zuständige Abteilung, das Landesjugendamt, heute schon dafür Sorge treffen, daß wir einen entsprechenden Nachwuchs bekommen. Wir haben bereits im abgelaufenen Jahr einen Schulungskurs im Kleinkinderkrankenhaus „Schwedenstift“ in Perchtoldsdorf durchgeführt und waren so imstande, sieben diplomierte Fürsorgerinnen bei den Jugendämtern der Bezirkshauptmannschaften einzustellen. Es ist geplant, auch im heurigen Jahr im Sommer, ebenfalls im „Schwedenstift“, einen zweiten Kurs durchzuführen, außerdem einen einjährigen Säuglingspflegerinnenkurs. Geeignete Absolventen dieser Kurse sollen in einem zweiten Jahrgang für den Fürsorgerinnenberuf selber ausgebildet werden.

Wir haben außerdem einen großen Mangel an Berufsvormündern für die offene Fürsorge. Es fehlen uns mindestens 50 geschulte Fürsorgebeamte. Der Außendienst, den die Fürsorgerinnen im Lande zu versehen haben, ist außerordentlich schwer. Er leidet insbesondere unter den Verkehrsverhältnissen. Es sind stundenweite Wege zu machen, um die notwendigen Erhebungen für die Kindererholungsaktionen, die Auslandshilfsaktionen usw. durchzuführen. Wenn man bedenkt, daß die Fürsorgerinnen selbst noch nicht über die notwendigen Schuhe, Kleider usw. verfügen, dann kann man sich vorstellen, unter welchen Schwierigkeiten diese Fürsorgerinnen ihren Dienst versehen. Dazu kommen noch die schlechten Sicherheitsverhältnisse. Die Fürsorgerin muß oft stundenweit auf einsamen Landstraßen wandern, um ihre Besuche abzustatten. Ich glaube daher, den Fürsorgerinnen für diesen schweren Dienst den besonderen Dank des Landes aussprechen zu sollen.

Der Aufgabenkreis des Landesjugendamtes umfaßt drei Tätigkeitsbereiche, und zwar die sogenannte offene Fürsorge, die geschlossene Fürsorge und die Erholungsfürsorge.

Zur offenen Jugendfürsorge gehört die Führung der Generalvormundschaft über die unehelichen Kinder, dazu gehört noch die Führung der Pflugschaften für aus geschiedenen oder zerrütteten Ehen stammende Kinder. Der Stand vor dem Jahre 1938 an befürsorgten Kindern ist heute noch lange nicht erreicht, die Erfassung war vielfach noch nicht möglich. Insgesamt sind bis jetzt 44.000 Mündel wieder erfaßt.

Schwierig ist auch die Feststellung der Vaterschaft bei den Vätern, deren Aufenthalt wir nicht wissen, die Ausländer sind oder zu den sogenannten Unbekannten gehören. Vielfache Erhebungen sind hier notwendig und zum Schluß führen sie zu keinem Ergebnis.

Das Landesjugendamt hat sich auch bemüht, die Mutterberatungsstellen, deren Wirken sicherlich als segensreich zu bezeichnen ist, wieder auszubauen. Auch hier sind viele Schwierigkeiten zu überwinden. Insbesondere fehlt es an geeigneten Räumen in den zerbombten Gemeinden draußen; es fehlen aber auch vielfach die Einrichtungsgegenstände. Viele Beratungsstellen sind geplündert worden oder haben sonst Schaden gelitten.

Für die geschlossene Jugendfürsorge stehen zwei Anstalten zur Verfügung, nämlich das Landeskinderkrankenhaus „Schwedenstift“ in Perchtoldsdorf und die Landeskinderheilstätte in Krems. Das „Schwedenstift“ dient zur Unterbringung von kranken Kleinkindern und hat derzeit einen Fassungsraum für 80 Kinder. Im heurigen Jahr ist ein Ausbau geplant durch Errichtung einer Wäscherei und Desinfektionsanlage, die Zentralheizung soll neu gebaut werden und eine Warmwasseranlage ist mit dem Betrag von 80.000 S im Voranschlag vorgesehen.

Der Landesregierung wurde schon vor Monaten mitgeteilt, daß die Stadt Göteborg in Schweden in sehr großzügiger Weise sich bereit erklärt hat, zum weiteren Ausbau des „Schwedenstiftes“ beizutragen. Es soll ein neuer Pavillon entstehen. Die Pläne sind bereits ausgearbeitet und die Mittel, die von der Stadt Göteborg zur Verfügung gestellt werden sollen, machen umgerechnet rund 600.000 S aus. Das ist gewiß eine sehr erfreuliche Widmung, die wir da bekommen. Auf Grund eines erweiterten Belages wird laufend für wenigstens 40 Kinder die Möglichkeit bestehen, sie der Heilung zuzuführen. Die Landesregierung hat durch einen Beschluß, den sie schon vor einigen Monaten gefaßt hat, der Stadt Göteborg den Dank des Landes Niederösterreich ausgesprochen und ich bin überzeugt, daß sich auch der Hohe Landtag dem Dank der niederösterreichischen Landesregierung anschließt. (*Lebhafte Beifall im ganzen Haus.*)

Die Landeskinderheilstätte in Krems dient zur Pflege der tuberkulos gefährdeten Kinder im Alter von 4 bis 14 Jahren. Dort wäre ein Belag für 200 Kinder gegeben. Diese Anstalt hat aber durch die Kriegseinwirkungen stark gelitten, sie ist ziemlich viele Monate besetzt gewesen, erst seit einigen Monaten ist sie wieder frei und vom Land wieder in Betrieb genommen worden. Im Vorjahr mußte vor allem eine Ergänzung der Wäsche, Kleider und ärztlichen Apparaturen vorgenommen werden.

Im heurigen Jahr ist geplant, eine eigene Liegehalle einzurichten, den Spielplatz neu

herzurichten usw., außerdem sind eine Reihe von Kriegsschäden zu beheben.

Eine besondere Bedeutung kommt der Erholungsfürsorge im Land Niederösterreich zu. Mit der Erholungsfürsorge wurde im Land Niederösterreich eigentlich schon nach dem ersten Weltkrieg begonnen. Auch damals haben wir eine Unterstützung vom Ausland, insbesondere von den Amerikanern und den Schweden, bekommen. Damals war es aber viel leichter als heute. Damals hatten wir nicht die Kriegsschäden im ganzen Land, auch keine Plünderungen usw., und die Entwicklung war viel erfreulicher und rascher wie heute. Bis zum Jahre 1938 wurde systematisch am Ausbau der Erholungsheime im Land Niederösterreich gearbeitet. Wir hatten vor der Besetzung durch die Nationalsozialisten in Niederösterreich sieben sehr schöne Zweckbauten, die der Erholungsfürsorge gedient hatten, so daß wir in Turnussen von vier bis sechs Wochen rund tausend Kinder unterbringen konnten. Wenn Sie Gelegenheit hätten, diese Erholungsheime jetzt anzuschauen, würden Sie ein erschreckend betrübliches Bild davon bekommen. Eine Reihe dieser Erholungsheime hat durch die Kriegseinwirkungen unmittelbar gelitten, durch Artillerietreffer, Bombenschäden usw., und wenn das nicht der Fall war, sind sie bis auf letzte ausgeplündert worden. Aber nicht nur die Einrichtungsgegenstände und die Wäsche fehlen, auch die Türstöcke, Fensterrahmen, Fußböden usw. sind herausgerissen, Installationen, Wasserleitungen, Wäschereianlagen usw. sind devastiert, und es ist nichts mehr vorhanden. Es wird vieler Arbeit und Mittel bedürfen, daß wir diese Heime wieder instandsetzen können.

Im abgelaufenen Jahr ist es uns gelungen, zwei Heime wieder in Betrieb zu nehmen. Während wir früher für tausend Kinder die Möglichkeit hatten, sie laufend turnusweise unterzubringen, haben wir jetzt, nachdem die Erholungsfürsorge wieder in Gang gekommen ist, mit Ende dieses Jahres nur einen Belag für 170 Kinder gehabt. Als erstes wurde das Erholungsheim in Puchberg am Schneeberg wieder instand gesetzt. Es wurde im Juni 1946 eröffnet und weist heute einen Belag von 110 Kindern auf, so daß wir im abgelaufenen Jahre 1946 rund 450 Kinder der Erholung in diesem sehr schönen Heim zuführen konnten. In Erholungsheime kommen Kinder, die auf Grund der ärztlichen Untersuchung einen sogenannten Dreierbefund haben. Für die Führung der Heime bekommen wir von der Schweden-Hilfe zusätzliche Nahrungsmittel, die einen täglichen Kalorienwert von rund 700 Kalorien aufweisen, was immerhin eine

bedeutende Zubeße ist. Wir können mit Freude feststellen, daß die Kinder, die sich dort vier bis sechs Wochen aufhalten, meist mit einer Gewichtszunahme von zwei bis fünf Kilogramm zurückkommen. Auch in diesem Heim hatten wir in den vergangenen Monaten, besonders aber in den Wintermonaten, mit großen Schwierigkeiten zu rechnen. Es gab vor allem Transportschwierigkeiten, es war oft nicht möglich, die erforderlichen Autos aufzutreiben. Diese sind bei den Schneeverwehungen auf den Straßen nicht durchgekommen, um die Kohle und die Lebensmittel hinauszubringen. Wir hatten weiters Beheizungsschwierigkeiten. Einmal sind wir fast vor der Sperre des Heimes gestanden, wenn uns nicht der Bürgermeister von Puchberg mit Kohle leihweise ausgeholfen hätte. Und so gab es Schwierigkeiten eine Menge.

Das zweite Heim, das wir in Betrieb genommen haben, ist das in St. Ägyd am Neuwald. Dieses ist Eigentum des Caritasverbandes St. Pölten und wurde vom früheren Landesjugendamt gepachtet. Es wurde mit 60 Kindern wieder in Betrieb genommen, so daß also für insgesamt 170 Kinder schon Erholungsstätten bestehen.

Knapp vor der Eröffnung steht das sehr schöne Erholungsheim in Lunz am See, wo wir zirka 110 Kinder unterbringen können. Dieses Heim, das schon vor 1938 bestanden hat, ist von den Deutschen zweckwidrig verwendet worden. Nach dem Jahre 1945 ist es lange von Besatzungstruppen benützt, daher auch stark mitgenommen worden, aber in den letzten Monaten wurde es wieder instand gesetzt.

Es war dort notwendig, verschiedene bauliche Adaptierungen zu machen, die Einrichtung mußte wieder komplettiert, bzw. vollständig neu beschafft werden, Installationen mußten durchgeführt werden usw.

Wir hoffen, in den nächsten Tagen die Wiedereröffnung dieses Heimes vornehmen zu können.

Ein viertes Heim, das wir auch wieder in der nächsten Zeit eröffnen wollen, ist das Heim in Hochwolkersdorf. Auch dieses hat durch die Kriegsbeschädigungen gelitten, eine Zeitlang ist es von Umsiedlern besetzt gewesen und ein Teil der Einrichtung ist verlorengegangen. Jetzt ist es wieder instand gebracht worden, so daß wir dort 60 Kinder unterbringen können. Dadurch ist es uns möglich, jetzt über 340 Betten gegenüber 170 im Vorjahre zu verfügen.

Ein sehr schönes Erholungsheim hätten wir in Schauboden an der Erlauf, das eine Unterbringungsmöglichkeit für 110 Kinder bieten

würde. Dieses Heim hat eine sehr günstige Lage, liegt mitten in einem Föhrenwald und wäre besonders für Kleinkinder geeignet. Bei Kriegsende wurde dieses Heim evakuiert, es wurde vollständig ausgeplündert, es fehlt dort an Wäsche, Betten usw., selbst Tür- und Fensterstöcke sind verschwunden und es muß daher neu eingerichtet werden. Die wenigen Räume, die heute in Ordnung sind, sind derzeit von Volksdeutschen besetzt. Wir werden uns bemühen, diese anderweitig unterzubringen, so daß wir dieses Heim für unsere notleidende Jugend in Niederösterreich freibekommen. Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß im Voranschlag ein Betrag von 100.000 S eingesetzt ist, den wir vornehmlich für die Wiedereinrichtung dieses Heimes in Schauboden benützen wollen. Ein weiteres Heim, das auch noch verschiedene Instandsetzungsarbeiten erfordert und in dem heute schwer erziehbare Kinder untergebracht sind, ist der Reichenauer Hof bei Waidhofen an der Ybbs, wo ebenfalls eine Unterbringungsmöglichkeit für 90 Kinder besteht.

Vor dem Krieg hatten wir noch ein Erholungsheim in Gaming. Dieses war vom Stift Melk gepachtet und es war dort ein Belag für 220 Kinder. Dieses Heim ist ebenfalls durch den Krieg sehr mitgenommen, es fehlt alles Inventar und müßte vollständig neu eingerichtet werden. Wir hatten seinerzeit einen landfristigen Pachtvertrag, und wenn wir uns entschließen wollten, dieses Heim wieder zu übernehmen, müßten wir mindestens einen 20jährigen Pachtvertrag abschließen, denn nur dann würden sich die Investitionen lohnen. Das Heim hat wohl eine schöne Lage, hat aber den Nachteil, daß es schattenseitig liegt, was nicht sehr zweckmäßig ist, und das zuständige Referat hat daher zu überlegen, ob man dieses Heim noch einmal pachten soll oder ob es nicht besser wäre, gleich ein entsprechendes neues Jugenderholungsheim zu schaffen.

Bei den Arbeiten, die wir hier durchführen wollen, habe ich als Referent des Landesjugendamtes an die zuständige Landesbaudirektion die Bitte — das Landesjugendamt ist ja nicht imstande, die Pläne zu erstellen —, die Bauaufsicht usw. zu übernehmen. Es wäre zweckmäßig, wenn eine Abteilung eines Bauamtes ständig die Bauaufsicht und Bauberatung übernehmen würde. Auf diese Art und Weise wäre es möglich, in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt die großen Schäden in unseren Erholungsheimen auszubessern.

Hohes Haus! Die ganze Fürsorgeaktion, die wir in Niederösterreich haben, ist über-

haupt nur dank der Hilfe des Auslandes möglich gewesen. Wir konnten in Niederösterreich neben der Unterbringung von Kindern in unseren eigenen Erholungsheimen noch auf anderem Gebiet sehr vieles für unsere Kinder durch die Auslandshilfe machen. Herr Landesrat Schneidmadl hat gestern auf die Schweizer Hilfsaktion hingewiesen. Diese Schweizer Hilfsaktion ist vor allem auch der Jugend Niederösterreichs zugute gekommen. Sie hat zuerst von allen Hilfsaktionen auf dem Gebiet der Jugendfürsorge eingesetzt; sie muß als außerordentlich gut organisierte und großherzige Hilfsaktion bezeichnet werden.

Die Schweizer Hilfsaktion teilt sich in eine Reihe von Aktionen. Die eine ist die sogenannte Kinderverschickungsaktion. Wir hatten bis Februar d. J. die Möglichkeit, 5851 Kinder in die Schweiz zu schicken. Die Kinder, die auch ärztlich untersucht werden, kommen auf drei Monate zu einem kostenlosen Aufenthalt in die Schweiz, werden dort in Privatpflege übernommen und, falls sich auf Grund einer ärztlichen Untersuchung die Notwendigkeit ergibt, diese Unterbringung zu verlängern, wird eine Verlängerung von drei Monaten gewährt, so daß sich die Kinder unter Umständen sechs Monate in Privatpflege in der Schweiz befinden. Die Kinder kommen gut erholt und überdies reichlich beschenkt mit Lebensmitteln, Kleidern usw. in die Heimat zurück, und es entwickelt sich zwischen den Pflegeeltern und den Kindern ein schöner Schriftverkehr, wie wir ihn aus der Zeit vor dem Jahre 1934 und nach dem Jahre 1918 erlebt haben.

Eine zweite Aktion der Schweizer sind die sogenannten Patenschaften. Es wurden uns seinerzeit 2500 solcher Patenschaften zugesagt. Diese Zahl ist heute bereits überschritten, denn es sind schon 200 bis 300 Patenschaften mehr übernommen worden. Die Patenschaft ist an die Bedingung geknüpft, daß es sich um unterernährte Kinder handeln muß, die durch den Krieg Schaden gelitten haben. Diese Kinder bekommen durch sechs Monate monatlich ein Lebensmittelpaket im Gewicht von 2300 Gramm. Auf Grund einer ärztlichen Untersuchung kann diese Patenschaft um ein weiteres halbes Jahr verlängert werden, so daß ein solches Kind durch zwölf Monate ein ansehnliches, wertvolles Paket erhält. Neueingeführt werden soll durch die Vermittlung des Roten Kreuzes eine sogenannte Wunschpatenschaft.

Eine weitere Aktion wird die Patenschaft für tuberkuloskranke Kinder sein, die ebenfalls in Entwicklung begriffen ist. Das ist eine Gruppe der Aktionen, die die Schweizer

durchführen. Die zweite, ebenso wichtige Gruppe sind die Ausspeiseaktionen, die die Schweiz in einer Reihe von Gebieten, vor allem in Notstandsgebieten an der Südbahnstrecke, durchführt, und zwar in Baden, Vöslau, Pottendorf, Piesting, Berndorf, Neunkirchen, Hirtenberg und Ternitz. In Wiener Neustadt ist eine Zentralküche eingeführt, von wo aus das Essen in die umliegenden Gemeinden, die betreut werden, geführt wird, so daß in diesem Gebiet allein rund 25.000 Kinder täglich durch die Schweizer Hilfsaktion ausgespeist werden. (*Großer Beifall im ganzen Haus.*) Dazu kommen die Randgebiete von Mödling, die ursprünglich auch in die Schweizer Hilfsaktion einbezogen waren, im Sommer vorigen Jahres aber durch die Dänen übernommen wurden. Von diesen wurde eine Zeitlang eine Aktion auch in St. Pölten, Hainfeld, Traisen usw. geführt, die aber von den Schweizern übernommen wurde. Neben diesen großen und für uns bedeutenden Aktionen sind noch eine Reihe kleinerer Aktionen, die ich aber im Detail nicht schildern will. Wir haben Kinderwäsche bekommen, einige tausend Stück Windeln, die wir unserer Mutterberatung zur Verfügung stellen konnten. Weiter eine Weihnachtsaktion, wo wir Pakete mit Süßigkeiten bekamen, die im Wege des Kindergartenreferates verteilt wurden usw.

Neben der Schweizer Hilfsaktion ist die dänische Hilfsaktion besonders hervorzuheben. Diese dänische Hilfsaktion hat, wie ich schon vorher sagte, im St.-Pöltener Gebiet gearbeitet und wurde durch die Schweizer Hilfsaktion abgelöst. Es war da der Plan, insgesamt 10.000 Kinder auszuspäisen. Die dänischen Quäker haben ihre Tätigkeit im Traisen- und Gölsental, wie in Hainfeld, St. Veit und Lilienfeld, ausgeübt. Bei diesen Aktionen wurden einerseits Kinder, andererseits werdende und stillende Mütter und auch alte Leute über 65 Jahre betreut. Diese Aktion hat auch unsere Mutterberatungsstellen mit Nahrungsmitteln versorgt, außerdem sind von ihr Kinderwäsche und Bettwäsche zur Verfügung gestellt worden. Die Zahl der Betreuten beträgt insgesamt 5000. Es haben sich leider bei dieser Aktion einige Schwierigkeiten ergeben, die aber zum Teil schon behoben sind. Es ist nur bedauerlich, daß sich all die Schwierigkeiten, die da entstehen, an unseren Kindern auswirken.

Erwähnen möchte ich noch die schwedische Hilfsaktion, die aber nicht in der Form der Schweizer Aktion geführt wird, sondern in der Form, daß uns die Schweden Zubußen mit einem Kaloriensatz von rund 700 Kalorien täglich für die Erholungsaktionen geben, die

wir in unseren Jugendheimen durchführen. Diese Zubußen kommen derzeit den Erholungsheimen in Puchberg am Schneeberg, St. Ägyd am Neuwald und Waidhofen an der Ybbs zugute.

Auch in der Kinderheilstätte Krems und einigen anderen Erziehungsheimen ist sehr Nennenswertes geleistet worden. Eine Altkleider-, Wäsche- und Schuhspende ist ebenfalls durch die schwedische Hilfsaktion vom Landesjugendamt zur Verteilung gekommen.

Die Schweden planen ebenfalls die Einführung einer Patenschaft und einige Dutzend sind schon bewilligt.

Auch von England soll diese Patenschaft eingeführt werden. Sie sind ebenfalls erst in der ersten Entwicklung begriffen.

Auch amerikanische Spenden haben wir bekommen, und zwar durch Vermittlung der Caritas. Es wurden 750 Karton Kindernahrungsmittel und 7000 Dosen Kondensmilch, weiter Betten, Schlafsäcke usw., die wir für unsere Jugenderholungsheime notwendig gebraucht haben, zur Verfügung gestellt. Alle diese Hilfsaktionen haben dazu gedient, die Jugendfürsorge im Land Niederösterreich auszubauen.

Ich möchte nochmals ausdrücklich feststellen, hätten wir nicht von allen Aktionen diese so großzügige Unterstützung gehabt, wäre es uns überhaupt nicht möglich gewesen, die Kinderfürsorgeaktion in Niederösterreich in diesem Umfang zu führen. Wer Gelegenheit hat, die Berichte einzusehen oder selbst an diesen Erhebungen teilzunehmen, wird beobachten, wie schlecht es unseren Kindern geht und wie traurig es ist, wenn die Kinder uns förmlich bittend anschauen, daß sie eine Unterstützung und auch zu essen bekommen. Ich glaube, es ist für alle, die in der Jugendfürsorge tätig sind und auch für die Vertreter des Auslandes der schönste Dank, wenn die Ergebnisse dieser Aktionen die sind, daß die Kinder gesund und mit freudestrahlenden Augen aus dem Ausland in unsere Heimat zurückkehren.

Eine neue Einrichtung, die wir schaffen wollen und auf die der Herr Berichterstatter bereits hingewiesen hat, ist die, daß ähnlich wie wir Studienbeihilfen gewähren, nun auch Lehrlingsbeihilfen eingeführt werden sollen für jene Lehrlinge, die in Mangelberufen ausgebildet werden. Das zuständige Amt wird entsprechende Vorschriften ausarbeiten. Ich hoffe, daß wir in den nächsten Wochen in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Landesarbeitsamt und der zuständigen Kammer an die Vergebung dieser Lehrlingsbeihilfen werden schreiten können.

Wir haben auch die Absicht, heuer die früher traditionell gewesene Pfingstsammlung wieder durchzuführen. Ich freue mich, mitteilen zu können, daß auf Grund des Beschlusses anläßlich der Beratung des letzten Voranschlages im Jahre 1946 die erstmalige Sammlung nach dem Krieg, die zwar nicht zu Pfingsten, sondern erst im November 1946 durchgeführt wurde, trotz aller Schwierigkeiten und trotzdem, daß sie zu einem verspäteten Zeitpunkt durchgeführt wurde, einen außerordentlich schönen Erfolg hatte. Das gesamte Sammlungsergebnis in den Bezirken — das Geld bleibt ja draußen in den Bezirken und ist der Erholungsfürsorge gewidmet — hat einen Betrag von rund einer Million Schilling ergeben. *(Lebhafter Beifall.)* Mit diesem Betrag können wir im Rahmen der Erholungsfürsorge in unseren Heimen rund 10.000 Kinder befürsorgen.

Wenn wir uns in den nächsten Tagen wieder mit einem Aufruf an die Bevölkerung Niederösterreichs wenden werden, so hoffen wir, daß auch in diesem Jahre die Bevölkerung alles tun wird, die Mittel aufzubringen, damit wir in der Lage sind, im heurigen Jahre in einem erhöhten Ausmaß die notleidende Jugend in Erholungsheimen unterbringen können.

Ich möchte an die zuständigen Ämter, sowohl an die Gemeinden wie auch an die Bezirkshauptmannschaften, aber auch an die Schulleitungen die Bitte richten, daß sie alles tun mögen, diese Aktion zu einem vollen Erfolg zu führen.

Zum Schluß möchte ich allen meinen Dank aussprechen, die in der Jugendfürsorge tätig sind, den Fürsorgerinnen, die ihren schweren Dienst draußen auf dem Lande zu versehen haben, den Angestellten des Landesjugendamtes selber und den Ärzten, die sich in den Dienst dieser schönen Sache stellen, aber auch den tausenden freiwilligen Helfern, ohne deren Mitarbeit doch das ganze Werk nicht gelingen könnte. Wir stehen, wie wir aus den Beratungen im Finanzausschuß und hier im Hohen Haus wissen, vor der sehr schweren Aufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaues unseres Landes. Wir haben zehntausende Wohnungen wieder instand zu setzen, haben unsere Industrie und das Gewerbe wieder aufzubauen, haben tausende Kilometer Straßen in Gang zu setzen und hunderte Brücken wieder aufzubauen. Ich glaube, wir dürfen bei den notwendigen Arbeiten des wirtschaftlichen Wiederaufbaues nicht unserer eigenen Jugend vergessen. Auch hier haben wir eine gewaltige Arbeit zu leisten. Unsere Jugend hat durch die vergangene Zeit des Nationalsozialismus und durch

den Krieg geistig und körperlich außerordentlich schwer gelitten. Sowohl auf dem Gebiet der Schule als auch der Fürsorge muß alles getan werden, um dieser Jugend wieder eine schönere Zukunft bereiten zu können.

Wenn wir Brücken bauen wollen, dann müssen wir auch unserer Jugend eine Brücke in eine schönere, sichere und bessere Zukunft bauen. *(Lebhafter, anhaltender Beifall im ganzen Haus.)*

Abg. SCHÖBERL: Hohes Haus! Es sei mir gestattet, auf einige wichtige, mit dem Kapitel III des Voranschlages für das Jahr 1947 im Zusammenhang stehende Fragen mit dem Ersuchen hinzuweisen, dieselben in Erwägung zu ziehen. Wenn bei Besprechung des Kapitels II des Voranschlages bereits auf die enorm hohe Ziffer der Tuberkulosenfälle, auf die unbedingt notwendig gewordene Inangriffnahme des Ausbaues unserer Krankenanstalten, die Heranbildung von Fürsorgerinnen und Besserstellung der Amtsärzte usw. hingewiesen wurde, so muß hiezu betont werden, daß auch Maßnahmen nicht außer acht gelassen werden dürfen, die geeignet erscheinen, den stetig ansteigenden Erkrankungsfällen bis zu einem gewissen Grad entgegenzuwirken. Eine dieser Maßnahmen ist, wenn nach ärztlicher Bestätigung die Gefahr einer Krankheit besteht, die Erteilung von Lebensmittelzubeßen. Es ist eine Erfahrung der Landgemeinden, daß solche Zubeßen nur bei akuten Fällen gewährt werden, während eine große Anzahl von unterernährten Kindern und selbst Erwachsenen sich vergeblich darum bemühen, nur weil sie noch nicht tuberkulos befunden wurden. So ist mir bekannt, daß selbst solche Personen, welche vom Arzt als gefährdet befunden wurden, jedoch noch nicht tuberkulos waren, vom zuständigen Gesundheitsamt abgelehnt wurden. Dies trifft sehr häufig bei Heimkehrern zu, welche durch jahrelange Strapazen und Entbehrungen sehr stark an der Gesundheit gelitten haben. Diese Menschen sind vielfach anfangs arbeits- und erwerbsunfähig. Wie sollen aber diese Armen zu Kraft und Arbeitsfähigkeit kommen, um ihre Familien ernähren zu können, wenn ihnen nicht die Möglichkeit gegeben wird, sich vorher zu erholen? Es ist daher Pflicht der Heimat, im Interesse der Gesundung unseres Volkes fürsorglich sich auch dieser Gruppe anzunehmen.

Eine weitere Angelegenheit ist die der öffentlichen Armenfürsorge. Wer je das Los der arbeitsunfähigen Ortsarmen kennt, wird bestätigen müssen, daß deren Unterhaltsbeiträge zum Sterben zu viel und zum Leben zu

wenig sind. Es ist daher notwendig, daß diese Ansätze angesichts der derzeit bestehenden Lebensbedingungen entsprechend erhöht werden.

Auch der Jugendfürsorge muß ein sorgfältiges Interesse entgegengebracht werden. So wird es z. B. bald nicht mehr möglich werden, Pflegekinder in Familien unterzubringen, da das Pflegegeld nur einen geringen Bruchteil des tatsächlichen Kostenaufwandes darstellt. Wenn man dabei bedenkt, daß durch die Kriegseignisse und den Naziterror viele Kinder ihre Eltern oder den Ernährer verloren haben und die Mutter oft nicht in der Lage ist, mehrere Kinder erhalten zu können, so erscheint es angezeigt, auch dieser Frage ein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Besondere Berücksichtigung verdienen wohl die Opfer des vergangenen Regimes, welche die Lücken in ihren Familien für das ganze Leben schwerstens empfinden, ebenso auch die alten und siechen Leute, welche vielfach durch die Auswirkungen des Krieges und der Nachkriegszeit in einen bedauernswerten Zustand versetzt wurden und nun der Öffentlichkeit zur Last fallen. Sie waren es, die in ihren jungen Jahren für uns sowie unsere Heimat gearbeitet haben, und wir sind es ihnen schuldig, ihre letzten Lebensstage erträglich zu gestalten und ihnen ein Obdach in unseren Alters- und Siechenheimen zu beschaffen. *(Beifall rechts.)*

Abg. SIGMUND: Hohes Haus! Wir freuen uns über den Bericht des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Popp, daß trotz der schweren Lage, in der sich unser Land befindet, das Jugendhilfswerk langsam im Anlaufen begriffen ist. Im Kapitel „Fürsorgewesen“ finden wir unter Titel 6 und 7 für die Kriegsgefangenen-Heimkehrerfürsorge einen Betrag von 160.000 S und für die Opfer des Faschismus einen Betrag von 25.000 S plus 15.000 S, die durch unseren Antrag im Finanzausschuß bewilligt worden sind.

Wenn wir über das Kapitel „Kriegsgefangene und Heimkehrer“ sprechen, so krampft sich einem das Herz zusammen. Unser kleines, armes, unglückliches Österreich, das durch den Faschismus in ein großes Elend gestürzt worden ist, hat besonders darunter schwer zu tragen, daß heute, nach zwei Jahren, noch nicht alle Kriegsgefangenen heimgekehrt sind. Der Faschismus hat nicht nur unser Land zerstört, sondern er hat es auch seiner besten Jugend beraubt. Zehntausende wurden hingeschlachtet für einen Wahnsinnskrieg, hunderttausende wurden in Konzentrationslagern zugrunde gerichtet und gemartert, weil sie nichts anderes im Herzen getragen haben als die Liebe zur Heimat und zu Österreich.

Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp hat vor einigen Tagen anlässlich der Befreiungsfeier an die Mächte den Appell gerichtet, man möge endlich unsere Kriegsgefangenen heimkehren lassen. Ich möchte auch die jetzige Gelegenheit dazu benützen und vom Hohen Haus aus im Namen der gequälten Frauen an die Mächte den Appell richten, daß sie endlich unsere Kriegsgefangenen heimkehren lassen.

Wir haben mit Freude festgestellt, daß im abgelaufenen Jahr bereits hunderttausende zu ihren Lieben nach Hause gekommen sind. Es ist aber selbstverständlich furchtbar für jene Frauen, die nach zwei Jahren Kriegsende noch immer nicht wissen, wo ihre Männer sind. Es ist begreiflich, daß sie immer wieder verzweifelt an das Bürgermeisteramt um Auskunft wenden, obwohl sie wissen, daß für Vermißte und Kriegsgefangene eigene Auskunftsbüros bestehen.

Ich möchte die heutige Gelegenheit dazu benützen, auch einige Worte über unsere Kriegsoffer zu sprechen. Sie wissen, wir haben es erst vor kurzem erfahren, daß nach dem ersten Weltkrieg zirka 4000 Prothesenträger waren. Nach diesem zweiten furchtbaren Krieg sind aber mehr als 12.000 Prothesenträger zu verzeichnen. Dazu muß festgestellt werden, daß mehr als 2000 Menschen nach zwei Jahren überhaupt noch keine Gelegenheit hatten, auf Grund des Materialmangels eine Prothese zu bekommen. Diese Menschen sind der Verzweiflung nahe. Auch sie kommen zum Bürgermeister um Rat und Hilfe, weil sie keiner Arbeit richtig nachgehen können. Sie werden oft monatelang vertröstet und man weist immer darauf hin, daß heute kein Material vorhanden ist. Umgekehrt sagen die Kriegsoffer, es schaut so aus, als ob auch für den armen Teufel Kompensationsgeschäfte notwendig wären, damit er zu seiner Prothese kommt, und daß eben diejenigen, die nichts für Kompensationsgeschäfte besitzen, so lange warten müssen, bis sie zu einer Prothese kommen und einer Arbeit oder ihrem Beruf zugeführt werden können. Es ist unbedingt notwendig, daß diesen Ärmsten geholfen werden muß. Nach dem Gesetz bekommt einer zwei Prothesen, wir müssen also diesen Menschen in jeder Beziehung unsere Unterstützung ange-deihen lassen.

Auch der Gesundheitszustand der Heimkehrer ist teilweise sehr schlecht und ich möchte daher bitten, daß bei den Einweisungsbescheiden in Erholungsheime der Instanzenweg etwas abgekürzt wird, damit diese Leute rascher zur Erholung kommen und es nicht vielleicht heißt, es sei schon zu spät, das

Leiden sei bereits so weit vorgeschritten, daß es nicht mehr der Heilung zugeführt werden könne.

Gestern hat Herr Abg. Dubovsky erwähnt, daß 71 Anträge in diesem Hohen Haus eingebracht und bis heute noch nicht erledigt worden sind. Auch wir haben im vorigen Jahre einen Antrag wegen Vergebung der Benzintankstellen an die Opfer des Faschismus und Kriegsoffer eingebracht. Aber bisher ist in dieser Beziehung nichts gemacht worden. Obwohl hunderte neue Benzintankstellen eröffnet worden sind, ist kein einziges Kriegsoffer oder Opfer des Faschismus berücksichtigt worden. Ich glaube, es ist nicht unbedingt notwendig, daß heute in dieser schweren Zeit einer, der schon drei oder vier Konzessionen hat, auch noch eine Benzintankstelle erhält. Denn bei diesen Menschen ist die Sicherung des Lebensunterhaltes ohnehin nicht gefährdet. Es wäre also schon notwendig, daß ein Antrag, der im Hohen Haus überreicht wird, nicht liegen bleibt, sondern erledigt wird.

Ich glaube, wir müssen auch der Umschulung der Kriegsoffer unser Augenmerk zuwenden. Man darf nicht gleich verzweifeln; wir haben wohl ein Anstellungsgesetz, aber es wird manchmal gesagt, der Mann kann nichts. Selbstverständlich, er kommt ja in einen ganz neuen Beruf hinein, da muß man Geduld aufbringen. Es ist notwendig, daß Umschulungskurse durchgeführt werden, damit diese Menschen, die unschuldig zu einem Leiden gekommen sind, sehen, daß sich der Staat für sie interessiert und ihnen helfen will. Ich möchte da nur ein Beispiel anführen, wiewohl ich mehrere anführen könnte. Da ist ein Kriegsgefangener heimgekehrt, der lange vor dem Jahre 1938 eine Konzession für Autotransporte besessen hat, aber der frühere Landrat hat, weil der Mann nicht zu Hause war, seine Konzession einfach gelöscht. Als dieser Mann nun zurückgekommen ist — er ist ein Familienvater von zwei Kindern —, hat man ihm einfach mitgeteilt: „Deine Konzession ist gelöscht, du mußt neuerlich darum ansuchen.“ Hohes Haus! So kann man einen Heimkehrer nicht empfangen. Wenn in dieser Sache etwas verfügt wird, dann muß die Bezirkshauptmannschaft in erster Linie eine schon bestehende Konzession berücksichtigen und darf sie nicht einfach wegnehmen. Der Mann läuft nun schon ein Jahr lang seiner Konzession nach und kann sie nicht bekommen. Solche Fälle tragen bestimmt nicht dazu bei, dem Heimkehrer Vertrauen einzuflößen.

Ich möchte daher zum Schluß noch einmal den Appell richten, daß unsere ganze Hilfe

den Kriegsoffern und den Opfern des Faschismus zu gelten hat. Wir müssen ihnen zeigen, daß es nicht nur bei den Worten bleibt, sondern wir müssen auch Taten setzen. Unsere Heimkehrer haben Not, Tod und Elend gesehen, sie sind bereit, beim Wiederaufbau unserer Heimat mitzuarbeiten, geben wir ihnen dadurch den Mut, indem wir unseren Worten auch die Taten folgen lassen! *(Beifall links.)*

Abg. FINDNER: Hohes Haus! Auf Grund des Gesetzes über den eingeschränkten Familienunterhalt, StGBI. Nr. 106 aus 1945, und der Verordnung hiezu, StGBI. Nr. 146 aus 1945, erhalten unter den näher bezeichneten Voraussetzungen die Angehörigen von Einberufenen bis zu deren Rückkehr monatliche Abschlagszahlungen nach den für die öffentliche Fürsorge geltenden Vorschriften. Von den Kosten der Abschlagszahlungen haben die Bezirksfürsorgeverbände 20% und der Bund 80% zu tragen.

Dieses Gesetz tritt mit 30. Juni 1947 außer Kraft und wird sodann der 80%ige Zuschuß aus staatlichen Mitteln eingestellt werden. Bei der Wahl dieses Zeitpunktes ist man zweifellos von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Heimkehr der noch ausständigen Einberufenen bis zum 30. Juni 1947 erfolgt sein wird. Da dies leider nicht der Fall ist, besteht die Notwendigkeit auf Erstreckung der Wirksamkeit des genannten Bundesgesetzes über den 30. Juni 1947 hinaus, denn sonst müßten den Angehörigen der noch nicht Zurückgekehrten bei Weiterbestehen der Hilfsbedürftigkeit Abschlagszahlungen auf Kosten der öffentlichen Fürsorge geleistet werden. d. h. die Fürsorgeverbände hätten sodann, statt bloß 20% zum Aufwand, die vollen Kosten zu tragen, ein bei der heutigen finanziellen Überbelastung untragbarer Zustand.

Durch die ausländischen Hilfsaktionen sind auch in Niederösterreich Bekleidung an die in Arbeit Stehenden sowie Lebensmittel für besonders alte und befürsorgte Personen zur Verteilung gekommen. Für diesen Akt menschlichen Verstehens und Hilfeleistung kann nicht genug gedankt werden. Durch Kriegs- und Nachkriegshandlungen sind nun im Inventar der landeseigenen Anstalten und der Bezirksaltersheime große Lücken entstanden; es fehlt vor allem an Betten, Bettzeug, Kleidung und Wäsche sowie an Geschirr. Trotz der verschiedenen Aktionen herrscht bei der Bevölkerung insbesondere Mangel an Schuhen.

Ich möchte dringend bitten, daß Versuche unternommen werden, für die genannten Zwecke Zuteilungen von ausländischen Hilfsaktionen zu erhalten, denn Niederösterreich



hat außer Wien am schwersten an den Kriegsfolgen zu leiden. (*Beifall rechts.*)

Abg. NIMETZ: Hohes Haus! Während des Hitler-Regimes wurde auf die Ausbildung des gewerblichen Nachwuchses zu Fachkräften beinahe kein Wert gelegt. Zu dieser Zeit hat man der Jugend nur das Kriegshandwerk gelernt, die Jugend nur als Nachwuchs zur Auffüllung des Offiziers- und Mannschafstandes benützt. Dieser Umstand bedeutet jetzt für uns, wo so viele Fachkräfte gebraucht werden, einen großen Nachteil. Wir haben einen großen Mangel an Fachkräften. Nachdem manche Berufe und Gewerbe nur in größeren Städten, manche überhaupt nur in Wien gelernt werden können, bedeutet dieser Umstand für die Jugend der kleineren Orte einen großen Nachteil, speziell für diejenigen, die wirtschaftlich und finanziell schlecht gestellt sind. Daher muß es Aufgabe des Landes sein, hier helfend einzugreifen, und zwar in der Form, daß so wie den Studierenden Stipendien, auch den Lehrlingen Beihilfen gegeben werden. Es ist begrüßenswert und erfreulich, daß der Finanzausschuß für diesen Zweck einen Betrag von 50.000 S beschlossen hat, und ich bitte das Hohe Haus, diesem Antrag des Finanzausschusses zuzustimmen. Dieser Betrag ist sicher gut angelegt. Es wird dadurch bestimmt ein geeigneter, tüchtiger Nachwuchs in den einzelnen Gewerben und Berufen geschaffen, den wir beim Wiederaufbau des Landes Niederösterreich so notwendig brauchen. (*Beifall links.*)

Abg. TESAR: Hohes Haus! Das Interesse aller drei Parteien am Kapitel III zeigt, daß im Land Niederösterreich wahrhaftig für die soziale Fürsorge nicht nur Interesse besteht, sondern daß auch Mittel bewilligt werden, die es ermöglichen, über die allerhärteste Zeit hinwegzukommen. Wir wissen, daß mit der Bewilligung der Mittel allein nicht schon alles getan ist. Wir haben aus den Ausführungen des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Popp gehört, daß das Ausland viel dazu beigetragen hat, daß wir aber auch selbst noch manches beisteuern müssen, soll dieses Werk für die Jugend unseres Landes wirklich nützlich werden. Bei der Jugend- und Erholungsfürsorge ist es leider oft so, daß die Kinder, nachdem sie aufgepappelt worden sind und drei bis fünf Kilogramm Gewichtszunahme zu verzeichnen haben, dann leider wieder in das alte Milieu mit der gleichen Not zurückkommen. Auf diesen Umstand möchte ich besonders hinweisen. Es müssen also hier zur Fortsetzung dieser Erholungsfürsorge Mittel und Wege gefunden werden, wie schon Abg. Schöberl ganz richtig gesagt

hat, und es müssen durch eine gewisse Zeit hindurch Zubußen gewährt werden, damit der Erholungserfolg nicht wieder verlorengeht. Wenn ich heute Kinder sehe, die in der Erholungsstätte Krems waren und die von den Ärzten bereits aufgegeben waren, die aber jetzt im Gewerbe oder in der Landwirtschaft tätig sind, dann freut es mich, daß wir alle zusammengeholfen haben, um auf diesem Gebiet so Hervorragendes zu leisten. Das ist der beste Prüfstein für die Zusammenarbeit der einzelnen Gruppen, Stände und Parteien, daß durch dieses gemeinsame Wollen manche Kinder vor dem Tod bewahrt werden und heute etwas Nützlichliches in der Volkswirtschaft leisten können. Bei dieser Gelegenheit ist es ungemein wichtig, darauf auch hinzuweisen, daß die Arbeit der Jugendfürsorge in den Bezirken wieder so Platz greift, wie es vor dem Jahre 1938 der Fall gewesen ist und daß diese Arbeit, wie Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp ganz richtig sagt, nach einheitlichen Richtlinien gelenkt wird. Es ist wahr, daß dafür dem Land wieder Lasten entstehen, aber letzten Endes ist es gleich, ob wir dem Bezirk oder dem Land die Gelder geben. Wenn eine zentrale Lenkung von der Landesjugendverwaltung aus Platz greift, dann kann sich das nur gut und nützlich auswirken.

Den vielen Sorgen, die hinsichtlich der Kriegsgefangenen vorgebracht wurden, möchte auch ich beistimmen und hiezu sagen, daß man bei den Unterstützungen der Frauen dieser Kriegsgefangenen nicht kleinlich vorgehen soll, wie es manchmal vorkommt. Es gibt Familien, die durch die verschiedenen Umstände heute einen größeren Aufwand haben als unter normalen Umständen. Ganz besonders möchte ich darauf hinweisen, daß es draußen auf dem Lande viele Leute gibt, deren Männer noch nicht heimgekehrt sind und die im Besitz eines Eigenheimes sind. Bei diesen Leuten wird oft darauf hingewiesen: „Du bist im Besitz einer eigenen Realität, hast eine Kuh oder eine Ziege und gehörst daher nicht zu den armen Leuten.“ Das gilt auch für die offene Armenfürsorge im allgemeinen. Wir wissen aber doch alle aus Erfahrung, daß solch ein Kleinhaus oder eine kleine Wirtschaft mit einer Kuh, wenn wirklich der Ernährer fehlt, eigentlich nichts anderes darstellt als einen kapitalisierten Mietzins. Solche Leute haben es oft schwieriger als der, welcher in einer Mietzinswohnung wohnt. Wenn er die Auslagen für Reparaturen usw. zusammenrechnet, so kommt er zu dem Schluß, daß er im Monat oder im Jahr mehr Auslagen hat als der andere, der Mietzins zahlen muß. Wenn also in dieser Beziehung Beschwerden

aus den Bezirken kommen, dann möchte ich die Landesregierung bitten, daß sie so einer Sache loyal gegenüberstehen möge.

Ein weiteres Kapitel, das erfreulicherweise mit einer Erhöhung bedacht wurde, ist das Kapitel „Leibesübungen“. Auf diesem Gebiet ist es auch wieder so, daß es mit dem Geld allein nicht getan ist. Hier ist unbedingt eine Zusammenarbeit notwendig. Die Beihilfen, die meist in Form von Naturalien gegeben werden, sollen wirklich nur bedürftigen Kreisen zukommen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß schon vor dem Jahre 1938 durch die niederösterreichischen Skikurse Gutes und Nützlichendes geleistet worden ist. Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß mit diesen Landesskikursen nicht nur etwas Nützlichendes für den Sport getan wird, sondern daß dadurch auch ein Sportzweig unterstützt wird, der vom Standpunkt des Fremdenverkehrs nicht zu unterschätzen ist.

Bei all den Fragen der Fürsorge möchte ich auch für unseren Notstandsbezirk Hainfeld-Lilienfeld eine Lanze brechen. In gemeinsamer Zusammenarbeit haben wir durch die Abhaltung von Wunschkonzerten und mit durchgeführten Sammlungen in den Betrieben rund 200 Kinder außertourlich im Schloß Freiland unterbringen können, so daß wir bei diesen gesundheitlich gefährdeten Kindern das Ärgste verhüten konnten. Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß das Schloß Freiland ein geeignetes Objekt zur Unterbringung von Kindern wäre, wenn die notwendigen Mittel hiezu bereitgestellt werden könnten. Leider ist die Einrichtung dort sehr mangelhaft, so daß gerade in dieser Beziehung eine besondere Vorarbeit zu leisten wäre.

Im großen und ganzen wollen wir hoffen, daß früher oder später unsere bewährten Bezirksfürsorgeräte, wie es vor dem Jahre 1938 gewesen ist, wieder eingeführt werden, weil sie ein wirkliches Bindeglied in unseren demokratischen Einrichtungen darstellen. Auf Grund unserer langjährigen Erfahrung wissen wir, daß die soziale Fürsorge nie und nimmer aus dem Gesichtskreis der Landesregierung, der Bezirkshauptmannschaften und der Gemeinden herausgenommen werden soll. In dieser Hinsicht hoffe ich, daß es vielleicht schon zur Zeit der Beratung des nächsten Voranschlages möglich sein wird, mit der bewährten Mitarbeit der Bezirksfürsorgeräte rechnen zu können. *(Beifall rechts.)*

Abg. HÖLZL: Hohes Haus! In den letzten Jahren des Weltkrieges 1914 bis 1918 wurden in Wien und in Niederösterreich die ersten Mutterberatungsstellen errichtet. In hellen, freundlichen Räumen wurden die Mütter mit

ihren Kindern empfangen, die Fürsorgerin machte mit ihnen die Aufnahme, befragte sie eingehend über das Gedeihen der Kinder, über die Pflege derselben sowie über das Stillen. Sodann wurden die Kinder gewogen und dem Mutterberatungsarzt vorgeführt. An Hand der Wiegekarte konnte fortlaufend das Gedeihen des Kindes kontrolliert werden. Die Not der damaligen Zeit brachte es mit sich, daß die Mütter den Mutterberatungsstellen wegen der dort ausgegebenen Nahrungsmittel, Säuglingswäsche und Milch für die stillenden Mütter reichlich zustrebten. Dabei setzte in den Beratungsstellen eine durchgreifende Stillpropaganda wegen der hohen Säuglingssterblichkeit ein, die durch den Rückgang der natürlichen Ernährung des Säuglings, also der Stillung durch die leibliche Mutter, und durch unachtsame Pflege des kleinen Erdenbürgers bedingt war. Die Mütter kamen immer mehr auf den eigentlichen Wert der Beratungen. Sie folgten den Ratschlägen des Arztes und der Fürsorgerin und sahen, welcher vorbeugender Kampf gegen Erkrankungen und bleibende Schädigungen ihrer Kinder geführt wurde. Sie wurden belehrt, daß Licht, Luft und richtige Ernährung für die volle Gesunderhaltung des Kindes von überragender Bedeutung sind. Die Kinder bekamen gegen Rachitis Lebertran und wurden bestrahlt. Zeigten sich Symptome von Erkrankungen, z. B. Lues, Tuberkulose, die den Müttern nicht aufgefallen wären, wurden die Kinder einer zweckmäßigen Behandlung zugeführt. Um der ziemlich allgemein herrschenden Unkenntnis richtiger und entsprechender Säuglingspflege abzuhelfen, wurden vielfach Mütterschulungen den Beratungen angeschlossen, die den jungen, oft recht unwissenden Müttern reiches Gedankengut zuführten. Die Mütter wurden in leichtverständlicher Weise über die Schwangerschaft, über die richtige Pflege und Ernährung des Säuglings und des Kleinkindes sowie über deren Erziehung und über Kinderkrankheiten unterwiesen. Die Mutterberatungen behielten auch später, als wieder friedensmäßige und normale Zeiten kamen, ihren Wert. Wie vielen Kindern wurde geholfen, wie viele am Leben erhalten, wie viele haben ihr Augenlicht, haben ihre gesunden und geraden Glieder der Mutterberatung zu verdanken.

Nun ist wieder ein Krieg über unser armes Land gegangen, sein Ende noch schrecklicher und schwerer. Die Mutterberatungsstellen wurden teilweise ausgeplündert, keine Möbel, keine Waagen sind vorhanden, wertvoller Bestand von Zubeuten und Wäsche für die Kinder sind weg. Mühsam wurden diese Stellen mit Hilfe von ausländischen Aktionen wieder errichtet

und noch viele harren des Aufbaues. Notwendiger denn je sind diese Beratungsstellen geworden, jetzt nach zwei Jahren seit dem Kriegsende wird noch um das tägliche Brot gerungen, sind die Menschen geschwächt und haben ihre Widerstandskraft gegen all die schleichenden Krankheiten, die sie oft meuchlings überfallen, eingebüßt. Hoch ist die Kurve der Tuberkuloseerkrankungen und der Syphilis hinaufgeschneit, höher steigt wieder die Säuglingssterblichkeit. Unsere Säuglinge brauchen mehr Lebertran, Vigantol zur Bekämpfung der Rachitis, sie brauchen Zubaßen, brauchen Windel, Wäsche, und auch die Mütter brauchen Zubaßen, damit sie länger stillen können. Sie sind ja so dankbar für jede Dose Gemüse, für jedes Stück gebrauchter Wäsche. Diese Beratungsstellen müssen wieder erstarken, mehr Fürsorgerinnen müssen eingestellt werden. Der Kampf gegen die Säuglingssterblichkeit, gegen Krankheit und dauerndes Siechtum muß noch intensiver geführt werden, damit wir unsere Kinder, die uns nach wie vor unser Heiligstes sind, glücklich hinüberführen in eine bessere Zukunft. *(Beifall links.)*

Abg. GRAFENEDER: Hohes Haus! Aus allen Ausführungen meiner Vorredner drang eine große Sorge, und zwar die Sorge um eines der wichtigsten Probleme der Gegenwart, das Problem der Jugend und Jugend-erziehung. Besonders die Jugend im Alter zwischen 14 und 20 Jahren, die noch zum größten Teil in der Schule durch den Nationalsozialismus vergiftet wurde, muß wieder zurück zu aufrechten, demokratisch denkenden Menschen erzogen werden. Bei all den Klagen, die heute gegen die Jugend und ihre Entartung vorgebracht werden, darf man nicht vergessen, daß die Jugenderziehung Hitlers nur den einen Gedanken kannte, aus den jungen Leuten Soldaten zu machen. Man lernte sie mit besonderer Brutalität die Waffen zu handhaben und ertötete jede Scheu gegen das fremde Eigentum in ihnen. Daß dieser Geist nicht von heute auf morgen aus den jungen Leuten entfernt werden kann und daß es nicht leicht ist, junge Menschen, die kaum der Schule entwachsen schon den Soldatenrock trugen und mordend, sengend und brennend andere Länder durchzogen, wieder ins friedliche Leben zurückzuführen, muß uns verständlich sein. Daß diese jungen Menschen, der Arbeit entwöhnt, heute schwer zurückfinden und entwurzelt dastehen, ist begreiflich. Es muß daher unsere erste und ernste Aufgabe sein, die Kräfte, die in diesen jungen Menschen stecken, in anderer Art auszunützen und in friedliche Bahnen zu lenken. Die einzige Möglichkeit hiezu ist der Sport.

Die körperliche Betätigung, wodurch die Gesundheit gefördert wird, eine gewisse Kampf-tätigkeit, ein gewisses Streben nach Erfolg, nach dem Sieg, läßt den Sport jeder Art als die einzig mögliche Betätigung für die Jugend erscheinen. Was aber ist bisher auf diesem Gebiet geschehen? Sofort nach der Befreiung haben sich in den meisten niederösterreichischen Orten Menschen gefunden, die wieder Sportvereine ins Leben gerufen haben. Diese Menschen, die diese Sportvereine geschaffen haben, waren ohne irgendwelche Direktiven von irgendeiner Stelle. Sie standen aber vor schweren Problemen.

Es gibt verschiedene Arten von Sport. Es gibt einen Fußballsport, den man ohneweiters auf irgendeinem Fleck Erde betreiben kann, wenn er nur halbwegs hergerichtet ist. Schwerer hatten es schon die Turnvereine. Wie wir wissen, und wie die meisten unter Ihnen wissen, sind sehr viele Städte Niederösterreichs zerstört, daher auch viele Sportanlagen, Turnhallen, Schulen usw., in denen sich die Vereine befunden haben. In vielen Gebieten sind sie auch durch die abziehenden Horden der SS. in Brand gesteckt worden. Es muß jetzt unbedingt unsere Sorge sein, daß man diesen jungen Menschen, die von wirklicher Begeisterung für den Sport beseelt sind, in jeder Beziehung behilflich ist, und daß man ihnen die Möglichkeit gibt, ihren Sport ausüben zu können. Von seiten der Gemeinden draußen muß alles getan werden, um diese Sport- und Turnvereine zu unterstützen.

Wenn ich Ihnen hier einen kurzen Bericht gebe, wie es zahlenmäßig in Niederösterreich mit dem Sport aussieht, so wird Ihnen damit vor Augen geführt, daß Niederösterreich in Österreich das führende Bundesland im Sport ist. Wir haben in Niederösterreich 272 Fußballvereine, 150 Turnvereine, davon sind allein 119 Arbeiterturnvereine, dann 200 Ortsgruppen von Touristenvereinen, davon allein 160 Ortsgruppen der Naturfreunde. Die Naturfreunde zählen 16.000 Mitglieder, die Fußballer 12.000 und die Turnvereine 10.000. Dazu kommen noch 80 Handballmannschaften, davon allein 60 Sektionen der Arbeiterturnvereine, die anderen gehören der Turn- und Sportunion an. Außerdem gibt es Dutzende von Boxklubs und 70 Radfahrvereine. Wenn diese auch heute noch keine Fahrräder haben, so haben sich die Fahrer doch zusammengefunden, um für die kommende Zeit auf Grund von Vereinsbildungen vielleicht auf dem Wege irgendeiner Organisation wieder zu Rädern zu kommen.

Es gibt auch einige Schwimmvereine, wie beispielsweise in Krems, so daß wir in Nieder-

österreich nach Wien in der Ausübung des Sports an erster Stelle stehen. Es fehlt aber heute überall, wo wir hinsehen, und es muß offen ausgesprochen werden, daß die Sportler um alles gekommen sind, und zwar zuerst im Jahre 1934 und später dann im Jahre 1938. Es gab vom Jahre 1938 bis 1945 den sogenannten Reichsbund für Leibesübungen innerhalb der NSDAP. und es ist bisher noch nicht dazugekommen, weder von seiten des Landes noch des Bundes, das Vermögen dieses Reichsbundes für Leibesübungen der NSDAP. zu beschlagnahmen und zu erfassen und es den anderen Sportvereinen zuzuführen. Es kann aber auch nicht angehen, daß man den Sportausübenden in den Gemeinden draußen von seiten der verschiedenen Gemeindeverwaltungen nicht die Möglichkeit der Ausübung des Sports gibt, indem man ihnen z. B. nicht die Turnhallen in den Schulen zur Verfügung stellt. In einem Ort, in dem zwei Turnvereine bestehen, nämlich ein Arbeiterturnverein und ein Verein der Sportunion, muß unbedingt die Gemeinde die Verantwortung für den Sportbetrieb übernehmen und gewährleisten. Es geben in dieser Beziehung manche Gemeinden ein gutes Beispiel, indem sie es so einteilen, daß einen Tag oder eine Woche der eine Turnverein und den anderen Tag oder die andere Woche der andere Verein seinen Turnbetrieb ausüben kann.

Von dieser Stelle aus muß ich auch Kritik üben daran, daß in manchen Bezirken und Städten draußen die Besatzungsmacht die Turn- und Sportanlagen verteilt, und zwar an Fabriken und Betriebe, die von der Besatzungsmacht als Deutsches Eigentum erklärt und von ihnen geführt werden. Hier müßte die Landesregierung nach dem Rechten sehen. Ein solcher Fall ist in St. Pölten. Die Besatzungsmacht gibt den Sportplatz und ebenso auch die Turnhalle, die sie als Deutsches Eigentum ansieht, weil sie von den Nazi beansprucht worden sind, der Firma Voith, die von der Besatzungsmacht verwaltet wird. Es geht aber nicht an, daß den anderen Sporttreibenden in dieser Stadt der Sportbetrieb und die Sportausübung nicht möglich ist. Es muß daher unbedingt die Sportausübung in gelenkte Bahnen geführt werden. Von seiten der Landesregierung wäre alles zu tun, um diese Lenkung des Sports in ihre Hand zu nehmen. Außerdem wäre es notwendig, daß der vorgesehene Betrag für die Förderung von Leibesübungen, der gegenüber dem Vorjahr um 10.000 S erhöht wurde, noch weiter erhöht wird. Denn wenn wir 50.000 S für diese 500 Sportvereine Niederösterreichs rechnen, so kommt auf einen Verein nicht viel. Die meisten Vereine und Sportler stehen heute

ohne jede Sportausrüstung und ohne Bekleidung da und es gelingt diesen Leuten nur auf dem Wege des Schleichhandels, zu Dressen, Geräten, Schuhen usw. zu kommen. Man muß es offen aussprechen, was ich unlängst bei einer Sportveranstaltung erlebt habe. Ich sehe dort einen neuen Ball und frage, woher habt ihr den neuen Ball? Darauf sagt man mir den Preis von 600 S. Es gibt wohl Sportvereine, die sich das leisten können, aber es gibt auch Sportvereine, die nur über 50 S verfügen.

Wir sehen auch, daß in Niederösterreich nicht nur die Sportler selbst für den Sport sehr begeistert sind, sondern auch die Bevölkerung. Wenn wir uns die letzten Meisterschaftsspiele der Fußballer ansehen, welche auf den Plätzen in St. Pölten, Gloggnitz und Ternitz ausgetragen wurden, so waren dort 2000 bis 5000 Zuschauer anwesend. Da muß man schon sagen, daß bei der Bevölkerung eine große Begeisterung für den Sport besteht.

Es muß daher alles getan werden, um den Sport tatkräftig zu unterstützen. Ich richte daher an das Hohe Haus den Appell, daß alles getan wird, um der sporttreibenden Jugend unseres Landes jede Unterstützung zuteil werden zu lassen. *(Beifall links.)*

Abg. KREN: Hoher Landtag! Wir haben gestern und heute schon wiederholt von der furchtbaren Krankheit Tuberkulose gehört und wir müssen daher alles daransetzen, um diese Krankheit soweit als möglich einzudämmen. Dazu brauchen wir aber eine ständige Überwachung der schon Erkrankten. Ganz besonders müssen wir hier darauf achten, daß wir geschulte und geprüfte Fürsorgerinnen für die Landbezirke bekommen, wie wir sie früher hatten. Es ist ja furchtbar, wenn man draußen von solchen Krankheitsfällen hört, die irgendwo in einem abgelegenen Gebiet vorkommen, von wo die Kranken nicht die Möglichkeit haben, zum Arzt zu kommen, weil sie oft kilometerweit gehen müßten. Hätten wir aber Fürsorgerinnen, die diese Wege nicht scheuen und selbst in die entlegensten Dörfer gehen, dann würde die Überwachung der Kranken viel leichter sein. Wir müssen die Tuberkulose-Erkrankten überwachen lassen, soll nicht die ganze Umgebung gefährdet sein. Die Tuberkulose macht nicht vor einem besser situierten Menschen halt, sondern sie wird einfach überallhin übertragen. Wir sehen es und müssen feststellen, daß tuberkuloskranke Kinder, die in geschlossenen Anstalten nicht untergebracht werden können, mit den anderen Kindern in der Schule beisammensitzen. Man ist bestrebt, diese kranken Kinder entsprechend unterzu-

bringen, aber wir haben nicht so viele geschlossene Anstalten und auch nicht die notwendigen Mittel dazu, um solche Anstalten errichten zu können. Es ist immer wieder an die Allgemeinheit appelliert worden und auch wir haben hier im Landhaus darüber gesprochen, aber bisher ist noch nicht viel auf diesem Gebiet geschehen. Wenn wir ansuchen, daß solche Kinder untergebracht werden sollen, dann bekommen wir immer wieder die Antwort, es sei kein Platz und das Kind müsse noch warten. Die Krankheit entwickelt sich aber immer mehr und mehr, wodurch die ganze Umgebung gefährdet wird. Eine Fürsorgerin, die ihre Arbeit in einer geschlossenen Siedlung verrichten muß, hat es viel leichter, aber draußen am Land muß sie oft ein großes, weites Gebiet übernehmen. Seinerzeit haben wir auch in Orten mit 10.000 Einwohnern nur eine Fürsorgerin gehabt. Wir würden in Niederösterreich beiläufig 100 Fürsorgerinnen brauchen, um die tuberkulosekranken Menschen in diesem Lande wenigstens überwachen zu können. Freilich spielt hier die Ernährung eine große Rolle. Wenn wir bedenken, daß unsere Kinder in vielen Orten fast keine Milch haben und sie auch im Jahre nur einige Eier bekommen — in den Industriegebieten ist es ja nicht anders —, daß wir weiter auch kein Gemüse für die Kinder haben und auch alle anderen wichtigen Lebensmittel fehlen, dann ist es nicht anders zu erwarten, als daß unsere Jugend dieser Krankheit zum Opfer fallen wird. Viele Frauen haben oft auch nicht die Möglichkeit, für ihre Kinder wenigstens die rationierten Lebensmittel zu kaufen; wir haben viele Haushalte, wo in der letzten Woche der Versorgungsperiode die Lebensmittel nicht gekauft werden können. Wir haben heute schon gehört, daß eine Frau oft mit 60 bis 65 S für drei Personen im Monat das Leben fristen soll. Ich möchte fragen, ob Sie es für möglich finden, daß eine Familie mit diesem Betrag leben kann? Die Frau soll davon nicht nur die Lebensmittel kaufen, sondern auch Bekleidungsstücke, Schuhe und andere Dinge für ihre Kinder besorgen. Das ist doch ein Ding der Unmöglichkeit und wenn wir nur ein bißchen an unsere eigene Jugend und Kindheit denken, werden wir uns gewiß veranlaßt sehen, hier Abhilfe zu schaffen.

Ich glaube nicht, daß wir unsere Frauen, deren Männer noch in der Kriegsgefangenschaft oder vermißt sind, in diesem Elend lassen können. Für diese Frauen und Kinder müssen eben die notwendigen Mittel aufgebracht werden, um ihnen wenigstens das Notwendigste bieten zu können. Sie haben ja keine Schuld, daß ihre Männer solange fort

sind. Wir müssen trachten, daß wir nicht nur die Kinder, sondern auch die Jugendlichen richtig ernähren können. Die Ernährungsverhältnisse sind so schlecht, daß sich unsere Jugend nicht einmal im Tage sattessen kann. Wir müssen immer wieder hören, daß man von unserer Jugend nicht viel erwartet. Geben wir aber unserer Jugend auch das, was ihr zusteht? Sie könnte erwarten, daß man ihr wenigstens die notwendigen Lebensmittel für das Fortkommen ihres Lebens gewährleistet; die jungen Mädel und Burschen müssen doch ihrem Körper das Notwendige an Lebensmitteln zuführen, damit sie das leisten können, was das Leben von ihnen verlangt. Es wird ihnen aber das nicht gegeben. Wir alle hören, daß unsere Jugend sagt, wir müssen hungern, von uns wird wohl Arbeit verlangt, aber man gibt uns nichts zu essen. Sie bekommen keine Milch, kein Gemüse und vielfach nicht einmal das notwendige Brot. Da müssen wir gewiß Abhilfe schaffen, wollen wir den Staat aufbauen. Die Jugend ist ja die Trägerin des zukünftigen Staates, darum müssen wir ihr wenigstens das zum Leben Notwendigste geben. *(Beifall links.)*

Abg. KOPPENSTEINER: Hoher Landtag! Wenn ich zum Kapitel „Fürsorge“ spreche, dann möchte ich ganz kurz auf das eingehen, was Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp in seinem ausführlichen Referat bereits aufgezeigt hat, nämlich, daß leider Gottes ein großer Teil der Kosten für die Jugendfürsorge von den ausländischen Stellen getragen werden muß. Wir können für diese hochherzige Hilfe heute nichts anderes tun, als den Schweizern, den Schweden und den Dänen und allen denen, die unserer Jugend eine derart hochherzige Hilfe zuteil werden lassen, den herzlichsten Dank zu sagen. Es kann aber nicht immer so bleiben und es darf nicht immer so bleiben und wir dürfen auf diesem Sektor nicht ewig Bettler sein. Auch Niederösterreich wird sich aufraffen und darangehen müssen, in Zukunft alles das, was in der Fürsorge und in der Vorsorge notwendig ist, aus eigener Kraft zu schaffen. Ich verstehe schon, daß es in der heutigen Notzeit nicht möglich ist, jene Beträge in den Voranschlag einzubauen, die wir brauchen würden, um die Not und das Elend zu lindern. Das darf uns aber nicht hindern, daß wir schon jetzt mit den Vorarbeiten beginnen und alles tun, damit wir dann, wenn wir wirklich frei sein werden, sofort darangehen können, uns auf eigene Füße zu stellen. Meine Herren Abgeordneten, die Sozialistische Partei steht auf dem Standpunkt, daß die Fürsorge schon bei der werdenden Mutter zu beginnen hat. Eine hungernde,

eine darbende, eine kranke Mutter wird kein gesundes Kind zur Welt bringen können, und hier beginnt auch schon das Elend, das sich fortpflanzt und immer weiteres Elend gebären wird. Bei der werdenden Mutter hat also schon die Fürsorge zu beginnen und es wird dafür gesorgt werden, daß diese werdenden Mütter nicht zu schweren Arbeiten herangezogen werden, gleichgültig, ob es sich um eine Bauernfrau oder Arbeiterfrau handelt. Es muß da einmal wirklich menschlich und ordentlich vorgegangen werden, um der werdenden Mutter die Möglichkeit zu geben, ihr Kind auszutragen und gesund zur Welt bringen zu können. Dann muß sich diese Fürsorge weiter fortsetzen in der Säuglingsfürsorge, im Kindergarten, in der Schule usw. Darüber hinaus müssen auch die Lehrlinge und nicht zuletzt auch die studierende Jugend befürsorgt werden. Es ist keine Weisheit von mir, daß ein gesunder Geist meistens nur in einem gesunden Körper wohnt. Wir brauchen tüchtige Menschen, die gesund an Körper und gesund an Geist sind, damit sie für das ganze Volk und für unsere Wirtschaft schaffen können. Das ist Fürsorge oder, besser gesagt, Vorsorge für unsere Jugend, die uns vielleicht viele, viele Millionen an Fürsorgekosten in späterer Zeit ersparen wird. Wenn wir hier zeitlich vorsorgen, werden wir uns sicher viel an Fürsorge ersparen können.

Wir haben aber leider Gottes auch viele Tausende und aber Tausende von Menschen, wo wir nicht mehr vorsorgen können, so daß hier nur mehr Fürsorge anzuwenden ist. Dies ist bei unseren Kriegsbeschädigten und den anderen Beschädigten der Fall. Für die Krüppel und Schwerkranken, die aus dem Krieg heimgekommen sind, werden wir nicht viel vorsorgen können, denn hier wird die Fürsorge bis zum Grabe fortgesetzt werden müssen. Es sind viele zehntausende krüppelhafte und kranke Menschen, die aus diesem Krieg zurückgekommen sind und die von heute auf morgen nicht wissen, was aus ihnen werden wird. Das Land Niederösterreich wird mit allen zuständigen Körperschaften daran gehen müssen, auch hier die entsprechenden Schritte zu tun, um diesen armen Menschen zu helfen. Es sind viele darunter, die noch in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden könnten, die werden zwar nicht mehr den Beruf ausüben können, den sie erlernt haben, und es wird daher hier eine Umschulung notwendig sein. Für diese werden wir Arbeitsplätze schaffen müssen, damit wir sie wieder in das Wirtschaftsleben einbauen können. Diese Menschen wollen arbeiten und es gibt verschiedene Berufsarten, wo man auch Kriegsbeschädigte verwenden kann. Ich denke vor allem an die

Gemeinden, wo man Gemeindeangestellte braucht, hier soll man vor allem Kriegsbeschädigte einstellen. Auch bei verschiedenen anderen Ämtern soll man Kriegsbeschädigte verwenden, wie zum Beispiel im Bahndienst und bei der Post, wo man Türsteher, Portiere, Diener usw. braucht. Da gibt es verschiedene Berufsarten, wo man Kriegsbeschädigte einsetzen kann. Auf diese Weise gibt man diesen Menschen nicht nur eine Existenz, sondern auch das Bewußtsein, daß sie doch noch etwas im Leben leisten können. Wir haben viele Tausende und Zehntausende, denen wir auch diese Hoffnung nicht mehr geben können. Die vielen Menschen, die auf Krücken gestützt und als Blinde von Hunden geführt durch die Straßen stolpern, werden nicht mehr in unser Wirtschaftsleben eingebaut werden können, da wird tatsächlich die Fürsorge des Landes und des Staates einsetzen müssen, um ihnen zu helfen. Was sind das für Menschen? Ein Großteil junge Menschen, kaum der Schule entwachsen, kaum aus der Lehre oder Mittelschule heraus, hat man sie auf die Schlachtbank hinausgeführt. Diese Jugend hat vom Leben nichts gehabt und gekannt, und heute stehen sie als Krüppel, hoffnungslos, verzweifelt und voll Jammer da. Aber nicht nur sie selbst, sondern auch die Eltern dieser Kinder sind verzweifelt. Ich gehöre selbst zu denjenigen, die durch ein solches Unglück schwer getroffen worden sind, und ich weiß, was es heißt, ein solches Unglück tragen zu müssen. Wir haben daher die Pflicht, daß wir uns der Kriegsbeschädigten ganz besonders annehmen. Wir müssen auch dafür sorgen, daß die Tabaktrafiklizenzen revidiert und daß sie tatsächlich nur an bedürftige Invalide und nur an diese vergeben werden. Wir haben weiter dafür zu sorgen, davon ist schon gesprochen worden, daß Tankstellen nur an Kriegsbeschädigte vergeben werden. Auf diese Art und Weise können wir so manchen Schwerkriegsbeschädigten einen kleinen Lichtblick und eine Hoffnung für sein ferneres Leben geben.

Meine Vorrednerin, Frau Abg. Kren, hat von den Frauen gesprochen, die 60 bis 65 S im Monat erhalten und damit zwei oder mehr Kinder zu ernähren haben. Es sind das fast ausschließlich Kriegerwitwen, um die es sich hier handelt, Frauen von Vermißten usw. Auch hier wird die Fürsorge und Hilfe des Landes und seiner Institutionen notwendig sein, um ihnen zu helfen.

Zum Schluß möchte ich auch jener nicht vergessen, die zwar nicht an der Front draußen gestanden sind, die aber im Konzentrationslager, in Kerkern und in Arresten sich schwere Krankheiten und Leiden zugezogen

haben. Ich möchte weiter jener Witwen und Hinterbliebenen gedenken, die nach den Hingemordeten in den Konzentrationslagern zurückgeblieben sind. Das Land und auch alle anderen Stellen müssen sich darum annehmen, daß diese Hinterbliebenen nicht dem Hunger preisgegeben sind. Das ist unsere vornehmste Pflicht, das ist wirkliche Vorsorge und Fürsorge, die wir treiben sollen und müssen. (*Beifall links.*)

Abg. DUBOVSKY: Hoher Landtag! Das Sanitätsreferat hat über den Gesundheitszustand der niederösterreichischen Kinder Zahlen bekanntgegeben, welche uns zeigen, daß die Kinder, die Zukunft unseres Landes, in Gefahr sind. Jeder verantwortliche Staatsbürger muß sich deshalb darüber klar werden, daß hier alle Anstrengungen getroffen werden müssen, um dieser Bedrohung unseres Volkes auszuweichen. Durch die Untersuchungen der Gesundheitsämter wurde der Umfang festgestellt, über den sich die Fürsorgetätigkeit zu erstrecken hat. Es darf aber nicht genügen, daß man feststellt, so und so viele Prozent der Kinder sind unterernährt und der Tuberkulosegefahr ausgesetzt, sondern hier muß es sich darum handeln, daß man den zweiten Schritt folgen läßt und jene Maßnahmen trifft, die dazu dienen, diese Bedrohung der Zukunft unseres Landes zu verhindern. Es haben ausländische Organisationen ganz Großes geleistet und ihnen gebührt unser uneingeschränkter Dank. Es ist aber nur ein Teil der niederösterreichischen Kinder, der durch diese ausländischen Hilfsaktionen und das Landesjugendamt erfaßt wird. Hier müßte die Fürsorgetätigkeit auf eine viel breitere Grundlage gestellt werden. Es müßte vor allem eine Zusammenarbeit zwischen dem Landesjugendamt und den caritativen Organisationen, die sich mit der Fürsorge der Kinder und Jugendlichen befassen, hergestellt werden. Es zeigt sich immer wieder draußen, daß es zwar eine Reihe von caritativen Organisationen gibt, die Kinder in Erholungsheime bringen, daß es aber leider viele, viele Eltern gibt, denen es unmöglich ist, den von diesen Organisationen geforderten Verpflegsbeitrag aufzubringen. Hier könnte eine enge Zusammenarbeit des Fürsorgereferates mit diesen Organisationen für die Zukunft unseres Landes ganz Erspreßliches leisten. Meiner Meinung nach genügt es nicht, den Kindern einen mehrwöchentlichen Erholungsaufenthalt zu gewähren und sie dann wieder in das alte Milieu zurückfallen zu lassen. Das würde bedeuten, daß man einen Teil aufbaut und ihn dann wieder zerfallen läßt. Es müßte anschließend an die Erholungsaktion eine Ver-

stärkung der Schülerausspeisung und der Ausspeisung in den Kindergärten durchgeführt werden. Das Problem unserer Kinderernährung ist überhaupt ein Problem unserer ganzen Ernährungslage. Es wird eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden sein, um die Unterernährung unserer Kinder zu beheben und ihren Gesundheitszustand wieder auf die Höhe zu bringen. Gerade bei den Kindern aber darf es keine Schwierigkeiten geben, die nicht überwunden werden müssen. Hier müssen wirklich alle Kräfte zusammengefaßt werden, um unsere Kinder zu retten. Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp hat auf die Notwendigkeit der Unterstützung durch das Baureferat hingewiesen. Ich glaube, die ganze Wiederherstellung des Gesundheitszustandes unserer Kinder und unserer Bevölkerung müßte ein Teil des gesamten Wiederaufbauplanes dieses Landes sein, denn es handelt sich hier ja im Wesen darum, die Kriegsschäden auf gesundheitlichem Gebiet zu beseitigen. Es wäre sehr begrüßenswert gewesen, da ein Gesamtplan fehlt, wenn wenigstens die sozialistischen Landesräte für ihre Ressorts einen Plan über die Ueberbrückung der Schwierigkeiten zur Wiederherstellung des Gesundheitszustandes für die nächste Zeit gegeben hätten. Herr Landesrat Schneidmadl hat einige Ansätze eines solchen Planes gestern bekanntgegeben, aber dieser Plan wäre auch auf dem Gebiet der Fürsorgetätigkeit notwendig.

Wir haben gestern in der Generaldebatte die Reden aller drei Parteien gehört. Kollege Vesely hat für die Sozialistische Partei gesprochen. Es war eine Rede, die die politische Situation dargestellt hat, in der sich unser Land befindet. Es wurde auch von den armen Nationalsozialisten gesprochen. Ich will hier nicht das Problem der Nationalsozialisten aufrollen, denn auch wir sind von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, es gehe nicht an, den Arbeiter oder den Angestellten oder den Kleinbauer zu maßregeln, während die Fabrikdirektoren und andere maßgebende Funktionäre noch immer auf ihren Posten sitzen. Wenn man aber davon spricht, daß man die Nationalsozialisten zur Demokratie umerziehen will, so kann ich mich des Eindruckes nicht erwehren, als ob man unter Umerziehung zur Demokratie nur den Fang von Wählerstimmen oder die Erreichung höherer Mitgliederzahlen verstehen würde, denn auf das kommt es letzten Endes heraus. Kein Wort wurde beispielsweise von jenen gesagt, die politisch festgelegt sind oder die dazu beigetragen haben, daß wir heute hier sitzen können. Kein Wort wurde auch von den politischen Opfern Österreichs gesprochen, die

alle politisch festgelegt sind. Von diesen kann man keine neuen Mitglieder und Wählerstimmen gewinnen. Wie steht es nun wirklich um diese politischen Opfer in Österreich? Es ist eine Schande, zwei Jahre nach der Befreiung noch über diesen Zustand und über die politischen Opfer sprechen zu müssen, über jene Opfer, die das einzige Plus in London und Moskau bei den Verhandlungen zu unserem Staatsvertrag darstellen. Ich sehe mit einem gewissen Gefühl der Unsicherheit der Zeit entgegen, wenn man — vielleicht kommt es dazu — unseren Außenminister in Moskau fragen wird: „Gut, ihr führt die politischen Opfer an im Kampf um die Erneuerung Österreichs, was habt ihr aber für diese politischen Opfer bis heute getan?“ Er wird dort sagen müssen: §-4-Bescheinigungen können sie sich holen. Wer den Leidensweg zur Erreichung einer solchen §-4-Bescheinigung mitmachen mußte, mit der übrigens ein politisches Opfer gar nichts anfangen kann und auch nichts erhält, der kann verstehen, daß einige sagen: Das KZ. hat für uns noch nicht aufgehört, die Schikanen gehen noch immer weiter.

Es wurde auch davon gesprochen, daß man bei den Ärzten, die ehemals Nationalsozialisten waren, eine gewisse Toleranz walten lassen muß. Bei der letzten Bundestagung des Verbandes der politischen Opfer wurde von Vertretern der Akademiker darüber Klage geführt, daß es antifaschistische Ärzte gibt, die man nicht zur Praxis kommen läßt, weil angeblich zuviel Ärzte vorhanden sind (*Landesrat Schneidmadr: Einen Fall nennen!*). Da müssen Sie den Verband fragen. (*Zwischenruf links: Das ist total unwahr!*). Das ist nicht unwahr, sondern es ist nur jenen nicht verständlich, die während der Jahre des Faschismus mir persönlich öfters den Rat gegeben haben, man muß vorsichtig sein, darf sich im politischen Kampf nicht exponieren, man muß es sich für später aufsparen. Die politischen Opfer, die den Kampf um die Erneuerung und Wiederherstellung Österreichs geführt haben, haben das erste Anrecht darauf, in diesem Staat so behandelt zu werden, daß ihre Zukunft, ihr Leben, ihre Gesundheit, die meist durch die Haft schwer gelitten hat, gesichert sind. Es ist zu hoffen, daß es doch nach zwei Jahren gelingen wird — wenn das genügende Verständnis überall vorhanden ist —, jenen Menschen eine gesicherte Zukunft zu geben, die die beste Sicherheit für unsere Demokratie in Österreich darstellen. Sie haben in der Vergangenheit bewiesen, daß sie bereit waren, für die Demokratie in Österreich, unter Umständen mit

dem Einsatz ihres Lebens, einzutreten. (*Beifall.*)

Abg. ENDL: Hohes Haus! Die Debatte zum Kapitel „Fürsorgewesen“ zeigt, daß es unsere größte Sorge sein muß, unsere Jugend und die Mütter so zu betreuen, wie es notwendig ist. Wir haben vom zuständigen Referenten gehört, daß Tausende und aber Tausende Kinder in unserem Land mit ausländischer Hilfe ausgespeist werden. All diesen Ländern gebührt unser Dank und wir werden es niemals vergessen, was sie für unsere Kinder und Mütter getan haben. Ich möchte noch erwähnen, daß wir, wenn wir schon fürsorglich sein wollen, richtig Vorsorge treffen müssen nicht nur für unsere niederösterreichischen Kinder, sondern auch für unsere Wiener Kinder. Wir Niederösterreicher müssen uns auch der Wiener Kinder annehmen. Es ist bezeichnend, daß im Waldviertel so mancher Kleinhäusler, der nur ein Stückchen Grund hat, sich bereit erklärt hat, ein oder zwei Kinder zur Erholung zu übernehmen. Wir haben in Niederösterreich Gebirgsgegenden mit ozonreicher Luft, z. B. das Semmering- und Raxgebiet, die ein wahres Luftreservoir für die Lungen der Städter sind. Wir müssen die Sportanlagen im Semmering- und Raxgebiet, am Annaberg und überall, wo es möglich ist, so ausbauen, daß wir auch die städtischen Kinder im Winter hinausführen können, damit sie dort dem Sport huldigen und die ozonreiche Luft genießen können. Ich habe nicht die Absicht gehabt, zu diesem Kapitel zu sprechen, denn es wurde ohnedies alles genau aufgezeigt. Wir sind einmütig der Meinung, unserer Jugend und unseren Müttern Niederösterreichs und Wiens zu helfen, daß sie wieder gesunden.

Ich habe zu diesem Kapitel einen Resolutionsantrag vorbereitet, derselbe lautet (*liest*):

„Die Landesregierung Niederösterreich möge den Ländern, die sich für die Not unserer Kinder und Frauen in so hervorragender Weise eingesetzt haben, eine Dankadresse übermitteln.“ (*Allgemeiner Beifall.*)

Landesrat SCHNEIDMADR: Hoher Landtag! Zum Kapitel „Fürsorgewesen“ möchte ich Ihnen vorerst einen kurzen Überblick über die Lage in den Landesanstalten, die sich in meiner Verwaltung befinden, geben. Da haben wir zuerst die beiden Heil- und Pflegeanstalten Mauer-Öhling und Gugging. In beiden Anstalten beträgt gegenwärtig der Verpflegsstand je 400. Dieser niedrige Stand ist darauf zurückzuführen, daß unter der Nazizeit in der grausamsten Art und Weise die Kranken in diesen Anstalten ins Altreich und über das Altreich hinaus ins Himmelreich



befördert worden sind. Unsere Pfleger und Pflegerinnen in den Anstalten hat man unter den schwersten Druck gestellt, sie haben bei dieser furchtbaren Liquidierung mitwirken müssen und es sind eine Anzahl von Pflegern und Pflegerinnen bereits seit dem Jänner des vergangenen Jahres im Landesgericht Wien in Untersuchungshaft. Alle unsere Bemühungen, diese Untersuchung zu beschleunigen und zum Abschluß zu bringen, haben bisher zu keinem Erfolg geführt. Es ist so, daß die Gerichte überlastet und die Gefängnisse überfüllt sind und daß es sehr häufig vorkommt, daß Unschuldige oder nur sehr gering Belastete viele Monate, oft auch mehr als ein Jahr in Untersuchungshaft verbringen müssen. Bei der Verhandlung stellt es sich dann heraus, daß die Strafe, die ihnen zudiktirt wird, auf Grund der Lage des Falles weit geringer ist als die bereits verbüßte Untersuchungshaft, oder aber daß der Betreffende überhaupt freigesprochen werden muß. Ich möchte die heutige Sitzung benützen, um an die Justizverwaltung die Bitte zu richten, sie möge diese Fälle von Mauer-Öhling und Gugging — in gewissem Sinne handelt es sich doch auch um Opfer des Hitler-Regimes — im Auge behalten und dafür sorgen, daß endlich die Untersuchung abgeschlossen und die Verhandlung anberaumt wird.

In der Anstalt Mauer-Öhling haben wir nur einen Teil der Pavillons verfügbar, weil ein anderer Teil noch immer von der Besatzung in Anspruch genommen ist. Wir wissen aus Erfahrung, daß Truppeneinquartierungen in Kranken- und Heilanstalten dem Zustand dieser Anstalten nicht förderlich sind und es sind auch in Mauer-Öhling schwere Schäden als Folge dieser Tatsache zu verzeichnen. Wir würden wünschen, daß wir möglichst bald diese Anstalt vollständig frei bekommen, damit wir sie wieder instand setzen können.

In Gugging haben wir nur geringe Kriegsschäden zu verzeichnen gehabt, die längst behoben sind.

Sehr schlimm aber ist die Tatsache, daß unsere Erziehungsanstalt Korneuburg vollständig verwüstet worden ist. Diese Anstalt ist am Ende des Krieges drei Wochen hindurch in der vordersten Kampfzone gelegen und mitten durch die Anstalt ist die Front gegangen. Als dann der Krieg zu Ende war, haben verschiedene Einquartierungen in dieser Anstalt stattgefunden. Flüchtlinge und Zwangsarbeiter sind dort einquartiert worden, dann Volksdeutsche und später hat die Besatzungsmacht die Anstalt in Anspruch genommen. Wir haben in dieser Erziehungs-

anstalt viele vorbildlich eingerichtete Lehrwerkstätten besessen. Es war ja der Zweck dieser Anstalt, Jugendliche, die gefährdet sind, wieder auf den rechten Weg zu bringen, ihnen die Möglichkeit zu geben, einen Beruf zu erlernen, um so brauchbare Mitglieder der Gesellschaft zu werden. In den Lehrwerkstätten konnten die Jungen das Schuhmacher-, Schneider- oder Schlossergewerbe erlernen, sie konnten Dreher werden und verschiedene andere Handwerkszweige vollständig erlernen. Wir haben an die Erziehungsanstalt Korneuburg auch eine große Landwirtschaft angeschlossen, den Reuhof, wo die Jungen die Landwirtschaft kennenlernen und in der Wirtschaft arbeiten konnten. Die Anstalt in Korneuburg ist heute völlig unbenützt. Die Zerstörungen sind so groß, daß es gar nicht mehr zweckmäßig sein wird, die übrigens veralteten Gebäude wieder zu restaurieren. Es wird notwendig sein, diese Gebäude abzutragen und das vorhandene Baumaterial für den Aufbau einer modernen, zweckentsprechenden Anstalt zu benützen.

Früher war diese Anstalt keine Erziehungs-, sondern eine Besserungsanstalt. Es war eine Art Gefängnis und auch die Gebäude sind gefängnisartig gebaut worden. Man war vor dem ersten Weltkrieg der Meinung, daß man einen Jugendlichen, der sich Verfehlungen hat zuschulden kommen lassen, dadurch wieder auf den rechten Weg bringt, wenn man ihn einem Profosen unterstellt. Diese Besserungsanstalt, wie sie damals bestanden hat, hat ihren Zweck wahrhaftig nicht erfüllt, sondern sie war sozusagen eine Schule zur Ausbildung von fertigen Verbrechern. Denn da hat der eine von dem anderen nur Schlechtes gelernt und sich darin so vervollkommenet, daß er dann erfolgreich sein unredliches Handwerk ausüben konnte.

In der ersten Republik wurde Korneuburg eine Erziehungsanstalt, die trotz der nicht ganz geeigneten Gebäude sehr schöne Erfolge verzeichnen konnte. Jetzt aber liegt die Aufgabe vor uns, diese Anstalt wieder zu errichten. Dies ist deswegen ganz besonders dringend, weil wir es heute mit einer Jugend zu tun haben, die durch den Krieg nicht nur schwer seelisch und moralisch gelitten hat, sondern die außerdem noch belastet ist mit der Hitler-Erziehung in der HJ. und die nun so schwer wieder auf den rechten Weg zu bringen ist. Die Kriminalität der Jugend ist außerordentlich groß, eine Erscheinung, die auch früher nach jedem Krieg, aber noch nie in dem Ausmaß wie gegenwärtig zu verzeichnen war. Wir brauchen also dringend diese Anstalt und wir werden alles tun, damit wir sobald als möglich sie wieder in Betrieb

setzen können. Vorläufig wird es nur möglich sein, behelfsmäßig für etwa 50 Zöglinge Raum zu schaffen. Was wir am schwersten beklagen, ist, daß wir die schön eingerichteten Lehrwerkstätten verloren haben, die offenbar versehentlich auch als Deutsches Eigentum angesehen und weggeführt worden sind.

Am Reuhof sind wir bis in die letzte Zeit ebenfalls besetzt gewesen. Es ist die Besatzung zwar abgezogen, aber wir konnten leider bis jetzt keine offizielle Zusage erhalten, daß wir den Reuhof dauernd zur Verfügung haben und instand setzen und aufbauen können.

Von den anderen Anstalten meines Referates ist zu sagen, daß dort alles in Ordnung geht.

Eine Anstalt aber muß ich erwähnen, weil sie den Stolz meines Referates bildet, das ist die Erziehungsanstalt in Hollabrunn. In der Kindererziehungsanstalt Hollabrunn befürsorgen und erziehen wir Kinder, die aus einem Familienmilieu stammen, wo die Gefahr besteht, daß diese Kinder schlecht erzogen werden und daß sie Schaden für ihr ganzes Leben nehmen. Und wir können feststellen, daß in der Erziehungsanstalt in Hollabrunn — gegenwärtig haben wir annähernd hundert Kinder — ganz außerordentliche erzieherische und pädagogische Erfolge zu verzeichnen sind. In dieser Erziehungsanstalt ist es seit vielen Jahren Übung, daß man das Kind, das in die Anstalt kommt, fotografiert. Da gibt es große Alben, wo diese Photos verwahrt werden. Nach einigen Jahren wird das Kind wieder aufgenommen und diese Aufnahme neben die erste Photographie, die beim Eintritt des Kindes gemacht wurde, gegeben. Wenn man diese beiden Bilder sieht und betrachtet, wird es auch dem Laien sinnfällig, was Erziehung zu leisten vermag. Da gibt es Kinderphysiognomien, bei deren Anblick man ausruft: Das ist ein geborener Verbrecher, aus diesem Kind kann doch nie etwas werden! Diese verbissenen Züge, dem Kind steht scheinbar der künftige Verbrecher ins Gesicht geschrieben. Und nach ein paar Jahren Erziehung in der Anstalt Hollabrunn: Aufgeschlossene Physiognomie, ein ganz anderes Kind ist geworden. Dann sieht man Photos von Zöglingen, die längst ins Leben hinausgetreten sind, die gute Mütter, brave Handwerker, Bauern oder landwirtschaftliche, gewerbliche oder industrielle Arbeiter geworden sind. Wir können sagen, daß etwa 80% der Kinder, die in diese Anstalt kommen und hier erzogen werden, gerettet sind. Wenn wir die Mittel dazu hätten, solche Erziehungsanstalten wie diese eine in Hollabrunn in größerer Zahl zu erstellen, wir würden uns später viele

Gefängnisse ersparen. Und viele Kinder, die später Verbrecher werden, weil sie nicht in ihrer Kindheit und in ihrer frühen Jugend die richtige Erziehung bekommen haben, würden anständige und wertvolle Mitglieder der Gesellschaft werden.

Sie werden daher verstehen, daß ich den Anlaß gerne benütze, um der Leiterin der Erziehungsanstalt von Hollabrunn, der Frau Schulrat Wagner, und allen Schwestern, die draußen tätig sind, für ihre vorbildliche Arbeit meinen besten Dank auszusprechen (*großer Beifall im ganzen Haus*). Wir sind der Frau Schulrat Wagner und den Schwestern auch deswegen zu Dank verpflichtet, weil ihnen die Rettung der Anstalt zu danken ist. Wären die Schwestern mit den Kindern, so wie sie von der damaligen Gauleitung den Auftrag bekommen haben, aus Hollabrunn weggegangen, hätten sie die Anstalt verlassen, so würden heute wahrscheinlich in dieser Anstalt nicht einmal die Installationen vorhanden sein. So aber sind die Schwestern mit den Kindern vor der Anstalt gestanden, als die Sowjetarmee einmarschierte. Und die russischen Soldaten, die die Schwestern und die Kinder sahen, haben die Anstalt respektiert. So ist nicht der geringste Schaden der Anstalt zugefügt worden. Wenn wir uns heute freuen dürfen, daß diese Anstalt vollständig erhalten geblieben ist, daß sie ihrer hohen Aufgabe in einer so vorbildlichen Weise zu dienen vermag, so deswegen, weil die Schwestern ausgeharrt haben und damit die Anstalt retteten.

Es ist viel in der Debatte und mit großem Recht davon gesprochen worden, daß alle Fürsorgemaßnahmen, die wir treffen, unzulänglich sind. Ich, der ich das Fürsorgereferat zu verwalten habe, bin mir dieser Tatsache am meisten bewußt. Aber ich habe im Vorjahr schon, gelegentlich der Verhandlung dieses Kapitels, auf die Tragik hingewiesen, daß in der Zeit der größten Not die Fürsorge am allerdringendsten ist, daß aber wegen dieser Not die Mittel, die die Fürsorge erheischt, leider nicht aufzubringen sind. Wir werden über diese Tatsache nur dann hinwegkommen, wenn es uns gelingt, die Not selber, die die Ursache dieser vielen Fürsorgefälle ist, zu überwinden.

Die öffentliche Fürsorge, wie wir sie gegenwärtig in Niederösterreich und in Österreich überhaupt betreiben, beruht noch auf den reichsgesetzlichen Vorschriften. Wir haben noch keine Fürsorgeräte und können sie auch nicht haben, weil dazu die gesetzlichen Voraussetzungen fehlen. Selbst wenn wir heute provisorische Fürsorgeräte einrichten würden,

so wären diese zur Ohnmacht und Untätigkeit verurteilt, weil die finanziellen Voraussetzungen für ihre Arbeit nicht vorhanden sind. Es muß erst der Finanzausgleich und die Auseinandersetzung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erfolgen. Ich hoffe aber, daß nicht nur diese Voraussetzungen im Verlauf des heurigen Jahres herbeigeführt werden, sondern daß es auch heuer noch dazu kommt, daß der Nationalrat das Gesetz über die Demokratisierung der Bezirksverwaltungen verabschiedet. Wir werden dann eine Bezirksverwaltung haben, in die auch die Aufgaben der Bezirksfürsorgeräte eingebaut werden können. Wie notwendig eine Bezirksverwaltung ist, das hat sich schon in der Zeit vor dem Krieg ergeben, wo wir eine durchgreifende Demokratisierung der Bezirksverwaltung noch nicht besessen haben. Man hat das Fehlen dieser Bezirksverwaltung dadurch wettzumachen versucht, daß man für einzelne wichtige Verwaltungszweige, eben für die Fürsorge, aber auch für die Straßenverwaltung besondere Ausschüsse in den Bezirken erstellt hat. Wenn wir zur demokratischen Bezirksverwaltung kommen, werden nicht nur diese, sondern auch andere wichtige Aufgaben durch diese neue Institution besorgt werden können.

Der Abgeordnete Dubovsky hat gemeint, daß sich mein Referat gar keine Gedanken darüber mache, wie man den Gesundheitsdienst im Land Niederösterreich wieder aufbauen solle. Da herrsche gar kein Plan und darüber zerbreche sich niemand den Kopf. Ich glaube, daß Herr Abg. Dubovsky mir gestern nicht zugehört hat, als ich einen Bericht über die Lage der Gesundheitsverhältnisse in unserem Land, aber auch darüber, was vorgekehrt worden ist, damit wir die gestellten Aufgaben bewältigen können, gegeben habe. Ich habe gestern ausführlich auseinandergesetzt, wie wir den Wiederaufbau unserer durch den Krieg schwer geschädigten Krankenanstalten durchführen wollen und werden. Ich habe gestern auch dargestellt, daß die finanziellen Voraussetzungen für diesen Wiederaufbau eben durch den gegenwärtigen Voranschlag gewährleistet werden. Ob es gelingen wird, alle Arbeiten, die wir planen, durchzuführen, das hängt nicht allein von unseren Beschlüssen und von unserem guten Willen ab, sondern davon, ob uns die entsprechenden Baumaterialien zur Verfügung stehen und ob wir über die notwendigen Arbeitskräfte verfügen werden. Denn das Problem Baumaterial und das Problem Arbeitskraft spielt beim Wiederaufbau nicht nur unseres Gesundheitsdienstes und unserer Krankenanstalten, sondern beim Wiederaufbau

unserer Wirtschaft überhaupt die entscheidende Rolle.

Es ist wiederholt in der heutigen Debatte darauf hingewiesen worden, wie sehr die heranwachsende Jugend durch die Tuberkulose, über die ich gestern schon ausführlich gesprochen habe, gefährdet ist und ich habe mir gestern gestattet, darauf aufmerksam zu machen, daß ein wirkungsvoller Kampf gegen diese furchtbare Krankheit, die heute wieder unser ganzes Volk bedroht, nur geführt werden kann, wenn wir unsere Tuberkuloseheilstätten wieder aufbauen. Denn ohne Anstalts- und ohne entsprechend geschulte Fachärzte ist ein wirksamer Kampf gegen die Tuberkulose nicht zu führen.

Da darf ich nun heute die erfreuliche Mitteilung machen, daß die begründete Aussicht besteht, sowohl die Heilanstalt Strengberg bei Puchberg am Schneeberg als auch die Heilanstalt Alland noch im Verlauf des heurigen Jahres wieder zu aktivieren. (*Beifall.*) Die Heilanstalt Strengberg ist durch die Kampfhandlungen zerstört worden. Es ist dort Feuer gelegt worden, wahrscheinlich von der SS., und es ist die gesamte Einrichtung verbrannt. In der Heilanstalt Alland sind ebenfalls schwere Kriegsschäden zu verzeichnen. Ein Pavillon ist total durch Luftangriffe zerstört worden. Leider ist später auch die Heilanstalt Alland durch die Einquartierung sehr stark mitgenommen worden und es sind heute nur mehr die nackten und leeren Gebäude vorhanden. Es müssen in dieser Anstalt die einzelnen Objekte von Grund auf neu hergerichtet werden. Wir brauchen Fenster, Türen, Installationsmaterial, Betten, Wäsche usw. Aus eigener Kraft werden wir bei der Not, die wir in unserem Land haben, nicht imstande sein, den Wiederaufbau dieser Anstalt durchzuführen.

Kürzlich sind nun bei uns Vertreter des Schweizerischen Hilfskomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose erschienen, und zwar die Herren Bundesrat Brehm, Dr. Werli und Herr Stuber vom Schweizerischen Roten Kreuz. Sie haben die Heilanstalten in Alland und am Strengberg besichtigt und sie haben uns zugesagt, daß sie uns beim Wiederaufbau dieser Heilanstalten helfen werden. Wir haben die Verpflichtung, in kürzester Zeit die baulichen Herstellungen durchzuführen, und ich möchte den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Kargl bitten, daß er uns bei der Beschaffung des notwendigen Baumaterials, soweit es ihm möglich ist, an die Hand geht. Die Schweizer haben sich erbötig gemacht, die gesamte Einrichtung für die beiden Tuberkuloseheilstätten in Alland und am Streng-

berg beizustellen. (*Großer Beifall im ganzen Haus.*) Nicht nur die Wäsche und die Betten, sondern auch die gesamte medizinische Einrichtung, Röntgenapparate und dergleichen, aber auch die Medikamente, die notwendig sind, um diese Anstalten in Betrieb zu setzen. Damit wird es möglich sein, noch heuer in Alland etwa 350 Betten und im nächsten Jahr, wenn wir den zerstörten Pavillon aufgebaut haben, weitere 100 Tuberkulosebetten zur Verfügung zu bekommen. Mit Strengberg werden wir dann im nächsten Jahr in Niederösterreich über 600 bis 700 Tuberkulosebetten in Heilanstalten disponieren können. Außerdem haben wir die Absicht, das Buchenbergheim bei Waidhofen an der Ybbs mit etwa 100 Betten, ebenfalls eine Lungenheilstätte, die verwüstet worden ist und durch Einquartierung schwer gelitten hat, wieder instandzusetzen und in Betrieb zu nehmen. Ich darf bei dieser Gelegenheit den Schweizern für ihren neuen Beweis größtzigster Hilfsbereitschaft namens unseres Landes danken. (*Großer Beifall im ganzen Haus.*) Ich danke aber auch meinem Sanitätsdirektor Dr. Stremnitzer und allen Ärzten und dem gesamten Personal, das bei der Organisierung und beim Wiederaufbau unseres Gesundheitsdienstes in Niederösterreich in einer geradezu vorbildlichen Weise tätig ist. (*Beifall.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe schon gesagt, daß ich als Referent für das Fürsorgewesen am wenigsten von dem befriedigt bin, was wir heute auf dem Gebiet der Fürsorge leisten können. Es sind die Familienunterstützungen unzulänglich, es sind die Fürsorgebeiträge, die gegeben werden können, nicht zureichend und es ist mit Recht darüber geklagt worden, daß die Pflugschaftsbeiträge viel zu niedrig sind. Freilich, zu den Pflugschaftsbeiträgen möchte ich folgendes sagen: Abgesehen davon, daß uns leider die finanzielle Möglichkeit zu einer ausreichenden Erhöhung nicht gegeben ist, glaube ich, daß bei der Unterbringung von Pflegekindern nicht immer die Höhe des Pflegegeldes eine Rolle spielt, ja, daß es vielleicht schlecht wäre, wenn die Pflegeeltern nur deshalb Kinder übernehmen würden, weil sie vor allem der Pflegebeitrag interessiert. Pflegeeltern, für die Pflegekinder nur Mittel zur Ergänzung ihres Einkommens sind, wären nicht das Ideal. Man muß die Pflegeeltern von dem Gesichtspunkt auswählen, ob es sich um Menschen handelt, die Kinder gerne haben und die dem Kind, das sie in Pflege übernehmen, wirklich auch die Eltern ersetzen. Aber wie gesagt, unbefriedigend und unzulänglich ist alles, was wir auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge heute zu tun vermögen.

Der Hunger, die Krankheiten, gegen die wir ankämpfen, sie sind eine Folge des Krieges, sie sind eine Folge der Tatsache, daß ein Wahnsinniger diese Welt in die furchtbarste Katastrophe der Geschichte gestürzt hat. Wenn wir diese Not überwinden wollen, so müssen wir die Zerstörungen, die der Krieg angerichtet hat, nicht nur in unseren Krankenanstalten und in unseren Tuberkuloseheilstätten, wir müssen die Zerstörungen in unserer ganzen Wirtschaft wieder wettmachen. Wenn wir uns überlegen, ob wir dazu imstande sind, so glaube ich, daß wir das ohne Vorbehalt bejahen können. Österreich im allgemeinen und Niederösterreich, über das der Krieg hinweggegangen ist, im besonderen, sind heute bitterarm. Wenn wir uns aber gegenwärtig machen, über welche Hilfsmittel und Hilfsquellen wir beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft verfügen, glaube ich, daß kein Grund ist, zu verzweifeln. Wir haben unsere Industrie und unser Gewerbe, deren Erzeugnisse Weltruf besessen haben, wir haben unsere hochintelligente Arbeiterschaft. Wir werden wieder leistungsfähig sein, wenn wir über unsere Industrie endlich wieder selber verfügen dürfen. Wir haben unsere hoch entwickelte Landwirtschaft und jede neue Ausstellung auf der Messe zeigt, welche Fortschritte unsere Landwirtschaft bei der Benützung moderner Produktionsmethoden von Jahr zu Jahr macht. Wir haben die Schönheit unseres Landes, hier in Niederösterreich und in den anderen Bundesländern. Unser Land ist, was seine Schönheit anlangt, imstande, mit unserer Nachbarrepublik, der wir so viel zu danken haben, in Konkurrenz zu treten. Wenn wir die Möglichkeit haben, die Schönheiten unseres Landes durch den Ausbau des Fremdenverkehrs wirtschaftlich zu nutzen, es braucht uns für die Zukunft nicht bange zu sein. Dazu kommt die Kultur unseres Volkes, unsere Kunst und die Kunstschätze, über die wir verfügen. All das zusammen und die Tatsache, daß wir über reiche Rohstoffquellen in unserem Land verfügen, bürgt dafür, daß wir in Zukunft wieder leben können und uns emporzuarbeiten vermögen. Diese Tatsachen geben uns die Zuversicht und die Hoffnung, daß wir die schwere Aufgabe des Wiederaufbaues auch in unserem Land werden meistern können. Man gebe uns dazu nur die Voraussetzung, man gebe uns endlich die feierlich verheißene Unabhängigkeit und Freiheit. Man mache uns die Hände frei, damit wir alle gemeinsam arbeiten können am Wiederaufbau unseres Landes, auf daß die Not, die wir heute beklagen, überwunden werden kann. (*Großer Beifall im ganzen Haus.*)

PRÄSIDENT: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KUCHNER (*Schlußwort*): Anträge auf Abänderung der Ziffern des Budgets wurden nicht gestellt, ich möchte daher bitten, das Kapitel III mit den bereits eingearbeiteten neuen Beträgen, die ich eingangs erwähnt habe, anzunehmen.

PRÄSIDENT (*Abstimmung über Kapitel III, Fürsorgewesen, in Erfordernis und Bedeckung mit den Zusatzanträgen des Finanzausschusses*): A n g e n o m m e n.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Es wurde ein Resolutionsantrag von Herrn Abg. Endl gestellt, der folgendermaßen lautet (*liest*):

„Die Landesregierung Niederösterreich möge den Ländern, die sich für die Not unserer Kinder und Frauen in so hervorragender Weise eingesetzt haben, eine Dankadresse übermitteln.“

Ich bitte denselben anzunehmen.

PRÄSIDENT (*Abstimmung über den Resolutionsantrag des Herrn Abg. Endl*): A n g e n o m m e n. (*Gegenprobe*): Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, zu Kapitel IV, Schulwesen, zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Zum Kapitel IV, Schulwesen, möchte ich darauf verweisen, daß der Finanzausschuß folgende Erhöhungen beantragt: Bei Titel 5, Förderungsbeiträge zu Schulbauten und Instandsetzungen, von 200.000 S um 300.000 S auf 500.000 S, bei Titel 6, Förderungsbeiträge für Lehrmittel, Lehrer- und Schülerbüchereien, von 30.000 S um 70.000 S auf 100.000 S, bei Titel 7, Förderungsbeitrag an die Landeslichtbildstelle für Wien und Niederösterreich, von 15.000 S um 55.000 S auf 70.000 S, dann bei Titel 8, Stipendien für begabte Schüler, von 110.000 S um 20.000 S auf 130.000 S. Es würden sich somit die Ausgaben dieses Kapitels auf 2.914.300 S stellen, die Einnahmen auf 124.800 S, so daß die Gesamtnettoausgaben 2.798.500 S ausmachen.

Ich bitte, in die Beratung dieses Kapitels einzugehen.

Abg. KAINDL: Hoher Landtag! Die Zahlen, die das Finanzreferat zum Kapitel Schulwesen vorgeschlagen hat, geben uns Anlaß, zu einem der wichtigsten Probleme des gesamten österreichischen Kulturlebens Stellung zu nehmen. Es ist selbstverständlich, daß wir nur angesichts der eminenten Not, in der sich unser Heimatland und darüber hinaus unser Vaterland befindet, dieser Summe, die für das Kapitel Schulwesen beantragt wird, zustimmen, weil wir die zwingenden Gründe kennen, die

das Finanzreferat bestimmt haben, hier nicht mehr einzusetzen.

Nichtsdestoweniger aber wollen wir das Hohe Haus aufmerksam machen, daß wir mit äußerster Wachsamkeit gerade auf dem Gebiet des Schulwesens, dem wichtigsten Faktor neben dem Sektor Ernährung und Gesundheit, die Vorgänge im Interesse der Zukunft des Landes verfolgen werden.

Vorerst kurz der Stand des Schulwesens in Niederösterreich (*liest*):

Pflichtschulen	Klassen	Schüler
1186 öffentl. Volksschulen	3015	131.188
5 Exposituren		
13 private Volksschulen	43	1.520
143 öffentl. Hauptschulen	703	23.030
8 private Hauptschulen	31	1.044
6 Sonderschulen	17	410
1 private Sonderschule	4	66
<b>1362</b>	<b>3813</b>	<b>157.258</b>
Berufsschulen	Klassen	Schüler
5 techn.-gewerbl. Schulen	19	547
11 öffentl.-kaufm. Lehranstalten	33	1206
3 private kaufm. Lehranstalten	10	403
5 öffentl. Frauenberufsschulen	28	769
7 private Frauenberufsschulen	10	263
<b>31</b>	<b>100</b>	<b>3188</b>

Berufsschulen (Gewerbl. Fortbildungsschulen):

	Klassen	Schüler
84 Berufsschulen	478	11.051

Kindergärten:

180 Landeskindergärten mit rund 9000 Kinder
36 Privatkindergärten „ „ 1600 „

Von den Volksschulen in Niederösterreich sind:

398 1-klassige Schulen
350 2- „ „
188 3- „ „
98 4- „ „
70 5- „ „
41 6- „ „
21 7- „ „
9 8- „ „
5 9- „ „
6 10-klassige und mehr Schulen.

Fast zwei Drittel sind nieder organisierte Volksschulen. Daher ist die Landschulfrage von besonderer Wichtigkeit.

Aus den Abiturientenkursen in Wiener Neustadt, Krems und St. Pölten kamen bis April 1947 369 Lehramtsanwärter(innen). Mit Ende des Schuljahres 1946/47 sind aus obigen Anstalten 224 Lehramtsanwärter(innen) zu erwarten.

Die rund 160.000 Kinder und Jugendlichen, die alljährlich unsere Schulen besuchen, werden

einst die Frauen und Männer, für die wir diesen Staat, unsere heißgeliebte Heimat, wieder aufbauen. Sie werden später unser Erbe übernehmen, um im Kampf ums Dasein nicht nur vor sich selbst, sondern vor Gott und der Welt bestehen zu können.

Wir wollen heute nicht vornehmlich den Sach- und Personalaufwand für das Schulwesen besprechen, obwohl er die wesentliche Voraussetzung für die Schulgestaltung unseres Heimatlandes bedeutet, sondern uns mehr mit den ideellen Gütern befassen. Nichtsdestoweniger sei mir gestattet, auch auf die großen Lasten und Verpflichtungen hinzuweisen, die dem Lande bloß aus der Wiedererrichtung der durch den unseligen Krieg zerstörten und reparaturbedürftigen Schulhäuser, mutwillig ruiniertes Lehr- und Lernmittel, zertrümmerten und verheizten Einrichtungsgegenständen erstehen werden. Es ist klar, daß dies nicht in einem Jahr geschehen kann, sondern daß durch planmäßige Gestaltung in jahrelanger, mühevoller Arbeit darangeschritten werden muß, all diese Schäden zu beseitigen. Es wird geraume Zeit in Anspruch nehmen, um unsere niederösterreichischen Schulen in Bezug auf Schuleinrichtung, Büchereien usw. nur auf den Stand von 1938 zu bringen. Dabei darf selbstverständlich nicht vergessen werden, daß wir nicht bei 1938 stehenbleiben dürfen, sondern eben zeitgemäß die neuen Erkenntnisse, die meinetwegen nur auf dem Gebiet der Naturwissenschaften die Menschheit gewonnen hat, schulisch richtig einbauen müssen. Neue Lehrmittel, moderne Apparate werden anzuschaffen sein. Es wird die Zeit kommen, wo in keiner Schule beispielsweise das Schulfunkgerät fehlen wird können, um nur eines aus der Fülle herauszugreifen. All dies ist eine Riesenaufgabe, die dem jetzigen und kommenden Finanzreferenten des Landes noch manche Schwierigkeiten bereiten wird und die nur der Opferwille des Landes, kluge, wirtschaftliche Planung und geeinte, konzentrierte Zusammenarbeit wird meistern können.

Viel wichtiger aber, als die Wiedergutmachung der materiellen Schäden ist die Reform an Haupt und Gliedern, die auf den ideellen Gebieten des österreichischen Schulwesens — ich habe das wiederholt hier im Hohen Hause schon aufgezeigt — mit Mut, Entschlossenheit, verständnisvoller Einsicht, kurz in wahrer Demokratie, durchzuführen ist.

Die politischen Parteien haben sich im abgelaufenen Jahr in der Erkenntnis der großen Wichtigkeit der Lösung dieses Problems des öftern mit der Schulfrage beschäftigt, Aufsätze und Artikel erscheinen lassen und im Nationalrat gelegentlich der Budgetdebatte Stellung dazu genommen. Fassen wir dies alles zusammen,

so erhellt daraus, daß alle maßgebenden Faktoren der Meinung sind, daß die eben besagte Reform eine dringende Notwendigkeit darstellt. Diese wird drüben im Parlament durchzuführen sein. Wir haben hier im niederösterreichischen Landtag namens des größten Bundeslandes unsere Stimme zu erheben, um dem Nationalrat, als dem Repräsentanten des österreichischen Volkes, zu sagen: „Hört die Stimme Niederösterreichs!“ Darüber hinaus will die Mehrheit der Bevölkerung Niederösterreichs, als deren Vertreter wir hier sind, den anderen Parteien unsere Meinung kundtun, nicht so sehr um zu behaupten, daß es die allein seligmachende sei, sondern um sie mit der Meinung der anderen demokratischen Parteien zu vergleichen, zu revidieren, was im demokratischen Zusammenspiel notwendig ist, vorausgesetzt, daß sie zu sachlicher, ehrlicher Zusammenarbeit gewillt sind. *(Beifall rechts.)*

Es ist begreiflich, daß wir in erster Linie der Volksschule unser Augenmerk zuwenden, der Volksschule deswegen, weil sie eben die Schule des Volkes ist. Ich erinnere, daß wir in Niederösterreich 1184 öffentliche und private Volksschulen mit 2954 Klassen und 127.207 Schülern haben. Die überwiegende Mehrzahl der Kinder Niederösterreichs besucht also die Volksschule und tritt aus ihr aus. Von diesen 1184 Volksschulen sind nun wieder die Mehrzahl niederorganisierte Landschulen. Das Volksschulproblem ist daher vorwiegend das Landschulproblem. Dieses richtig zu lösen, ist nicht nur die Frage des Tages, sondern ich möchte fast sagen, das Gebot der Stunde.

Das Landschulproblem steht und fällt aber mit der Persönlichkeit des Landschullehrers. Ich spreche hier aus Erfahrung, weil ich selbst durch ein Vierteljahrhundert Landschullehrer bin, die Sorgen und Nöten der Landschule kenne und weiß, daß der Geist des Dorfes in vielen Belangen vom Dorfschulhause aus nicht unwesentlich beeinflußt wird. Wollen wir nun einen tüchtigen Landschullehrer haben, so müssen wir ihn dazu heranbilden. Gestatten Sie mir daher, daß ich zu der Frage der Lehrerbildung im allgemeinen und der Landschullehrerbildung im besonderen Ihre Aufmerksamkeit erbitte.

Die besten Schulgesetze, das genialste Erziehungsprogramm werden hinfällig, wenn hinter ihnen nicht die vollwertige Lehrerpersönlichkeit steht, die dem starren Buchstaben des Gesetzes, der geistvollsten Doktrin des Programmes mit dem sittlichen Ernst und der ganzen geistigen Kraft nicht das eine gibt, was eben den Lehrer ausmacht, die Liebe zum Kinde. Darum müssen wir, wenn wir uns mit Bil-

dungsfragen beschäftigen, die Lehrerbildung in den Mittelpunkt unserer Erwägungen stellen.

Ein geistvoller Pädagoge der Jetztzeit hat ganz recht, wenn er die heutigen Lehrerbildungsanstalten als pädagogisches Kuriosum bezeichnet. Abgesehen von den zeitbedingten Abschluß- und Umschulungskursen, den sogenannten Schnellsiederkursen, die von Kriegsteilnehmern, meist absolvierten Mittelschülern oder erstickten Hochschülern besucht werden, stellt der heutige Bildungsgang mit seinem bunten Gewirr von Lehrfächern und Lehrstoffen ein merkwürdiges Durcheinander vor, dem die klare, weltanschauliche oder besser gesagt, religiös-sittliche Haltung mangelt.

Die Lehrerbildung ist vor allem eine berufsbildende Schule, die in erster Linie Lehrer heranzubilden hat und erst dann meinetwegen den Befähigungsnachweis zum Besuche der Hochschule zu erbringen hat. Denn nur Ignoranten des Alltags oder hochmütig graduierten Tröpfchen, die sich mühsam durchs Gymnasium durchgefrettet und auf der Universität oft mehr schlecht als recht den akademischen Grad erwurstelt haben, bleibt es vorbehalten, den Lehrer deswegen, weil er durch seine Berufsschule gegangen ist, als halbgebildeten Menschen anzusehen. Der wirkliche Akademiker in des Wortes vollster Bedeutung hat noch nie dem einfachen Lehrer des Volkes seine Anerkennung versagt. Nur diesen Ignoranten des Alltags bleibt es vorbehalten, ihre besondere geistige Kapazität aufzuzeigen, ihr besonderes geistiges Kirchenlicht leuchten zu lassen, wenn sie ihre öden Spöttereien, die besser in der Mottenkiste in ihrer Unzulänglichkeit blieben, über den Lehrer loslassen. Es zeigt von dem hohen sittlichen Ernst des Lehrers, das er unbeschadet dieses ekelhaften Geschwätzes seine Arbeit im Dienst des Vaterlandes im lautersten Idealismus meistert. Man bedenke nur, daß gerade die österreichische Lehrerschaft, die ohnedies in den Jahren des Nazismus entlassen, verbannt, eingesperrt, heute doppelte und dreifache Arbeit zu leisten hat. Lehrer müssen, nach Angaben des niederösterreichischen Landesschulrates durch die leidige Zusammenlegung von Schulen, oft von 9 km Entfernung, manchmal wöchentlich einen Schulweg bis zu 120 km zurücklegen. Dazu kommt noch die Misere mit den Schuhbezugscheinchen, die er zwar bekommt, aber keine Schuhe; weiters alle anderen Hindernisse, die schon im Finanzausschuß aufgezeigt worden sind. Daher rufen wir allen denen zu, die es angeht: Habt Achtung vor dem österreichischen Lehrerstand!

Doch zurück zu den Lehrerbildungsanstalten. Nach der Erkenntnis, daß sie in erster Linie berufsbildende Aufgaben zu erfüllen haben,

müssen wir zweitens feststellen, daß noch ein Rest aus der liberalen Ära übrigblieb. Gott sei Dank sind die Zeiten endlich vorüber, in denen es als „gebildet“ galt, fest über Glauben, Religionsbekenntnisse und Kirche loszuwettern. Besonders die Urteutonen, deren Namen meist mit einem Hatschek geschrieben wurde und die für einen normalen Oesterreicher infolge der vielen Zischlaute schwer auszusprechen waren, leisteten sich hier allerhand. Aus dem Ruf „Los von Rom!“ wurde in der Folge in der Menschheit der Ruf „Los von Gott!“ und endete auf dem Weg über die falsch verstandene Humanität in der Brutalität und Bestialität des Hitlerismus.

Die Reststücke dieser „freien Erziehung“ sind, wie schon erwähnt, auf dem Aussterbeetat und es ist auch von der Linken, von uns in dankenswerter Weise registriert, erklärt worden, daß der heutige Sozialismus, obwohl ein Kind des Liberalismus, über seinen geistigen Vater längst hinausgewachsen, und die SPÖ. keinen Kulturkampf weder offen noch versteckt führen will.

Bei der nun notwendigen Reform der Lehrerbildung wird man alles andere in den Hintergrund zu stellen haben und vor allem der simplen Erkenntnis, den künftigen Lehrer für seinen Beruf vorzubereiten, in erster Linie Rechnung zu tragen haben.

Dies geschieht am besten durch die sechsjährigen Lehrerakademien. Diese haben dem jungen Menschen so viele Allgemeinbildung mitzugeben, daß der 20jährige nach dem Reifezeugnis durchaus die Möglichkeit haben muß, auch auf die Hochschule zu gehen. Das ist klar.

Weit mehr aber muß durch die Seminarerziehung in den Lehrerakademien so viel Berufsgeist und Berufsfreude gegeben werden, daß der junge Mann bewußt und gerne Volks-erzieher wird.

Es wird daher den drei Hauptgebieten, Pädagogik, Heimatkunde und der künstlerisch-technischen Ausbildung besonderes Augenmerk zuzuwenden sein. In Pädagogik wird mehr die praktische Ausbildung, wobei wir die Übungsschule nicht vermissen wollen, in den Vordergrund gestellt und der Vorbereitung erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet sein müssen. Selbstverständlich dürfen dabei die wichtigsten Systeme nicht vernachlässigt werden und muß der Psychologie, wie der Heilpädagogik zeitgemäße Behandlung zugewendet werden.

Die Unterrichtssprache wird mehr das bodenständige österreichische Schrifttum an Stelle von Literaturwissenschaft, die Geschichte mehr Heimatgeschichte als Weltgeschichte zu betonen haben, wobei ich besonders Kulturgeschichte und Sozialgeschichte mehr hervorgehoben

haben will, als das Unding der waffenklirrenden Kriegsgeschichte oder gar einer lächerlichen dynastischen Gestaltung ihrer Fälle.

In den naturwissenschaftlichen Fächern wird man nicht hochgelehrte, allerneueste Pseudoforschung betreiben, sondern hingebungsvolle Beschäftigung mit der Fauna und Flora der Heimat, die das Endziel der praktischen Verwertung dieser Erkenntnis auf volkswirtschaftlichem Gebiete im Auge behält.

Mathematik wird ihren Aufgabenkreis mehr aus der Praxis zu holen haben, denn in spekulativen, wissenschaftlichen Systemen.

Als Fremdsprache kommt neben dem ob seiner Allgemeinbildung selbstverständlichen Latein, unbedingt die Sprache eines Nachbarstaates in Frage, wobei ich besonders an Tschechisch als Schlüsselsprache für die Erschließung des slawischen, ostischen Kulturgutes denke.

Daß gerade der österreichische Lehrer in der Pflege der Musik, Zeichen- und Malkunst seinen Mann stellen muß, ist für uns wohl selbstverständlich. In diesem Zusammenhang darf die Öffentlichkeit wohl erinnert werden, wie viel die gesamte Welt an unsterblichen Kulturgütern den österreichischen Schulmeistern zu danken hat.

Namen wie Gruber, Schubert, Bruckner sind die helleuchtendsten Sterne aus der großen Reihe der Genies, die den schlichten, oft verspotteten und verhöhnten Dorfschullehrerrock trugen.

Die soziale Bereitschaft, die der Lehrer über seinen Beruf hinaus als Sekretär der Arbeiter, als Berater der Bauern zeigte und zeigt, ist unbestritten. Man erwäge, daß der Genossenschaftsgedanke in der Landwirtschaft nie so starke Wurzeln hätte fassen können, wäre nicht der Lehrer der Buchhalter in den Raiffeisenkassen, der Schriftführer in den Kasinos und der reddegewandte Propagandist der Lagerhäuser gewesen. Was den sozialen Gedanken anlangt, verweise ich darauf, daß z. B. die gewiß von keinem Menschen bezweifelte, segensreiche Institution des Roten Kreuzes erst in allerjüngster Vergangenheit an die Lehrerschaft herangetreten ist in der richtigen Erkenntnis, daß hier der Mann sitzt, der die beste Möglichkeit hat, diesen Gedanken populär zu machen und das schwierige Inkasso zu besorgen.

All diese über den Beruf hinausgehenden Forderungen, die wir an den Volkserzieher, und das ist letzten Endes der Lehrer, stellen, werden am besten dadurch gewährleistet werden, wenn die Lehrerbildung die hiezu notwendigen, ethischen Kräfte aus einer konkreten Weltanschauung schöpft.

Der junge Mensch, der in einer Welt des Hasses herangewachsen ist, braucht im Sinne

der Humanität vor allem die Achtung und Liebe zu den Menschen. Wer aber gut sein will, braucht die Gnade des Herrgotts dazu. (*Beifall rechts.*) Hier erinnere ich an die Worte, die ich schon im Vorjahr gelegentlich der Schuldebatte zitierte, die der große Führer der englischen Sozialisten, Attlee, gesprochen hat: „Die größte Aufgabe, der wir gegenüber stehen, ist es, allen Völkern klar zu machen, daß unsere Zivilisation nur weiter bestehen kann, wenn in den internationalen Bestrebungen, wie auch im nationalen Leben der Grundsatz des Christentums angenommen und angewendet wird.“ (*Großer Beifall rechts.*)

Daher wird man besser auf den ehernen Grundsätzen des Dekalogs aufbauen, als auf zweifelhafte philosophische Ergüsse und Systeme, die nach ein oder zwei Generationen überholt erscheinen. Ich stimme daher ganz mit Dr. Vizenzi überein, der da sagt: „Lehrerbildung ohne Christentum ist ein größeres Kuriosum als Lehrerbildung auf enzyklopädischer Basis.“

Um aber dem Landschullehrer für seine Arbeit, die ich zuerst erwähnte und die sich mitten im Volke abspielt, noch Praxis mitzugeben, wäre ich persönlich der Ansicht, daß nach Absolvierung der Lehreraademie jeder Absolvent ein Arbeitsjahr zu erfüllen hätte, in dem er meinetwegen im Winter in irgendeiner Fabrik als Praktikant, sei es am Schraubstock oder in der Verrechnungsabteilung, zu verwenden und im Sommer als landwirtschaftlicher Hilfsarbeiter einzusetzen wäre.

Dies würde nach meiner persönlichen Ansicht keinen allzu großen Schwierigkeiten begegnen, da die meisten Lehrer aus dem Stande der sogenannten kleinen Leute kommen.

Lehrerbildung, so durchgearbeitet, wird uns die Lehrerpersönlichkeit geben, die wir beim Wiederaufbau unseres Vaterlandes brauchen und die als hochwertiger Faktor in der Beruhigung des staatlichen Lebens ins Kalkül zu ziehen ist.

All diese nach idealsten Grundsätzen aufgebauten Forderungen werden hinfällig, wenn man dem Lehrer nicht dasselbe Recht einräumt, das jeder einfache Arbeiter für sich in Anspruch nimmt. Ich will nicht über die Gehaltsansätze sprechen, die durch das Beamtenüberleitungsgesetz den Lehrern zugestanden werden, darüber wird drüben im Parlament zu entscheiden sein. Vielmehr will ich auf die geradezu skandalösen Zustände in der Singerstraße und in der Vorderen Zollamtsstraße hinweisen. Es hat bis heute noch kein Lehrer ein sogenanntes Liquidierungsblatt, ein Gehaltsrechnungsblatt, Nettobezüge werden angewiesen, ohne daß der Landlehrer, fern von Wien, die Möglichkeit einer Über-



prüfung hat. Auf die Anfrage einer Lehrperson über eine für die Zeit vom 1. Juli 1945 bis 28. Februar 1947 erhaltene Nachzahlung von 3.188,70 S wurde ihr kundgetan, daß ihr Bruttobezug für diese Zeit 6.470,94 S betrage. Hievon entfallen auf Krankenkasse 136.— S, Pensionsbeitrag 182,64 S und hören Sie, auf die Lohnsteuer 2.963,60 S. Gemäß § 35 der Durchführungsbestimmungen zum Lohnsteuergesetz ist nach dem Steueränderungsgesetz 1946 die Lohnsteuerberechnung für eine Nachzahlung wie in diesem Fall mit 16 Prozent zu berechnen und beträgt hier 1.035,30 S. Das Zentralbesoldung hat also um 1.928,30 S mehr in Abzug gebracht als gesetzlich zulässig ist.

Das Empörende bei dieser Tatsache ist, daß es sich hier um einen von den Nazis gemaßregelten Lehrer handelt, der aus begrifflichen Gründen nicht geruht hat, in die Buchhaltung des Zentralbesoldungsamtes vorzudringen. Wenn nun auch nicht Böswilligkeit anzunehmen ist, so ist es gelinde gesagt, nicht zu verstehen, wie tausend andere Lehrer, denen aus ihrer dienstlichen Verpflichtung heraus, abgesehen von den Verkehrsschwierigkeiten, die Möglichkeit nicht gegeben ist, nach Wien zu kommen, die Überprüfung der ihnen durch das Gesetz zustehenden Gehalte in die Wege leiten sollen. Das Groteske dabei ist noch, daß diejenigen Lehrer, die ein Jahr nach der Fälligkeit Rückstände anfordern, keinen gesetzlichen Anspruch mehr darauf haben.

So geht das nicht weiter! Wir fordern in diesem Zusammenhang genaueste Überprüfung der Zustände beim Zentralbesoldungsamt. Gestatten Sie mir daher, folgenden Resolutionsantrag einzubringen (*liest*):

„Die Landesregierung wird aufgefordert, die Gehaltsüberweisung an die niederösterreichische Lehrerschaft beim Zentralbesoldungsamt überprüfen zu lassen und dafür Sorge zu tragen, daß Lehrpersonen beim Übertritt in eine geänderte Gehaltsstufe zeitgerecht ihr Gehalt zugewiesen bekommen, wobei die Voraussetzung die Ausfolgung eines Gehaltsberechnungsblattes an die Lehrerschaft bildet.“

In diesem Zusammenhang möchte ich dem Hohen Hause die aufreibungsvolle Tätigkeit der Beamten der Vorderen Zollamtsstraße bekanntgeben. Wie Sie wissen, meine verehrten Damen und Herren, ist die Buchhaltungsabteilung 7 der Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland für die Pensionen zuständig. So bekommt z. B. ein definitiver Bezirksschulinspektor einen Fragebogen mit 46 Fragen bezüglich seiner Zugehörigkeit zur NSDAP., den er in duplo ausfertigen soll. (*Redner zeigt einen mehrfach zusammengelegbaren Bogen vor.*) Auf Grund der Beantwor-

tung der ersten sechs Fragen ergibt sich klar und deutlich, daß er definitiver Bezirksschulinspektor ist und daher keine Ruhegenüsse bezieht und daß er weiter als Rehabilitierter kein Nazi gewesen sein kann. Es erübrigt sich daher die Beantwortung der übrigen 39 Fragen. Der Beamte der Finanzlandesdirektion aber, statt daß er mit Vernunft und Verständnis oder wenigstens mit einem gesunden Hausverstand die Beantwortung der ersten sechs Fragen gelesen hätte, beauftragt den definitiven Bezirksschulinspektor neuerlich, unverzüglich die Fragen zu beantworten. Der Bezirksschulinspektor, der, wie man meinen sollte, wichtigeren pädagogischen Aufgaben seine Zeit zu widmen hat, tut das einzig Richtige und schreibt auf den Fragebogen folgendes: „Bringen Sie endlich Ihre Kartothek in Ordnung, damit bei der Papiernot doch wenigstens das Papier erspart wird.“ Statt nun diesen lächerlichen Schriftenwechsel abzurechnen und den Rat unseres erprobten Schulmannes und tüchtigen Beamten zu befolgen, findet der Beamte der Finanzlandesdirektion es für notwendig, neuerlich eine Aufforderung vom Stapel zu lassen.

Hoffentlich kommt in diesem Jahrhundert das Zentralbesoldungsamt noch darauf, daß der definitive Bezirksschulinspektor überhaupt keine Ruhegenüsse zu beziehen hat. Und nach diesem tragikomischen Intermezzo, bei dem man nicht weiß, ob man sich ärgern, weinen oder lachen soll, kommen wir wieder zurück zur Lehrerbildung.

Dasselbe Augenmerk, das wir der Lehrerbildung zugewendet haben, müssen wir der Lehrerfortbildung zuwenden. Die Lehrergemeinschaften allein werden nicht genügen, obwohl sie von ungeheurem Wert sind. Wesentlich wichtiger wird sein, daß das Land Niederösterreich endlich einmal darangehen wird müssen, durch die Schaffung eines pädagogischen Institutes für das Land Niederösterreich dem niederösterreichischen Lehrerstand jenen Habitus zu geben, den er braucht, denn der Landlehrer, und sei er auch in den großen Städten Niederösterreichs, wie St. Pölten, Wiener Neustadt, Stockerau und Krems, trägt wesentlich andere Züge als der Lehrer der Großstadt Wien. Ich behalte mir vor, in diesem Hohen Haus den hiezu notwendigen Antrag zu gegebener Zeit einzubringen. Die finanziellen Mittel, die unser Heimatland für ein derartiges Institut aufwenden wird, in dem die Sonderschullehrer, wie Blindenlehrer, Taubstummenlehrer, Lehrer für schwer erziehbare Kinder, Hauptschullehrer, Landwirtschaftslehrer, Berufsschullehrer, heranzubilden wären, werden dem Land zwar keine sicht-

baren Zinsen bringen. Aber durch seine segensreichen Auswirkungen und Ausstrahlungen als Zentrum des Geisteslebens — an diesem pädagogischen Institut wären selbstverständlich historische, theoretische und experimentelle Forschungen zu betreiben — werden sich die Ausgaben mehr bezahlt machen als so manche, vielleicht nicht allzu notwendige Ausgaben.

Ist das Problem der Lehrerbildung und Fortbildung im Geist der Duldsamkeit, der Achtung vor der Meinung des anderen, also in wahrer Demokratie gelöst, so sind alle Schulfragen, die die Pflichtschulen betreffen, von sekundärer Bedeutung und es werden die eingangs erwähnten Prämissen zu klaren Schlüssen führen.

Die neunjährige Unterrichtspflicht, die im Schul- und Erziehungsprogramm der ÖVP gefordert wird, wird angesichts der verheerenden Zustände und der ideellen Schäden, denen unsere Kinder ausgesetzt waren und zum Teil durch den derzeit bestehende Lehrermangel noch ausgesetzt sind, keine ernste Gegnerschaft finden.

Ohne auf das Erziehungs- und Schulprogramm der ÖVP im einzelnen eingehen zu wollen, möchte ich doch von unserem Standpunkt aus die wichtigsten Punkte in bezug auf den Auf- und Ausbau des österreichischen Schulwesens skizzieren.

Daß für das vorschulpflichtige Alter die Vermehrung der Krippen, Kinderbewahranstalten und Kindergärten gefordert wird, ist wohl eine Selbstverständlichkeit. Die Volksschule soll neunstufig werden, wobei die niederorganisierten Volksschulen, insbesondere die ein- und zweiklassigen, durch eine Herabsetzung der zulässigen Schülerzahl auf 40 für jede Klasse in mehrklassigen Schulen auszubauen sind. Die Schulbesucherleichterungen wären auf ein Mindestmaß einzuschränken. Der normale Übertritt von der Volksschule in die Hauptschule wird erst nach der fünften Volksschulklasse erfolgen. Ein Grundsatz, dem jeder Lehrer, sofern er ehrlich ist, zustimmen wird. Selbstverständlich ist fähigen Kindern der Volksschuloberstufe in die entsprechenden Klassen der Hauptschule oder nach Beendigung der Volksschule der Übertritt nach nachgewiesener Eignung in die Fachmittelschule oder Aufbauschule durchaus möglich, so daß jedem der Zugang zur späteren Hochschulbildung offen bleibt. An die Volksschule schließt sich die vierklassige Hauptschule an, die eine über das Lehrziel der Volksschule hinausreichende, vorwiegend praktische Bildung zu bieten hat, die auf die Berufsausbildung vorbereitet und begabte Schüler be-

fähigt, in die allgemein bildende oder in die Berufsmittelschule überzutreten.

Bei der Gestaltung des Lehrplanes werden wir mit größter Wachsamkeit darauf zu achten haben, daß sich nicht wieder betont nationales Ideengut, aber auch kein betont internationales Ideengut hier breit macht. Wir verlangen und fordern, daß der Lehrplan in den österreichischen Schulen ein österreichischer Lehrplan ist (*Beifall rechts*). Vielmehr muß im österreichischen Lehrplan auf das völkerverbindende Ferment, das man in Österreich infolge seiner Lage, Geschichte und Kultur immer finden wird, allergrößter Wert gelegt werden. Selbstverständlich muß dem Ideengut, um ein Wort des verehrten Herrn Bundespräsidenten Dr. Renner zu zitieren, der überwiegend katholischen Bevölkerung Rechnung getragen werden. Denn schließlich haben die Eltern das erste Anrecht, mitzureden und mitzubestimmen, wenn sie der res publica ihr kostbarstes Gut zu treuen Händen übergeben. Es ist, um ein anderes Wort eines Großen der Erde zu zitieren, „nicht bloß notwendig, daß der Jugend zu bestimmten Stunden Religionsunterricht erteilt wird, sondern daß auch der übrige Unterricht von religiösem Geist durchflutet wird“ (*Beifall rechts*).

Im Sinne der Glaubens- und Gewissensfreiheit, die auch für uns katholische Österreicher gelten muß, werden wir bei der Erstellung der Lehr- und Lesebücher mit größter Wachsamkeit dafür sorgen, daß unser katholisches Gedankengut nicht nur nicht übersehen wird, sondern daß es vielmehr, weil es menschen- und völkerversöhnend, wahrhaft sozial ist, klar und eindeutig eingebaut wird. (*Beifall rechts*.)

Nach dem Besuch der Pflichtschule tritt an die meisten Jugendlichen die Berufswahl heran, die erste große Zäsur in ihrem Leben, schwere Sorgentage für die Eltern und nicht minder für den Lehrer, der unbedingt bei der Beratung über die Berufswahl heranzuziehen ist. Hier nur einen kleinen Hinweis. Den sogenannten Berufsberatern bei den Arbeitsämtern treten wir mit größtem Mißtrauen entgegen, weil bei vielen die Voraussetzungen für diesen ersten Beruf fehlen. Hier wird man vielmehr den Lehrer heranzuziehen haben, der ja die Eignung und die Fähigkeiten der ihm anvertrauten Kinder, mit denen er meist, ich denke da an den Landlehrer, durch mehrere Jahre täglich beisammen war, besser kennen wird als der nur schabloniert auf Kartei und Statistik eingestellte Schreiber.

Haben nun Eltern und Jugendliche im Verein mit dem Erzieher in ernster Beratung über den künftigen Beruf entschieden, so

kommt der junge Mann in die ihm entsprechende Lehre. Die praktische Ausbildung hat ihm sein Lehrherr in der Werkstätte zu geben. Die theoretische und allgemeinbildende wird in den gewerblichen Fortbildungsschulen, die wir, wie schon im Vorjahr erwähnt, am liebsten Berufsfachschulen nennen, vermittelt. Wenn man nun bedenkt, daß wir in Niederösterreich nur fünf technisch-gewerbliche Lehranstalten haben gegenüber 13 kaufmännisch-wirtschaftlichen Schulen, denen gegenüber 23 Bundesmittelschulen stehen, so ist es klar, daß wir diesen Berufsfachschulen unser ganz besonderes Augenmerk zuzuwenden haben.

Es wird soviel vom Wiederaufbau gesprochen, die wichtigste Voraussetzung aber für den Aufbau, die künftigen Werkleute hiezu, fehlen. Das Umding der durch den Nazismus geschaffenen überflüssigen Gymnasien und Realschulen wird und muß das Land abschaffen und es wird an deren Stelle, meinetwegen in denselben Gebäuden und Räumen, die Berufsfachschule zu errichten sein. Nicht Schreiber und Schreiberinnen, die sich im dummen Dünkel als unentbehrlich wähnen, braucht das Land, sondern tüchtige Meister und Gesellen, Werkmänner und Werkfrauen. *(Beifall rechts.)*

Die gewerblichen Berufsschulen sind ein Teil der Meisterlehre und sind dazu da, die Meisterschule in jeder Weise zu ergänzen, und nicht nur die berufliche, sondern auch die sittliche, staatsbürgerliche und demokratische Erziehung der Lehrlinge zu fördern.

Es ist notwendig, alle Lehrlinge des ganzen Landes Niederösterreich zu erfassen. Daher sind in Zukunft die Schulsprengel so einzurichten, daß sie lückenlos aneinandergrenzen. Im vergangenen Jahre wurde auf die Verfachlichung größtes Gewicht gelegt. In Hinkunft sollten die Schulsprengel so eingerichtet werden, daß alle Lehrlinge einen Fachunterricht genießen können. Verfachlichung und Errichtung von Fachabteilungen muß für die nächste Zeit unsere Losung sein. Dazu ist es notwendig, daß wir den Schulen alles geben, um einen entsprechend fachlich ausgerichteten Unterricht erteilen zu können. Vor allem Neuerrichtung von Lehrwerkstätten und Wiedererrichtung der ausgeplünderten und ausgebombten Lehrwerkstätten. Im Budget sind bereits entsprechende Vorsorgen getroffen.

Für jene Lehrlinge, die Fachabteilungen nicht besuchen können (Splittergewerbe, wie Glaser, Tapezierer, Elektriker usw.), sind Zentralberufsschulen in einzelnen Orten des Landes Niederösterreich zu errichten, wo die Schüler internatsmäßig untergebracht sind und in zweimonatlichen Kursen durch drei Jahre hindurch ihre Berufsschulpflicht er-

füllen. Vorteile dieses Unterrichtes sind: Der Schüler ist täglich in der Schule und der Lehrstoff kann ihm in konzentrierter Form geboten werden. Der Schulbesuch ist dadurch ein besserer. Der erzieherische Einfluß auf den Lehrling ist bedeutend größer und jeder Schüler kann in seinem Gewerbe fachlich zu Höchstleistungen gebracht werden. Mit verhältnismäßig geringen Mitteln können reich ausgestattete Lehrwerkstätten, die sämtlichen Lehrlingen dienen, errichtet werden. Eine solche Zentralberufsschule wurde im Einvernehmen mit der Innung des Gastgewerbes und mit Bewilligung der Niederösterreichischen Landesregierung in Waldegg, Bezirk Wiener Neustadt, errichtet. Seit Oktober wurden in zweimonatlichen Kursen je zwei dritte Jahrgänge geführt. Die Erziehungserfolge waren ausgezeichnet. Der Geist in der Schule und die Unterrichtserfolge waren sehr befriedigend und rechtfertigen die Errichtung von Zentralberufsschulen, da die Lehrlinge in fachlicher Hinsicht besonders durchgebildet werden. Der Fleiß und der Eifer der Schüler war ein sehr guter. Im Anschluß an den Lehrgang erfolgen die Gesellenprüfungen, die von der Innung abgehalten werden. Alle Schüler bestanden trotz größter Anforderungen die Prüfung, zehn Kursteilnehmer wurden mit sehr gut, neun davon mit Auszeichnung, zwanzig Kursteilnehmer mit gut und zwei Kursteilnehmer mit befriedigend beurteilt. Derzeit ist die Errichtung einer Zentralberufsschule in Stockerau geplant, eine diesbezügliche Eingabe hat der Fortbildungsschulrat am 11. Februar 1947 der Niederösterreichischen Landesregierung vorgelegt. Es wäre wünschenswert, wenn auch andere Orte im Land Niederösterreich Internatsräume zur Verfügung stellen könnten, damit Zentralberufsschulen errichtet werden. Ihnen gehört die Zukunft, denn sie sind fachlich ausgerichtet.

Eine besondere Notwendigkeit ist die gesetzliche Fundierung des gesamten Berufsschulwesens. Die niederösterreichischen Fortbildungsschulgesetze sind bisher noch nicht in Kraft gesetzt. Es wäre äußerst dringend und notwendig, sich einmal klar zu werden, wie das gewerbliche und kaufmännische Berufsschulwesen in Hinkunft gestaltet werden soll. Jedenfalls waren diese Gesetze einmal mustergültig. Sie waren ein Wegweiser in der Vergangenheit und sollen nun die Grundlage für unsere Arbeit in der Zukunft sein.

In Salzburg fand im November 1946 eine Tagung des Bundesministeriums für Unterricht statt, die Grundsätze für eine einheitliche Regelung des Berufsschulwesens erstellte. Diese Grundsätze sind gut und der Zeit entsprechend und sollen verwirklicht

werden. Die Berufsschullehrer müssen in ihrer rechtlichen Stellung besser fundiert werden, als es vor dem Jahre 1938 war. Damals wurden sie von einem Fonds gezahlt. Die Forderung geht dahin, daß sie Staatsbeamte bleiben und in ihrem Rechtsverhältnis den Volks- und Hauptschullehrern gleichgestellt werden.

In Niederösterreich sind derzeit 11.490 Lehrlinge erfaßt. Ein großer Teil der Lehrlinge kann wegen der Wegverhältnisse nicht die Berufsschule besuchen. Dies ist ein Nachteil. Darum noch einmal die Forderung nach Errichtung von Zentralberufsschulen.

Die Schwierigkeiten des Berufsschulunterrichtes im abgelaufenen Schuljahr waren der Lehrermangel — viele Nationalsozialisten wurden außer Dienst gestellt —, der strenge Winter, mangelnde Beheizung der Schulräume, Ungangbarkeit der Wege, schlechte Sicherheitsverhältnisse.

Trotz der schlechten Bezahlung der nebenberuflichen Lehrer — sie erhalten pro Monatswochenstunde 8 S, 10 S und 12.50 S — und der Schwierigkeiten des Unterrichtes durch Mangel an Heften, an Papier, an Dreiecken, Reißschieben, Reißzeuge usw. wurde viel geleistet und hervorragende Unterrichtsergebnisse erzielt. Der gesamten Lehrerschaft an den Berufsschulen gebührt der Dank des Landes Niederösterreich.

Wir fordern auch einen neuen organischen Aufbau des Mittelschulwesens, den wir eingeteilt wissen wollen in die allgemein bildenden Mittelschulen, die zur Reife und zum Besuch der Hochschulen vorzubereiten haben, und in die berufsbildenden Mittelschulen, die neben der Reife zum Hochschulstudium eine bewährte Berufsausbildung gewährleisten. Für Spätberufe wollen wir noch die Aufbau-schulen, die sich bewährt haben. Im Zusammenhang mit den Mittelschulen ist es auch notwendig, daß der Landesschulrat sorgsam darüber wacht, daß nicht ein falschverstandener dozierender Unterrichtsbetrieb sich breit macht, sondern daß eben an den Mittelschulen unterrichtet und nicht vorgetragen wird.

Die Mädchenbildung hat grundsätzlich alle Bildungswege unter den gleichen Bedingungen, Pflichten und Rechten, wie sie für die männliche Jugend bestehen, zu gewährleisten, wobei selbstverständlich der Erziehung zum echten Frauentum Rechnung zu tragen ist. In diesem Zusammenhang eine kleine Bemerkung. Es ist unverständlich, wenn man an Mittelschulen die weiblichen Handarbeiten nicht pflegt. Ich spreche hier von jenen Schulen, die zwar hauptsächlich für die männliche Jugend ein-

gerichtet sind, an denen aber doch Mädchen zugelassen werden.

Was unsere Hochschulen anlangt, so wollen wir, daß sie weder Brutstätten eines nationalen, chauvinistischen Geistes sind noch solche eines farblosen, internationalen Liberalismus, sondern daß sie wahre Hochburgen echter Demokratie, österreichischer Kultur sind, die die Freiheit der Forschung und Lehre verteidigen und der Wahrheit allein zu dienen haben. Dort muß wirklich gediegenes Wissen vermittelt werden, wobei nicht vergessen werden darf, daß die Hochschulen nicht nur Wissensvermittlungsanstalten sein dürfen, sondern höchste Erziehungsstätten, die charaktervolle Männer und Frauen zu entlassen haben, die durch Erlangung eines geordneten Weltbildes dem wahren Menschentum dienen sollen.

Soviel zum allgemeinen Schul- und Erziehungswesen, wie wir es uns denken.

Eine ungeheure Aufgabe, die wahrlich ernstester Überlegung und Zusammenarbeit aller Kräfte in Österreich bedarf, ist, jenen Weg zu finden, der in seiner österreichischen Art allen Österreichern alles werden kann. Hier werden nicht leidenschaftliche Erörterungen zum Ziel führen, sondern ruhiges, sachliches, vernünftiges Abwägen wird auf Generationen hinaus Befriedigung hervorrufen. Man wird dabei nicht umhin können, den Fachleuten und Sachverständigen, das ist in diesem Fall die gesamte österreichische Lehrerschaft, ein gewaltiges Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Dazu ist aber freilich Voraussetzung, daß endlich einmal den Schulgesetzen hier im Land sowie drüben im Parlament die nötige Bedeutung beigegeben wird.

Es zeigt von hohem sittlichen Ernst und dem großen Verantwortungsbewußtsein der Niederösterreichischen Landesregierung und des Niederösterreichischen Landtages, daß das Schulaufsichtsgesetz das erste beschlossene Gesetz war. Und es ist bei Gott nicht unsere Schuld, daß es noch nicht in Kraft treten konnte. Viel wäre uns gerade auf dem Gebiet des Schulwesens erspart, wenn wir hier eindeutig klare Institutionen, Einrichtungen und Körperschaften hätten. Wollen wir hoffen, daß dieser Ruf nach Klarheit gehört wird und bald in die Tat umgesetzt werde. Dann wird die österreichische Schule nicht nur das wieder werden, was sie schon einmal war, sondern darüber hinaus befruchtend auf die ganze Welt wirken. Für uns alle gilt aber das eine: Objektive Erkenntnis, frei von allen parteipolitischen Phrasen, frei von persönlichem Strebertum, frei von Angst und Furcht muß der Ausgangspunkt für diese Reform sein,

einzig Richtschnur aber kann und darf nur eines sein: Das Wohl unserer Kinder! (*Lebhafter, langanhaltender Beifall rechts.*)

PRÄSIDENT: Ich unterbreche die Sitzung bis 2 Uhr 15 Min.

(*Unterbrechung der Sitzung um 12 Uhr 38 Min.*)

3. PRÄSIDENT (*um 14 Uhr 25 Min.*): Ich nehme die Sitzung wieder auf. Wir fahren in der Beratung der Verhandlungen zum Vorschlag fort. Zum Wort gelangt der Herr Abgeordnete Reif.

Abg. REIF: Hohes Haus! Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Popp und Herr Landesrat Schneidmadl haben uns heute vormittag die trostlose seelische und materielle Not unserer Jugend vor Augen geführt. Aufgabe unserer Schule wäre es nun, diese Jugend aus der Not heraus in eine bessere Zukunft zu führen. Wir alle wissen und fürchten, daß diese Zukunft zweifellos keine rosige sein wird und daß unserer Jugend ein Existenzkampf bevorsteht, wie er härter wohl kaum gedacht werden kann. Auf diesen Existenzkampf vorzubereiten wäre nun Aufgabe unserer Schule.

Wie sieht nun diese Schule, die auf diesen Kampf vorzubereiten hat, in Wirklichkeit aus? Wir wissen, daß auch unsere Schule unter den Kriegseinflüssen ganz fürchterlich gelitten hat. Schulen sind zerstört, es herrscht überall Lehrermangel, Lehrer und Lernmittel gibt es keine, kurz und gut, wo man hinsieht ist eine trostlose Situation, hervorgerufen durch den Krieg. Aber nicht diese Zustände allein sind es, die so beklagenswert sind. Während der Zeit, die wir jetzt durchlebt haben, ist die Schule nicht nur auf ihrem Stand geblieben, sondern sie ist, wie wir wissen, zu allem Möglichen verwendet worden, nur nicht zu ihrem eigentlichen Zweck. Irgendwelche Neuschaffungen, irgendwelches Vorwärtsschreiten hat es im letzten Jahrzehnt eigentlich nicht gegeben, viel weniger noch war von einem Aufbau die Rede. Wenn wir jetzt unsere Schulorganisation näher betrachten, so werden wir erkennen, daß sie im gegenwärtigen Zustand den Anforderungen, von denen ich eingangs gesprochen habe, kaum entsprechen wird. Wir haben gehört, daß mehr als ein Drittel aller Schulen in Niederösterreich einklassige Schulen sind, in denen ein Lehrer acht Schuljahre die Kinder in einem Schulraum beisammen hat. Fast ebenso groß ist die Zahl der zweiklassigen Schulen, und wenn wir nachzählen würden, wie viele Schulen es in Niederösterreich geben wird, wo wirklich jede Schulklasse einem Schuljahr entspricht, ich glaube, wir kämen kaum auf 10 Prozent. Das ist ein Zustand, der jedenfalls als ganz traurig zu bezeichnen ist. Es ist

aber nichts damit gemacht, wenn wir diesen traurigen Zustand nur feststellen, sondern es wäre zu überlegen, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen sofort oder wenigstens in nächster Zeit getan werden kann, um diesem Zustande ein Ende zu bereiten. Hier gibt es wohl kaum etwas anderes — der Herr Kollege Kaindl hat das zwar heute bedauert, aber ich finde, es gibt keinen anderen Weg — als die Zusammenlegung mehrerer Schulen zu einem Schulsprenkel. Es mag zu bedauern sein, daß der Schulweg dadurch weiter wird, aber im Zeitalter der Technik und des Automobils ist das jedenfalls das kleinere Übel. Wenn es nicht sofort durchführbar sein wird, müssen wir doch anstreben, daß wir unsere Schule aus der niederen Organisation, die bei uns herrscht, herausführen. Wir müssen trachten und es muß das Ziel unserer Schulorganisation werden, daß jedem Schuljahr eine Klasse oder, besser gesagt, jeder Klasse ein Schuljahr entspricht. Ich brauche denjenigen, die mit der Schule nicht unmittelbar zu tun haben, die Vorteile, die sich daraus ergeben, nicht näher zu umschreiben. Wir wissen ganz genau, wie selbst der vorzüglichste Einklassler — es hat meisterhafte Pädagogen gegeben und gibt sie noch immer, aber Wunder wirken kann niemand — die kleinen Tschaperln nicht gleichzeitig zusammen mit denen beschäftigen kann, die bereits das achte Jahr in die Schule gehen. Daß die Beschäftigung der Kleinen mit den Großen und umgekehrt der Großen mit den Kleinen dem Unterrichtserfolg sehr abträglich ist, ist selbstverständlich. Dieser Zustand ist eben abzustellen. Das ist die dringendste Aufgabe der nächsten Zeit. Die Hauptschule ist in der Beziehung vielleicht wohl etwas besser daran, aber auch da müssen wir feststellen, daß sie nur ein verhältnismäßig geringerer Teil unserer Schüler überhaupt erreicht. Die Hauptschule selbst hat noch immer einen ganz gewaltigen Nachteil, sie wird nämlich einzügig geführt, das heißt, alle Schüler ohne Rücksicht auf ihre Befähigung kommen in eine Klasse zusammen. Es wird meistens bei den gegenwärtigen Zuständen auch nichts anders zu machen sein, weil bei den kleinen Schulsprenkeln, wie wir sie haben, die Kinderzahl oft kaum ausreicht, auch nur eine Bürgerschulklasse zu füllen. Auch hier wird es notwendig sein, die Schulsprenkel zu vergrößern, um die Hauptschule in Zweiklassenzüge je nach der Befähigung der Kinder führen zu können.

Abgelehnt wird von uns die Trennung der Geschlechter in den Hauptschulen. Das ist eigentlich eine Norm, daß beide Geschlechter in einer Klasse vereinigt sind. Wir wissen als Lehrer auch, daß diese Vereinigung der Geschlechter in pädagogischer Hinsicht manche

Vorteile hat und daß die lehrplanmäßig auftretenden Schwierigkeiten nicht solche sind, die bei den kleinen Schulen auf dem Lande draußen besonders ins Gewicht fallen. Wir werden also für die Zweizügigkeit der Hauptschule und für die Koedukation in den Hauptschulen eintreten.

Die mittleren Lehranstalten leiden, ich möchte sagen, unter der Planlosigkeit, mit der unser Schulwesen aufgebaut wurde. Wir haben gehört, daß wir eine Überzahl an allgemeinbildenden Mittelschulen, aber einen ganz bedeutenden Mangel an technischen und landwirtschaftlichen Schulen haben. Keine Überproduktion herrscht auf dem Lande, im Gegensatz zu Wien, bei den kaufmännischen Schulen. Aus diesen Schulen wird eine derartige Überzahl von Absolventen hervorgebracht, die entweder gar keine Stellung finden oder gegenseitig als Lohndrucker auftreten oder den Beruf aufgeben und sich einem anderen Beruf zuwenden. Es wäre also notwendig, für die nächste Zeit den Bedarf festzustellen und nach dem Bedarf die Anzahl unserer Schulen festzusetzen. Auch die Zahl der allgemeinbildenden Schulen, die bei uns praktisch nichts anderes sind als die Vorbereitung für die Hochschule, wäre einzuschränken und auf das richtige Maß herabzusetzen. Wir wissen, daß die Zahl der Hörer in den Hochschulen in die Zehntausende geht und wir wissen auch ganz genau, daß unser kleines Land in Zukunft nicht in der Lage sein wird, eine so große Anzahl von Akademikern auf den ihnen entsprechenden oder sagen wir auf den von ihnen erhofften Posten auch wirklich unterzubringen. Hier tut Planung wirklich not, leider fehlen uns für alle diese Planungen noch immer die gesetzlichen Vorschriften und Grundlagen.

Als Mangel unserer Schulorganisation erscheint mir auch, daß die Landwirtschaftsschulen nicht den Unterrichtsbehörden unterstellt sind. Es ist zweifellos, daß man der Landwirtschaft auf ihr Schulwesen einen gewissen Einfluß sichern muß und daß das Landwirtschaftsministerium mit seinen landwirtschaftlichen Schulen in Verbindung bleiben muß. Daß von dort aus die fachlichen Anregungen kommen müssen, ist klar; es handelt sich aber doch auch bei diesen Schulen um pädagogische Dinge, und von diesen Schulen den Einfluß des Landesschulrates und des Unterrichtsministeriums fernzuhalten, halte ich für diese Schulen für verderblich.

Bei den Mittelschulen gibt es Bundesschulen, und zwar reine Bundesschulen, für die der Bund nicht nur die Personallasten, sondern auch den Aufwand für die Gebäude und den Sachaufwand bestreiten muß, und Bundesanstalten, bei denen er nur den Personalauf-

wand deckt. Auch das scheint uns als eine die Einheitlichkeit des Schulwesens nicht besonders förderliche Einrichtung und sie wäre meiner Meinung nach abzuändern dahingehend, daß der Bund zur Gänze alle diese öffentlichen Schulen übernimmt.

Wenn die Personallasten für alle öffentlichen Schulen jetzt vom Bund bestritten werden — der Herr Kollege Kaindl hat das bereits angeführt — so wäre dazu zu sagen, daß gegen die Bezahlung der Lehrpersonen vom Bunde kaum etwas einzuwenden wäre, daß aber die Art und Weise, wie den Lehrern ihre Bezüge zukommen, wirklich eine ganz gewaltige Veränderung erfahren müßte, damit die Lehrer regelmäßiger zu ihren Bezügen kommen.

Herr Kollege Kaindl hat die Schaffung eines pädagogischen Instituts für das Land Niederösterreich angeregt. Zweifellos wird es notwendig sein, unseren Lehrern, von denen ein großer Teil während der nazistischen Zeit die Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten besucht hat, eine Fortbildung zu ermöglichen. Was an diesen Anstalten während der Kriegszeit geleistet wurde, das wissen wir alle. Viele sind nach zweijährigem Studium, wenn man das noch Studieren nennen kann, auf unsere Kinder losgelassen worden, mit einem Wissen, das früher kaum für die Aufnahmeprüfung in die Lehrerbildungsanstalt ausgereicht hätte. Wir müssen also sagen, daß die Fortbildung der Lehrer dringendst notwendig ist und daß ein pädagogisches Institut jeder Unterstützung bedarf. Die Gemeinde Wien hat ein sehr großes pädagogisches Institut. Wo könnte das pädagogische Institut für das Land Niederösterreich untergebracht werden? Doch wieder nur in Wien. (*Abg. Kaindl: In Waidhofen an der Thaya!*) Ich glaube nicht, daß das Land Niederösterreich imstande wäre, ein pädagogisches Institut von dem Range des Wiener pädagogischen Instituts ins Leben zu rufen. Das Wiener pädagogische Institut ist jedenfalls eine mustergültige Institution mit Hunderten von Dozenten, die wir in Niederösterreich im gleichen Rang und der gleichen Zahl nicht stellen könnten. Ich würde es für vollständig verfehlt halten, diesem pädagogischen Institut ein Konkurrenzinstitut an die Seite zu stellen. Ich glaube nicht, daß Sie daran denken, daß da politische Gründe in Betracht kommen. Sie wissen, daß in dieser Beziehung gegen das pädagogische Institut in Wien wohl kaum eine Einwendung gemacht werden kann. Ich würde nur wünschen, daß Sie die Einleitungsworte des Herrn Präsidenten Kunschak bei der Eröffnung dieses pädagogischen Instituts gehört hätten. Ich glaube, seine Worte hätten auch Sie zu der Überzeugung gebracht, daß es ver-

fehlt wäre, ein zweites solches Institut zu errichten. Eines ist sicher, es müßte das pädagogische Institut in Wien in der Richtung erweitert werden, daß auf die niederösterreichischen Landesverhältnisse und auf die Ausbildung der Landlehrer Rücksicht genommen wird. Zu diesem Zweck aber ein eigenes Institut zu errichten, das halte ich für gänzlich verfehlt.

Ich glaube damit die Aufgaben, die uns in Bezug auf die Organisation für die nächste Zeit auf dem Gebiet des niederen und mittleren Schulwesens gestellt werden, kurz umrissen zu haben.

Die Hochschule selbst fällt nicht in unseren Aufgabenkreis; es wäre aber darüber zweifellos viel zu sagen.

Ein Gebiet, mit dem wir uns hier zu beschäftigen haben, sind unsere Kindergärten. Für die Kindergärten gilt im großen und ganzen dasselbe, was ich über die Schule zu sagen hatte. Auch die Kindergärten sind heute nicht mehr das, was sie früher waren, nämlich sogenannte Kinderbewahranstalten. In diese hat die Mutter ihre Kinder, wenn sie keine Zeit hatte auf sie aufzupassen, geschickt. Heute wollen wir unsere Kindergärten in den Gesamterziehungsplan unserer Jugend einbeziehen. Wer die Bedeutung des Kindesalters für die gesamte Erziehung richtig erfaßt hat, kann die Kindergärten nicht hoch genug einschätzen. Wir wissen, daß in den Kleinkindern Aufnahmefähigkeiten schlummern, die später verlorengehen, und diese Zeit für die Erziehung auszunützen, das wird die Aufgabe der Kindergärten sein. Die Kindergärten sollen in Zukunft nicht ein Aufenthaltsort für die Kinder sein, wenn man für sie zu Hause keinen Platz hat, sondern die Kinder sollen dort ihren Fähigkeiten entsprechend gebildet und erzogen werden. Wir wissen, wie wichtig und wie erfolgreich es ist, gerade mit der musikalischen Erziehung der Menschen in diesem Frühalter zu beginnen; wir wissen aus der Musikgeschichte, daß unsere großen Künstler eben groß geworden sind, weil ihre Talente in frühester Jugend geweckt, entwickelt und gebildet wurden. Man muß noch nicht restlos mit dem Psychologen und Psychoanalytiker gehen und die Erziehung als alleinigen Faktor im künftigen Menschendasein einschätzen. Eines ist aber sicher, wir versäumen bei der Erziehung ungeheuer viel, wenn wir übersehen, daß die Zeit der größten Aufnahmefähigkeit eben im frühesten Kindesalter liegt. Wir wissen z. B., daß so ein kleiner Knirps mit Leichtigkeit Fremdsprachen erlernt. Ich weiß, daß dies im Kindergarten wohl nicht möglich sein wird, aber die Grundlage für die Fremdsprachen im

Kindergarten zu legen ist möglich, und dies wird auch zu Erfolgen führen. Wir wissen, daß eine Fremdsprache in der Schule in der Regel nur erlernt wird, um verhältnismäßig kurz nachher wieder vergessen zu sein. Wir wissen aber auch, daß wir die Fremdsprache besser behalten, wenn wir sie früher gelernt haben.

Wir haben für die nächste Zeit auch die Aufgabe, unsere Schule wieder dorthin zu bringen, wo sie einmal war. Die österreichische Schule war vorbildlich für die ganze Welt; die einst umstrittenen Grundsätze über die Schulreform sind heute Allgemeingut geworden, sie sind pädagogische Selbstverständlichkeiten geworden. Auf keinem Gebiet ist Stillstand so sehr Rückschritt wie auf dem Gebiete der Schule und wir müssen daher den Fortschritt im Schulwesen fördern. Geben wir unseren österreichischen Lehrern, die sehr tüchtig sind, die Möglichkeit, im Schulwesen fortschrittlich zu wirken, indem wir sie wirtschaftlich und politisch unabhängig machen, dann braucht uns um die Zukunft unserer Schule nicht bange zu sein. *(Beifall links.)*

3. PRÄSIDENT: Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Vesely.

Abg. VESELY: Hoher Landtag! Wir sind also glücklich beim Kapitel „Schule“ angelangt, bei jenem Kapitel, wo sich die Leidenschaften besonders erhitzen. Das war immer so und wird wahrscheinlich immer so sein. Die Ernährungssorgen tun uns sehr weh, ebenso die Wiederaufbausorgen, aber verhältnismäßig geht bei diesen alles in einem leichteren Ton ab. Nur wenn vom Kapitel Schule die Rede ist, erhitzen sich die Leidenschaften. Wir sind gar nicht so materiell, denn das, was wir für die Schule fordern, kommt unserem gegenwärtigen Geschlecht eigentlich gar nicht mehr zugute. Wir denken an die Zukunft und sind mehr Idealisten als Materialisten. Man kann die Erfahrung machen, daß sich nach jedem Krieg Schulerneuerungsbestrebungen geltend machen. Es mögen hiefür verschiedene Gründe maßgebend gewesen sein, diesmal habe ich das Empfinden, daß wir durch die Schulerneuerung ein Geschlecht erziehen wollen, das vielleicht vernünftiger sein wird als wir es gewesen sind, und das auch von einer höheren Ethik getragen wird als die gegenwärtige Generation getragen wurde.

Wir wollen ein Geschlecht erziehen, das vielleicht mehr Menschlichkeit zu entwickeln imstande ist als das gegenwärtige Geschlecht. Diese Schulerneuerungsbestrebungen, die wir gegenwärtig beobachten können, sind aber gegenüber den vergangenen Perioden dadurch erschwert, daß wir durch eine Periode gehen mußten, durch ein Interregnum, das unsere

Schulgesetzgebung von Grund auf geändert hat. Wenn wir uns an den letzten Weltkrieg erinnern, sind im wesentlichen unsere Grundgesetze unverändert geblieben, wir konnten im Jahre 1918 dort fortfahren, wo wir 1914 aufgehört haben. So leicht haben wir es diesmal nicht. Noch immer gelten die reichsdeutschen Schulgesetze und wir stehen vor der Frage, sollen wir direkt zurückkehren zu unseren alten Gesetzen oder nicht. Wir haben aufzuräumen mit dem verwerflichen Erziehungsziel, das in der nationalsozialistischen Zeit verfolgt wurde, und mit der Stellung der Schule, die im nationalsozialistischen Staat nichts anderes gewesen ist als das Instrument einer einzigen Staatspartei. Wir haben weiters aufzuräumen mit den Überresten eines Prinzips, des sogenannten Führerprinzips, das in der Schule Eingang gefunden hat im Verkehr des Inspektors mit den Lehrpersonen und des Direktors mit den Lehrpersonen. Alle diese Dinge gilt es zu überwinden und das macht die Schulerneuerung schwieriger, als es in der vergangenen Periode der Fall gewesen ist. Eine direkte Rückkehr zu den alten Formen ist aber nicht nur nicht möglich, sondern auch nicht empfehlenswert.

Das Reichsvolksschulgesetz entspricht nicht mehr den gegenwärtigen Anforderungen, es ist auch nicht in Kraft, wenngleich es von den Nazi formal nicht außer Kraft gesetzt wurde. Aber dadurch, daß neben dem Reichsvolksschulgesetz das Nazigesetz Eingang gefunden hat, hat das Reichsvolksschulgesetz zu bestehen aufgehört. Es gilt daher, durch ein neues Schulgesetz die Frage zu lösen, welche die Lehrer viele Jahre beschäftigt hat, soll der Lehrer ein Staatslehrer sein oder soll die Schule eine Staats- oder eine Landesschule sein. Es gilt, vor allem anderen ganz neue Erziehungsziele zu finden. Ich will es mir ersparen, darüber zu reden, was in das neue Erziehungsziel einzubauen ist, um der gegenwärtigen und zukünftigen ethischen Anforderungen, die an die Menschen zu stellen sind, gerecht zu werden. Wir müssen auch den geänderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen und vor allem auch ein neues österreichisches Volk heranbilden, das den Anschlußgedanken tatsächlich aus sich herausbringt. Wir wissen, daß in der Schule ab 1918 der Anschlußgedanke in allen Schulbüchern verankert war, weil alle mehr oder weniger der Meinung waren, daß dieser Staat, wie er im Jahre 1918 geschaffen wurde, nicht lebensfähig sei und daher des Anschlusses bedarf. Das mag ein geschichtlicher Irrtum gewesen sein, heute sind wir aber davon überzeugt und wollen überzeugt bleiben, daß Österreich weit besser fährt, wenn

es nicht mit dem Schicksal Deutschlands verbunden ist. Alles das gilt es zu berücksichtigen, wenn wir an ein neues Schulgesetz herantreten sollen. Es spielt sich um dieses neue Schulgesetz ein hartes Ringen ab, und wenn es auch vor der breiten Öffentlichkeit noch nicht so sichtbar ist, so wissen wir doch, daß daran von allen Parteien intensiv gearbeitet wird. Es gilt dabei vor allem anderen, die beiden widerstrebenden Interessen und Auffassungen unter einen Hut zu bringen. Das muß geschehen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß jedes Schulgesetz ein Verfassungsgesetz ist, daher einer Zweidrittelmajorität bedarf. Schon aus dieser fundamentalen Einstellung heraus ist es ganz klar, daß so lange verhandelt werden muß, bis diese gegensätzlichen Standpunkte unter einen Hut gebracht werden können. Da hat auch das Warten auf eine Wahl keinen Sinn. Selbst wenn wir annehmen würden, daß wir bei der nächsten Wahl die Mehrheit bekommen, würden wir doch niemals eine Zweidrittelmehrheit bekommen, wir würden uns also mit Ihnen zusammensetzen müssen, wie Sie jetzt mit uns. Ich will das nur betonen, weil wir uns von Anbeginn schon darüber klar sein müssen, daß weder Sie noch wir ein Schulgesetz herausbekommen werden, das ganz Ihren noch unseren Ansichten und Auffassungen entspricht.

Ich habe schon erwähnt, daß sich dieses Ringen vorläufig hinter den Kulissen abspielt. Hier und da sickert wohl etwas in der Presse durch, hier und da hören wir auch etwas darüber im Radio sowie in Lehrer- und Schulvereinen und schließlich beschäftigen wir uns auch hier im Landtag damit. Wir sind uns darüber bewußt, daß diese Frage nicht der Landtag regeln kann, sondern daß das eine Sache des Parlamentes ist. Wenn wir trotzdem darüber sprechen, dann nur deshalb, weil wir immerhin eine Zahl von Menschen, nämlich das niederösterreichische Volk, vertreten, das durch den Mund seiner Vertreter seine Wünsche und Auffassungen hier im Landtag zum Ausdruck bringen will.

Ich habe nicht die Absicht, so wie der Herr Abgeordnete Kaindl, auf Details einzugehen. Ich bin nämlich der Meinung, daß die Abgeordneten nicht allzuviel damit anzufangen wissen, sondern es wird Sache derjenigen sein, die den Schulplan auszuarbeiten haben. Mir haben infolgedessen die großen Richtlinien, die Herr Abgeordneter Dr. Riel gestern hier ausgeführt hat, insofern besser gefallen, weil sie mir die Möglichkeit geben, auch unsere großen Richtlinien kurz und bündig darzustellen, und das will ich, wie gesagt, wirklich in Kürze machen.

Es ist uns da vor etwa drei Tagen eine kleine Broschüre zugeschickt worden, betitelt: „Die



Stimme der Kirche zur Erziehung und Schule.“ Ich weiß nicht, ob diese Broschüre alle bekommen haben, jedenfalls bedauere ich nicht, sie bekommen zu haben, da ich ja immer bemüht bin, den gegenteiligen Standpunkt kennen zu lernen. Ich habe auch nicht die Absicht, mich mit dieser Broschüre des näheren auseinanderzusetzen. Ich will nur zwei oder drei Stellen herausgreifen, um aufzuzeigen, daß es unseres Erachtens mit einer so intransigenten Stellung nicht vorwärtsgehen könnte, wenn wir zu einem vereinbarten Schulgesetz kommen wollen.

Diese Broschüre, die von der interdiözesanen Arbeitsgemeinschaft der katholischen Lehr- und Erziehungsanstalten Österreichs herausgegeben wurde, schreibt in ihren Vorbemerkungen (*liest*): „Die folgenden Ausführungen über die Erziehung der Jugend gründen sich auf das diesbezügliche Weltrundschreiben des Heiligen Vaters Pius XI. und auf das Gesetzbuch der Kirche. Nicht näher bezeichnete Zitate stammen aus der Enzyklika (authentische deutsche Übersetzung. Verlag Tyrolia, Innsbruck 1936).“

Über die Erziehung möchte ich einen Satz herausgreifen. Es heißt da (*liest*): „Die Erziehung ist notwendig eine Arbeit der Gemeinschaft, das heißt praktisch jener drei Gemeinschaften, in die der Mensch hineingeboren wird: der Familie, des Staates und der Kirche.“

Weiters beschäftigt sich diese Broschüre mit der Familie. Wir sind keine Nazi, die auf dem Standpunkt stehen, daß die Familie nicht über das Kind zu entscheiden hätte, sondern gerade das Gegenteil, wir sind uns dessen vollkommen bewußt, daß eine einseitige schulmäßige oder anstaltsmäßige Erziehung aus dem Menschen niemals wirkliche Menschen machen kann, daß hier einen Großteil die Familie mit zu übernehmen hat. Wir unterstreichen das.

Im zweiten Teil dieser Broschüre wird über den Staat gesprochen. Da gehen allerdings unsere Ansichten mit den Ansichten, wie sie hier ausgeführt werden, wesentlich auseinander. (*Liest*): „Deswegen ist jedes Erziehungs- und Schulmonopol ungerecht und unerlaubt, wenn es die Familie physisch oder moralisch zwingt, ihre Kinder entgegen den Pflichten des christlichen Gewissens oder auch gegen ihren rechtmäßigen Wunsch in die Staatsschule zu schicken.“

Man spricht sich also hier eindeutig gegen die Staatsschule aus und unterstreicht das später noch auf folgende Art (*liest*): „Daher hat die Kirche das Recht, Schulen jeder beliebigen Gattung (nicht bloß Elementar-, sondern auch Mittel- und höhere Schulen) zu errichten (Kirchliches Gesetzbuch, Kanon 1375),

selbstverständlich auch katholische Universitäten (Kanon 1376) und macht es auch ihren Bischöfen und Gläubigen zur Pflicht, katholische Schulen aller Arten und Grade zu gründen (Kanon 1379).“

Also die alte Forderung nach Privatschulen, die von der Kirche zu errichten wären. Auch das ist uns nichts Neues.

Im letzten Teil heißt es ganz eindeutig (*liest*): „Wir erneuern und bekräftigen die Vorschriften der heiligen Canones, wonach der Besuch der nichtkatholischen Schulen, ob weltliche oder Simultanschulen, also der Schulen, die Katholiken und Nichtkatholiken ohne jede Sonderung offenstehen, den katholischen Kindern verboten ist und der Besuch dieser Schulen nur mit Rücksicht auf bestimmte örtliche und zeitliche Verhältnisse unter besonderen Sicherungen geduldet werden kann. (*Rufe links: Hört! Hört!*) Für die Katholiken kann auch jene Simultanschule nicht als normal anerkannt werden (um so schlimmer, wenn sie Einheits- und Pflichtschule für alle ist), in der den Katholiken zwar getrennt Religionsunterricht erteilt wird, in der sie aber den übrigen Unterricht von nichtkatholischen Lehrern zusammen mit nichtkatholischen Schülern erhalten. Die bloße Tatsache nämlich, daß an einer Schule (oft noch mit allzu großer Einschränkung) Religionsunterricht erteilt wird, bringt sie noch nicht in Übereinstimmung mit den Rechten der Kirche und der christlichen Familie und gibt ihr noch nicht die nötige Eignung für den Besuch der katholischen Kinder. Dafür ist notwendig, daß der ganze Unterricht und Aufbau der Schule: Lehrer, Schulordnung und Schulbücher, in allen Fächern unter Leitung und mütterlicher Aufsicht der Kirche vom christlichen Geist beherrscht sind, so daß die Religion in Wahrheit die Grundlage und Krönung des ganzen Erziehungswerkes in allen seinen Abstufungen darstellt, nicht bloß in den Elementar-, sondern auch in den Mittel- und Hochschulen.“

Meine Herren! Ich muß es Ihnen überlassen, ob diese Schrift tatsächlich geeignet ist, die bestehenden Differenzen in der Auffassung zu überbrücken. Würde man diesen Forderungen Rechnung tragen, würden ganz einfach alle katholischen Kinder jetzt aus unseren Schulen hinaus müssen, denn wir haben ja zum größten Teil Simultanschulen, und die katholische Kirche müßte Privatschulen in Unmasse errichten, um alle diese Kinder dort aufzunehmen. Wenn das aber nicht so ernst gemeint ist, dann sollte man solche Dinge nicht so scharf zum Ausdruck bringen.

Schließlich und endlich werden sich an dieser Broschüre, wenn sie weitere Verbreitung findet, Menschen, die vielleicht nicht so vernünftig denken wie wir, leidenschaftlich erhitzen und es wird wieder zur Entfesselung eines Kulturkampfes kommen. Ich will mich in Ihre Angelegenheiten nicht einmengen; ich bin nur der Meinung, daß die Belange der katholischen Kirche durch ihre Vertreter bei den Verhandlungen hinreichend vertreten werden.

Nach dieser Einleitung gestatten Sie mir, ganz kurz unsere programmatischen Schulforderungen aufzustellen. Sie sind Ihnen nicht neu, ich möchte sie nur in Erwiderung auf die Vorschläge, die Herr Abgeordneter Kaindl hier vertreten hat, in Erinnerung bringen.

Wir fordern die Schaffung eines einheitlichen Bundesschul- und Erziehungsgesetzes, das alle Schulkategorien vom Kindergarten bis zur Hochschule zu umfassen hat. Die Wiederinkraftsetzung des Reichsvolksschulgesetzes lehnen wir, weil es veraltet und den heutigen Grundsätzen einer demokratischen Republik nicht mehr entsprechend ist, ab.

Wenn man sich die stenographischen Protokolle aus der Zeit hernimmt, als das alte Reichsvolksschulgesetz im Parlament zur Verhandlung gestanden ist, so ist als äußerst interessant festzustellen, mit welcher Leidenschaft damals dieses Gesetz umkämpft wurde und wie die Verfechter dieses Gesetzes beschimpft und als heidnisch abgetan wurden. Schließlich ist es aber doch Gesetz geworden. Nach ganz kurzer Zeit ist es für das gesamte österreichische Volk von Bedeutung und sogar für alle Länder Europas beispielgebend geworden. Seitdem hat sich aber die Zeit gewandelt. Wir sind nun der Meinung, daß das Gesetz heute nicht mehr entspricht. So wie jedes Gesetz nur für eine bestimmte Zeit Bedeutung hat und, wenn diese sich ändert, abzutreten hat, so ist dies auch beim Reichsvolksschulgesetz der Fall. Gerade die Vertreter jener Richtung, die damals nicht scharf genug gegen das Reichsvolksschulgesetz zu Felde ziehen konnten, sind heute für dieses Gesetz. *(Abg. Kaindl: Damals hat es keine ÖVP. gegeben!)* Wie es auch damals keine Sozialisten im heutigen Sinn gegeben hat. Es hat aber Vertreter einer konservativen und einer fortschrittlichen Richtung gegeben. *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Die katholische Kirche dürfte aber schon bestanden haben!)*

Warum zeige ich das auf? Alles ist in Fluß und wandelt sich und wenn Sie uns in unseren Forderungen heute nicht verstehen wollen, so ist das dasselbe, was sich damals abspielte.

Vielleicht muß es so sein, daß einer nach vorwärts und der andere nach rückwärts drängt, damit der Wagen in der Mitte stehen bleibt. Ich sehe es voraus, daß es auch diesmal so kommen muß und ich bin infolgedessen gegen eine vernünftige Bremsvorrichtung gar nicht so böse eingestellt. Ich sage allerdings „vernünftige“, denn über gewisse Dinge muß man sich hinwegsetzen können. Im alten Reichsvolksschulgesetz war im § 1 das Erziehungsziel festgelegt mit dem Satz: „Die Erziehung ist sittlich-religiös.“ Damit war dem ganzen Gesetz das Gepräge gegeben. Im Jahre 1934 hat man es sogar noch deutlicher zum Ausdruck gebracht; man hat es abgeändert, indem man sagte: „Die Erziehung ist religiös-sittlich.“ Wir haben nun, was zwar abgelehnt wird, eine Simultanschule, also eine Schule, die ohne Unterschied des Glaubens allen Kindern zugänglich ist und in der jeder Lehrer, ohne Unterschied des Glaubens, unterrichten darf. Von diesen Grundvoraussetzungen ausgehend, kann ich daher nicht sagen, es muß der ganze Schulunterricht vom Standpunkt einer bestimmten Religion durchdrungen sein. Das ist ein Widerspruch, den wir nicht anders lösen können als so, daß wir von der Stillierung, daß die Erziehung in dieser Simultanschule sittlich-religiös oder religiös-sittlich ist, abzugehen haben. Wir stellen uns die Fassung des Erziehungszieles folgendermaßen vor: Die Erziehung zur Demokratie, zur Humanität, zur Völkerversöhnung, zur Friedensgesinnung muß oberster Leitsatz sein und bei Wahrung des interkonfessionellen Charakters der Schule muß selbstverständlich auch die Religion als Erziehungsziel und Erziehungsfaktor ihre Anerkennung finden. Dagegen haben wir gar nichts. Wir können nur nicht zugeben, daß dieses Ziel „religiös-sittlich“ als einziges und ausschließliches Ziel an die Spitze des Schulgesetzes gestellt wird.

Wir sagen weiter: Die Leitung des gesamten Erziehungswesens ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates, die grundsätzlich nur durch die Staatsschule gelöst werden kann. Da befinden wir uns also im Gegensatz zu der vorhin erwähnten Schrift. Es ist doch so, daß tatsächlich vom Erziehungswesen das Blühen und Gedeihen des Staates abhängig ist. Staat und Kirche sind nicht identisch. In einem Staat, wo keine Kirche als Staatsreligion anerkannt ist, ist zu erwägen: Wer hat das Primat, der Staat oder die Kirche? Das ist eine alte Streitfrage, die schon im Mittelalter eine große Rolle gespielt hat. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Leben in erster Linie — Sie mögen das bestreiten — ein materielles Leben ist und daß das materielle Leben, mit allem, was drum und dran

ist, der Staat zu gewährleisten hat. Wie dieses materielle Leben jeweils beschaffen ist, hängt von den Menschen ab, die es zu schaffen haben, und die Menschen hängen wieder davon ab, wie man sie erzieht. Daraus folgt, daß der Staat das Primäre ist in Schulfragen. Wir können und wollen das Recht zur Führung von Privatschulen, was durch die Verfassung festgelegt ist, nicht bestreiten. Nach unserer Auffassung aber darf dadurch keinesfalls die Organisation der bestehenden öffentlichen Schulen beeinträchtigt werden. Wenn in irgend einem Gebiet genug öffentliche Schulen vorhanden sind, dann ist es nach unserer Auffassung unstatthaft, daß dort Privatschulen eröffnet werden, die durch das Heranziehen der Kinder aus verschiedenen Gründen die Organisation einer bestehenden Staatsschule stören. Das werden wir nicht dulden und nicht zugeben. Wenn sich aber die Errichtung einer Privatschule als notwendig erweist, ohne daß die Organisation der Staatsschule beeinträchtigt wird, können wir nichts dagegen haben, weil es verfassungsmäßig gewährleistet ist.

Eine Subventionierung solcher Privatschulen aus öffentlichen Mitteln ist unserer Auffassung nach nicht möglich. Wenn die Staatsschule der katholischen Kirche jene Rechte zugesteht, die man vernünftigerweise an eine Schule stellen kann, dann besteht unseres Erachtens nach keine Veranlassung zur Errichtung von Privatschulen. Wenn sie aber doch errichtet werden, kann man nicht von der Öffentlichkeit verlangen, daß sie aus öffentlichen Geldern unterhalten werden. Das ist unsere Auffassung, die wir unter allen Umständen und mit aller Konsequenz vertreten.

Wir fordern auch die Beseitigung aller Bildungsvorrechte. Kollege Kaindl hat das als Schlagwort bezeichnet. Ich weiß nicht, wie gerade er als Lehrer diese Forderung als Schlagwort bezeichnet. Wie ich schon gestern ausgeführt habe, muß es uns gelingen, allen armen Kindern, sei es aus den Kreisen der Arbeiterschaft oder der Bauernschaft, den Aufstieg bis in die Hochschule zu ermöglichen. Infolgedessen möchte ich davor warnen, gerade diese Forderung als Schlagwort zu bezeichnen. Aus diesem Grund heraus verlangen wir die Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel. Wir wissen, es ist für viele Arbeiter und Kleinbauern oft schwer, ihren Kindern die notwendigen Lernmittel anzuschaffen. Dies wirkt sich aber auch bei den Kindern aus; wenn sie beim Lernen nicht so mitkommen, dann ist das meistens auf den Mangel an Lernmitteln zurückzuführen. Wenn der Staat immer für Kriege und andere nicht sehr notwendige Dinge Geld ausgeben kann, dann muß er auch das Geld für Lernmittel,

und zwar nicht allein nur für die armen Kinder bereitstellen können. Das Kind soll nicht das Gefühl haben, daß es diese Lernmittel nur deshalb bekommt, weil es arm ist. Auf das Geld für die Lernmittel darf es dem Staat nicht ankommen. Wir fordern, was durchzusetzen wir uns schon immer bemüht haben, nämlich eine großzügige Gewährung von Studienbeihilfen, wenn dies auch momentan nicht realisierbar ist.

Wir fordern weiter die Errichtung von Schülerheimen, damit alle Kinder aus den entferntesten Gebieten in die Schule kommen können, und endlich Einrichtungen, die es gestatten, den Grundsatz der Beseitigung jeden Bildungsvorrechtes in die Tat umzusetzen.

Unsere Forderung der neunjährigen Schulpflicht deckt sich vollkommen mit dem Schulprogramm der ÖVP. Von dem von der KPÖ. vorgelegten Schulprogramm trennt uns in fachlicher Hinsicht nichts. Bezüglich der neunjährigen Schulpflicht gehen wir mit Ihnen konform, nur den Einbau des neunten Schuljahres als fünfte Klasse halten wir nicht für zweckmäßig. Wir sind dafür, daß man das neunte Schuljahr als Abschlußjahr, eventuell bei der Mittelschule, um zum Zwecke des Unterrichtes von Fremdsprachen eine fünfklassige Oberstufe der Mittelschule zu haben, vorne anfügt. Das muß aber von Fachleuten geregelt werden.

Wir fordern weiter die Einführung der allgemeinen Fortbildungsschulpflicht bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, ein Ziel, das in fortschrittlichen Ländern bereits verwirklicht ist.

Über die Einführung der allgemeinen Mittelschule gehen unsere Meinungen auseinander. Wir sind der Ansicht, daß die Zusammenlegung der Haupt- mit der Untermittelschule, ohne daß die eine oder andere Schulgattung darunter leidet, möglich ist. Das ist eine Frage der inneren Ausgestaltung und Differenzierung sowie des Lehrplanes; das läßt sich ohne Zweifel machen. Das fordern wir aus gewissen Prinzipien heraus. Wir wollen nicht, daß eine Schule besteht, die den Anstrich hat, als sei sie eine Schule der Bessersituierten. Darüber kommen wir nicht hinweg, so lange es Namen wie Haupt- und Mittelschule geben wird. Es ist das reiflich überlegt und man könnte diesen Schönheitsfehler ohneweiters beseitigen, ohne der Schule Abbruch zu tun.

Dem Ausbau des Berufsschulwesens müssen wir unser ganz besonderes Augenmerk zuwenden. Ich will mich nicht darüber besonders verbreitern.

Wir dürfen nur solche und so viele Schulen haben, die wir tatsächlich brauchen. Alle anderen müssen beseitigt werden. Wir müssen uns hüten, ein sogenanntes geistiges Proletariat heranzubilden, sei es auf dem Gebiet der Lehrerbildung, des Ärzteswesens usw. Nichts ist schlechter als ein geistiges Proletariat.

Auf dem Gebiet des Schulwesens muß die Lehrerbildung neu geregelt werden. Auch hier gehen wir auseinander. Kollege Kaindl verlangt, daß die Lehrerausbildung in einer sechsjährigen Akademie erfolgen soll. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der zukünftige Lehrer die Obermittelschule zu absolvieren hat. Das könnte ein eigener Schultyp sein, an dem sich die Hochschule anschließt. Was er dort zu machen hat, werden die Fachleute herauszubringen versuchen. Es könnte das für die Volksschullehrer eine zweijährige und für die Mittelschullehrer eine vierjährige Hochschule sein. Es soll damit zum Ausdruck kommen, daß auch der Volksschullehrer den akademischen Grad erreichen kann. Wenn der Tierarzt, der sich mit Kühen, Kälbern und Schweinen zu befassen hat, den akademischen Grad haben soll, dann kann ich nicht verstehen, daß der Lehrer, der sich mit dem wertvollsten Gut des Volkes, der Jugend, zu beschäftigen hat, diesen akademischen Grad nicht haben soll. Ich weiß, wo da des Pudels Kern liegt. Die sechsjährige Lehrerakademie soll deswegen bestehen bleiben, weil man auch die Privatlehrerbildungsanstalten unter dieser Lehrerakademie weiterbestehen lassen könnte. Wir brauchen uns da kein X für ein U vor-machen lassen. Alles Tüfteln, daß jeder Lehrer durch eine ausgesprochene Berufsschule gehen muß, ist unseres Erachtens nicht richtig. Herr Abgeordneter Zach ist da wohl anderer Meinung, er sagt, die Berufsausbildung der Lehrer, denen das wertvollste Gut des Volkes, unsere Kinder, anvertraut sind, kann nicht lange genug dauern. Ich kenne dieses Argument und auch den Hauptgrund hierfür. Ich weiß, daß diesbezüglich unsere Ansichten nicht so leicht unter einen Hut zu bringen sind; ich bin aber der Überzeugung, daß es doch irgendwie gehen wird. Wir können leider nicht abschätzen, wie lange es dauern wird, wir hätten nur gehofft, wie der Unterrichtsminister selbst meint, das neue Schuljahr mit dem neuen Schulgesetz beginnen zu können. An uns wird es nicht liegen; soweit wir gehen können, werden wir gehen. Es kann aber immerhin die Übergangszeit noch eine Weile dauern.

Herr Abg. Kaindl hat auch erwähnt, daß wir einen Lehrermangel haben und daher in sogenannten Schnellsiederkursen Lehrer heranzubilden werden müssen, weil viele Nazilehrer

außer Dienst gestellt wurden. Wenn es aber an den Lehrerbildungsanstalten weiterhin drei bis vier Parallelklassen geben wird, dann wird es nicht lange dauern, daß wir wieder ein Junglehrerelend haben werden, wo ein Lehrer als Probelehrer zehn Jahre an einer Schule hospitieren muß und dafür 50 S im Monat bekommt. Das sind Dinge, die man jetzt schon beachten müßte und unter keinen Umständen fortsetzen dürfte.

Herr Abgeordneter Kaindl hat auch unser Schulaufsichtsgesetz erwähnt. Wir haben es zwar beschlossen, werden aber damit auch auf keinen grünen Zweig kommen, so lange wir nicht ein gültiges Grundgesetz haben. Wenn wir versuchen würden, das Schulaufsichtsgesetz in die Praxis umzusetzen, würden wir auf Schritt und Tritt darauflkommen, daß es nicht geht, weil das eine Gesetz wegen des Fehlens der anderen Gesetze nicht ausreichend ist. Dringend wäre es, unsere Personalstände in Ordnung zu bringen. Wir müssen uns, so lange das nicht geregelt ist, zur Richtschnur machen, daß keine Besetzung definitiv durchgeführt wird und daß die Landesregierung die hierfür allein maßgebende Stelle ist. Ich würde wünschen, daß in der Übergangszeit selbst die Aufnahme von provisorischen Lehrern nicht durch den Landeschulrat, sondern durch die Landesregierung zu erfolgen hätte, denn man hört, daß der eine Inspektor weitherziger und der andere engherziger ist, und dieser Zustand würde sich ganz von selbst aufhören, wenn die Landesregierung zur Anstellung der Lehrer berufen wäre.

Durch das Fehlen von Gesetzen werden auch verschiedene Verwaltungsakte getroffen, die man nicht als solche bezeichnen dürfte. Wenn z. B. der eine Inspektor einen Lehrer nicht anstellt, weil er gottgläubig ist, der andere aber stellt ihn an, so ist das ein Verwaltungsakt, der eigentlich in ein Staatsgrundgesetz eingreift. Ich sage das nur deswegen, nicht um Dinge aufzuzeigen, sondern nur zur Unterstützung dafür, daß es am besten wäre, für die Übergangszeit die Landesregierung für die Lehreranstellungen zu bestellen.

Abschließend möchte ich noch eine Sache zur Sprache bringen. Es handelt sich um die Bezirksschulinspektoren. Ich spreche nicht pro domo, ich bin ja beurlaubt und für mich kommt sie daher nicht in Frage. Ich werde aber immer von den Bezirksschulinspektoren gebeten, ihre Angelegenheit zur Sprache zu bringen und ich halte dafür, daß der Landtag der zuständige Ort hierfür ist. Die Bezirksschulinspektoren waren früher Hauptschullehrer oder Direktoren; sie sind als provisorische Bezirksschulinspektoren bestellt und bleiben so lange provisorisch

und haben so lange den Bezug eines Hauptschullehrers oder Hauptschuldirektors, bis sie nach drei Jahren definitive Bezirksschulinspektoren werden. In diesen drei Jahren führen sie ein recht elendes Leben. Sie bekommen beispielsweise ein monatliches Reisepauschale von 100 Schilling. Wie oft kann nun damit ein provisorischer Bezirksschulinspektor in seinem oft weit ausgedehnten Bezirk herumreisen, um seiner Pflicht als Inspektor, Berater usw. nachzukommen? Dieser Bezirksschulinspektor erfüllt ja nicht nur Aufgaben der Schule, die nach dem gegenwärtigen gesetzlichen Stande Aufgaben des Bundes sind, sondern er übernimmt auch sehr häufig Aufgaben des Landes.

Ich will keinen Antrag stellen, um den Finanzreferenten nicht herauszufordern, sondern ich will nur die Anregung geben, dieses Reisepauschale der Bezirksschulinspektoren von Landes wegen — viele Leute kommen dabei ja nicht in Frage — durch eine Zuwendung zu erhöhen. Diese würde es den Bezirksschulinspektoren ermöglichen, ihrer Pflicht tatsächlich gerecht zu werden. Es würden rund 22 Leute in Betracht kommen. Ich will keinen bestimmten Betrag nennen, sondern es gerne dem Finanzreferenten überlassen. Eine solche Zuwendung macht im Jahre vielleicht einige tausend Schilling aus. Wir würden damit diesen Menschen tatsächlich helfen, die gerade jetzt aus pädagogischen und schulischen Gründen so notwendigen Inspektionen in einem Ausmaß durchzuführen, als es notwendig wäre.

Damit hätte ich meine Ausführungen beendet und möchte abschließend nur noch folgendes sagen: In diesen Fragen haben nicht wir zu entscheiden, sondern entschieden wird drüben im Bund, und dort wird so entschieden werden, wie es eben unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen möglich ist. Hüten wir uns nun, die Leidenschaften in dieser Frage zu erhitzen, vor allem in Kreisen, die nicht ein solches Verständnis für die großen Schwierigkeiten haben wie wir. Ich bin überzeugt, daß es unseren Vertretern im Nationalrat gelingen wird, wieder ein Gesetz zu schaffen, das, wie das Reichsvolksschulgesetz vom Jahre 1869, wieder für Dezentennien nicht nur in Österreich, sondern darüber hinaus in ganz Europa beispielgebend sein wird. *(Lebhafte Beifall und Händeklatschen links.)*

Abg. ZETTEL: Hohes Haus! Es wurde heute schon viel über das Elend und über den Gesundheitszustand unserer Jugend und zuletzt auch über die Erziehung unserer Jugend gesprochen. Ich möchte mich bei diesem Kapitel ausschließlich mit dem Gebiet der gewerblichen Fortbildungsschulen beschäftigen. Sie alle

wissen, daß der Krieg gerade in den Kreisen jener jungen Menschen, die sich für einen Beruf vorbereiten wollten, die größten Verheerungen angerichtet hat. Man hört nun heute oft sagen, daß unsere Jugend keine Arbeitsmoral und keine Arbeitslust hat und daß sie zu allem eher hinneigt, als zu einer praktischen Betätigung. Da denke ich mir oft, ob nicht hier ein etwas voreiliges und ungerechtes Urteil gesprochen wird. Ich erinnere mich sehr gut an den ersten Weltkrieg; damals hat eine große Tageszeitung geschrieben, der Krieg ist ein Stahlbad, in dem die Seelen der Menschen gereinigt werden. Ich bin zur Überzeugung gekommen, daß der Krieg wohl ein Stahlbad ist, aber nicht in dem Sinne, daß die Seelen der Menschen gereinigt werden, sondern ein Stahlbad, in dem die edlen Empfindungen unserer jungen Menschen ertränkt werden. So wurde unsere Jugend, die begonnen hat, sich ein oder zwei Jahre für einen Beruf vorzubereiten, aus diesem herausgerissen und zum Militär einrückend gemacht und sie mußte alle Schrecken des Krieges über sich ergehen lassen. Diese Leute kommen nun nicht mehr als Jugend, sondern als gereifte Menschen, die ihre Jugendjahre verloren haben, zurück. Das sind Menschen, die vom selbständigen Denken abgelenkt wurden, denen bedingungslose Disziplin und bedingungsloses Gehorchen anezogen wurde und denen beigebracht wurde, daß sie nur das zu tun haben, was ihnen von oben befohlen wird. Es ist ganz klar, daß diese Jugend, die 2 oder 3 Jahre aus ihrem Lehrverhältnis abgezogen war, mit einer ganz anderen Einstellung zurückkommt und das Leben mit ganz anderen Augen betrachtet, als es sonst bei einer Jugend der Fall wäre, die sich in normalen Zeiten auf das Berufsleben vorbereitet hat. Es ist leider schon so, daß so mancher dieser jungen Menschen nicht mehr zu seiner Lehrstelle zurückgefunden hat, weil er eben nicht mehr 16 oder 17 Jahre alt ist, sondern bereits 20 oder 22 Jahre alt geworden ist. Er ist, wenn er nicht jemanden hat, der für seinen Lebensunterhalt sorgt, jetzt nicht imstande, ein Lehrlingsverhältnis einzugehen, da er zu wenig verdienen würde, um seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Es sei zugegeben, daß der größte Teil der Lehrherren diese Menschen hinsichtlich der Entlohnung nicht als Lehrlinge behandelt, weil die Lehrherren einsehen, daß das eben Ausnahmefälle sind. Sie werden deshalb heute nicht mehr als Lehrlinge, sondern als Hilfsarbeiter entlohnt, obwohl sie das Lehrverhältnis fortsetzen. Diese jungen Menschen, die entwurzelt sind und in die Irre geführt wurden, wieder in ein Lehrverhältnis einzugliedern und damit in den Produktionsprozeß

zurückzuführen, ihnen wieder die Möglichkeit zu geben, sich für ihren Beruf vorzubereiten, das, meine ich, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die die Gesellschaft zu erfüllen hat.

Eines der Mittel für die Vorbereitung dieser jungen Menschen auf den zukünftigen Beruf sind die gewerblichen Fortbildungsschulen. Die gewerblichen Fortbildungsschulen sollen das Wissen, das sich der Junge in der Werkstätte angeeignet hat, ergänzen und vervollständigen und ihm so die Möglichkeit geben, sich im weiteren Leben leichter fortbringen zu können. Es ist sicher, daß auch auf diesem Gebiete der Krieg und seine Folgen sich zeigen, daher nicht alles so ist, wie es sein soll und diese jungen Menschen nicht alles das bekommen können, was ihnen sonst unter normalen Verhältnissen gegeben werden würde.

Ich denke daran, wie notwendig es wäre, bei jeder gewerblichen Fortbildungsschule eine Lehrwerkstätte einzurichten, um dort das ersetzen zu können, was der Lehrherr dem Lehrling nicht bieten kann, weil es ihm nicht zur Verfügung steht. Es ist heute praktisch so, daß es auch auf den Lehrplätzen heute an den notwendigen Einrichtungen, Maschinen und Material fehlt.

Eine Reihe von Meistern sind mir bekannt, die selbst zu mir gekommen sind und erklärt haben: Um Himmels willen, ich kann meinem Jungen nicht das lernen, was für seine Zukunft notwendig ist, weil mir ja alles entzogen ist. Ich verfüge nicht über das Material, das ich brauchen würde, um wirklich dem Jungen das zu lernen, was er für seine Zukunft braucht. Hier einzusetzen, wäre daher Aufgabe unseres Landes. Es ist gewiß eine beträchtliche Summe für dieses Gebiet im Voranschlag vorgesehen. Ich glaube aber nicht, daß wir damit das Auslangen finden können. Man muß sich vorstellen, daß es nicht damit getan ist, daß diese jungen Menschen in der gewerblichen Fortbildungsschule nur einen kaufmännischen Unterricht genießen und dort nur Zeichnen, Buchhaltung usw. lernen; es wäre schon notwendig, daß diese jungen Menschen in der gewerblichen Fortbildungsschule, wo die Lehrwerkstätten zur Verfügung stehen, auch Material- und Warenkunde lernen, wobei ihnen auch die notwendigen Materialien zur Verfügung gestellt werden müssen. Unsere Jugend — ich habe bereits darauf hingewiesen — ist einmal in ihrem seelischen Leben schwer geschädigt worden. Diese Menschen nun ihrem Beruf zurückzuführen, ist, glaube ich, ein Gebot der Notwendigkeit. Wenn überdies in der gewerblichen Fortbildungsschule außer dem normalen Unterricht diesen Menschen auch Unterricht über die Geschichte unseres Landes, über die

Pflichten und Aufgaben des Staatsbürgers und über die öffentlichen Einrichtungen des Landes gegeben würde, dann, glaube ich, würde damit viel gewonnen werden. Denn es ist leider schon so, daß ein großer Teil dieser Menschen mit allen Freiheiten, die ihnen nun wieder gegeben wurden, nichts anzufangen weiß. Der junge Mensch ist gewohnt, daß andere für ihn denken, er ist gewohnt, Befehle zu befolgen, ist aber nicht gewohnt, sich ein selbständiges Urteil zu bilden und selbständig zu denken. Diese jungen Menschen zum selbständigen Denken zu bringen und sie in die Gesellschaft einzuführen ist aber notwendig, weil ja diese jungen Menschen es sein werden, die in der Zukunft unseren Staat führen und lenken müssen. Das österreichische Handwerk ist ein Handwerk, das Weltruf hatte, die Erzeugnisse unseres Handwerks waren beliebt, wurden gerne gekauft und dadurch hat die österreichische Wirtschaft eine große Aktivpost besessen. Infolge der Zerstörungen durch den Krieg ist auch unser Handwerk heute nicht mehr auf der Höhe, wie es notwendig wäre, um dieses Handwerk dorthin zu bringen, daß es wieder zu einem wertvollen Bestandteil unserer Wirtschaft wird. Es ist daher notwendig, daß wir der Jugend die Möglichkeit bieten, sich für das von ihm erwählte Handwerk vorzubereiten. Dazu möchte ich auf eines hinweisen. Herr Abg. Kaindl hat schon heute ausgeführt, daß ein großer Teil der Eltern mit den Berufsberatern bei den Arbeitsämtern nicht einverstanden ist. Mag sein, daß die Berufsberater nicht immer das Richtige treffen, weil sie eben nicht über die notwendigen Erfahrungen verfügen. Ich weiß aus der Praxis, wenn der Vater mit seinem Buben zum Berufsberater kommt und sagt, er möchte seinen Buben gerne bei einem Kaufmann unterbringen, unbekümmert darum, daß heute schon in Niederösterreich mehr als 20.000 kaufmännische Angestellte sind, die wohl kaum die Möglichkeit haben werden, in ihrem Beruf unterzukommen, daß trotzdem dieser junge Mensch zu einem Kaufmann als kaufmännischer Lehrling vermittelt wird, obwohl man weiß und wissen muß, daß, wenn die Lehrzeit vorüber ist, dieser junge Mensch existenzlos dastehen wird und umsatteln wird müssen, um sich auf einen anderen Beruf vorzubereiten. Es muß aber doch so sein, daß der Berufsberater in erster Linie planen und lenken muß und bei den Eltern entsprechend aufklärend zu wirken hat. Es ist ein vollkommen falscher Schluß, wenn einzelne Eltern der Meinung sind: ich kann mir das leisten, ich lasse meinen Buben oder mein Mädchen studieren, damit er oder sie es einmal leichter haben, als ich es gehabt habe. Dieser Standpunkt ist falsch. Ich meine, hier müßte doch durch die öffentlichen Körperschaften auf-

klärend gewirkt werden, daß die Eltern ihrem Kinde nichts Gutes tun, wenn sie ihm einen Beruf lernen lassen, in dem es keine Zukunft finden kann. Wir haben in Österreich viel zu wenig Fachkräfte, weil durch den Krieg viel zu viele Fachkräfte verlorengegangen sind. Wenn wir nun wollen, daß wir diese Fachkräfte jemals wieder erhalten, dann ist es notwendig, daß auf die Eltern eingewirkt wird. Auch bei den Berufsberatern muß man entsprechend aufklärend vorstellend werden, daß sie nicht planlos junge Menschen als Lehrlinge in Berufe vermitteln, wo sie kein Fortkommen finden, während auf der anderen Seite lebenswichtige Berufe, die den jungen Menschen auch Lebensmöglichkeiten bieten, ohne Lehrlinge und ohne Nachwuchs dastehen. Meiner Meinung nach müßten die gewerblichen Fortbildungsschulen den Berufsberatungen ein ganz besonderes Augenmerk zuwenden.

Dazu kommt noch, daß eine Einrichtung für das Lehrlingswesen fehlt, die wir vor dem Kriege hatten und die sich sehr segensreich ausgewirkt hat. Es ist dies die Einrichtung der Lehrlingsinspektoren. Diese hatten szt. die Möglichkeit, die Werkstätten zu besichtigen und die Lehrverhältnisse zu überprüfen. Es ist eine alte Forderung der Gewerkschaften: Einsetzung von Lehrlingsinspektoren. Es wird notwendig sein, diese Einrichtung wieder einzuführen. Ich meine, daß alle, die daran interessiert sind, für das Handwerk einen gesunden leistungsfähigen Nachwuchs zu erziehen, mithelfen müssen und daß alle diejenigen Einrichtungen geschaffen werden müssen, die notwendig sind, um dieses Ziel zu erreichen. Wenn es gelingt, auf diesem Gebiete erfolgreich zu wirken, auf unserem Handwerk einen gesunden, leistungsfähigen und leistungswilligen Nachwuchs zu geben, der wieder imstande ist, Waren zu erzeugen, die Weltruf genießen, wie es szt. gewesen ist, dann glaube ich, ist das Fundament geschaffen, auf dem eine gesunde, leistungsfähige Wirtschaft in unserer demokratischen, freien Republik Österreich aufgebaut werden kann. *(Lebhafter Beifall links.)*

Abg. GÖTZL: Hohes Haus! Wenn heute verschiedene prominente Redner über das Schulwesen gesprochen haben, dann gestatten Sie mir, einen kurzen Überblick über die gewerblichen Fortbildungsschulen im besonderen zu geben. Wenn wir an die frühere Schule vor dem Jahre 1938 zurückdenken, dann müssen wir sagen, daß die gewerblichen Fortbildungsschulen auf einem ziemlich hohen Niveau gestanden sind. Ich erinnere da nur an die gewerbliche Fortbildungsschule in Amstetten, deren fachliche Lehrwerkstätten und Einrichtungen von der Regierung und von

den Mitgliedern der berufenen Faktoren lobend anerkannt wurden. Solche Schulen hatten wir mehrere. Heute stehen wir aber vor den zerstörten Schulen und müssen sie wieder aufbauen. Wir müssen aber nicht nur die Schulen aufbauen, sondern auch die Jugend neu erziehen. Ich glaube, wir sind einig in der Meinung, daß unsere Jugend durch die Nationalsozialisten am meisten gelitten hat. Diese Jugend war ja am leichtesten dafür empfänglich, weil sie nicht die Erziehung genossen hat, wie wir es früher gewohnt waren. Wenn früher ein Lehrbub in die Lehre eingetreten ist, dann wurde er nach den früheren Traditionen erzogen, wenn das auch heute ein unpopuläres Wort ist. Ein Lehrbub muß meines Erachtens durch eine starke, kräftige Schule gehen, um aus ihm einen Meister zu machen. Damit will ich mich nicht zu jenen Lehrherren bekennen, die glaubten, der Lehrbub muß geschlagen werden, damit aus ihm etwas wird. Ich habe mich nie an einem Lehrbuben vergriffen und es ist auch so gegangen. Aber wenn wir etwas modern sein wollen, müssen wir sagen, der Junge gehört richtig erzogen. Ich erinnere nur an die Zeit Hitlers, wo der Lehrherr kein Recht über seinen Lehrjungen gehabt hat. Dieser ist abends oft fortgegangen und in der Frühe erst nach Hause gekommen und hat gesagt, er ist bei der HJ. usw. gewesen. Das ist jetzt anders anzupacken. Ich glaube, es ist im Interesse der Jungen gelegen, dies aufzuzeigen, weil der Lehrherr selbst nach dem Gesetz verpflichtet ist, aus dem Lehrling etwas Rechtes zu machen. Wir sind uns klar darüber, daß unsere darniederliegende Wirtschaft nur durch tüchtige Männer die Zukunft gewinnen kann. Wenn ich in meinem Geschäft herumschauen und die Kenntnisse eines solchen Jungen bekritteln, dann darf ich nicht dem Jungen 50% Schuld daran geben, sondern den obwaltenden Verhältnissen. Es sind weder Waren noch Maschinen da und so kann auch der Junge nicht das lernen, um das notwendige Rüstzeug für die Zukunft zu bekommen. Es ist daher die wichtigste Aufgabe der kaufmännischen und gewerblichen Fortbildungsschulen, daß sie wieder so eingerichtet werden und solche Lehrkräfte bekommen, wie es zur gedeihlichen Erziehung der Jugend unbedingt notwendig ist.

Viele Schulen haben auch durch den Entzug von Lehrern gelitten, welche gute Lehrer, aber leider Nazi waren. Wir haben nun heute zwar Schulen, aber keine richtigen Lehrkräfte. Wir sind nun in unserem Bezirk darangegangen, die Kollegenschaft zur Unterrichterteilung zu animieren. Es haben sich viele freiwillig in die Bresche gestellt, sie geben Unter-

richt als Fachkräfte und bringen den Lehrlingen das praktische Wissen bei. Damit ist aber nicht Genüge getan, weil noch höhere Anforderungen an den Lehrling und an den Gesellen, und zwar schulbildnerischer Art gestellt werden. Dazu ist es notwendig, daß die entsprechenden Behelfe, Maschinen usw. vorhanden sind. Das richtig auszubauen, ist Sache der gewerblichen Wirtschaft, und ich kann sagen, es geschieht schon so manches. Es ist auch in der Kammer am Stubenring darüber viel gesprochen worden und es ist alles zum Nutzen der Lehrlinge im Anlaufen begriffen. Der Landtag oder die Landesregierung haben eigentlich nur die Pflicht, Subventionen zu geben, damit alle diese Sachen, die wir vorhaben, auch wirklich ausgeführt werden können.

Ich möchte mich kurz fassen und nur noch eines sagen. Früher ist einmal die Mutter mit dem Buben zum Kaufmann gekommen und hat gesagt: „Nimm den Buben in die Lehre, denn zum Studieren ist er zu dumm.“ Heute ist es gerade umgekehrt, denn studierte Leute, die keinen richtigen Beruf ergreifen können, sind froh, im Handel und Gewerbe unterzukommen. Daher werden wir heute den Hochschulen weniger Augenmerk zuwenden, weil ja unser armes Land mehr produzieren und trachten muß, sich wirtschaftlich zu betätigen, als lauter Gelehrte zu haben, die in unserem armen Land keine Beschäftigung finden.

Unter anderem ist es auch sehr wichtig, daß wir die Wirtschaftsschulen für weibliche Büroangestellte nicht außer acht lassen. Das ist ein Zweig, der sehr wahrscheinlich auch für die Zukunft Bedeutung hat. Heute ist es so, daß viele Kanzleien von Naziangestellten gesäubert und Ersatzkräfte eingestellt werden müssen. Dadurch wird so manches junge Mädchen, das wirklich tüchtig ist und die Handelsschule gemacht hat, im kaufmännischen Beruf, wo es noch manches lernen kann, unterkommen können.

Ich will damit nur aufzeigen, daß alle diese Lehrlingsfragen sehr wichtig sind. Ich kann mir eine Hebung der Wirtschaft in unserem Land nur in unserem Nachwuchs erhoffen. Was nützt aber alles, wenn wir, die in der Wirtschaft stehen und — sagen es wir ruhig heraus — schon ein gewisses Mittelalter aufweisen, für den Nachwuchs nicht sorgen.

Wenn wir imstande sind, unseren Nachwuchs für den Handel und Gewerbe so zu gestalten und zu bilden, daß unsere Wirtschaft wieder hochkommt, dann werden wir wieder das werden, was wir früher waren, nämlich ein Faktor, der auch in puncto Intelligenz mitzusprechen hat. Dann ist mir nicht

banke, dann wird auch unsere darniederliegende Wirtschaft in unserem Land sich wieder heben und unsere Jugend wieder eine Zukunft vor sich sehen; das soll ja der Zweck sein. Ich hoffe, daß diese Worte dazu beigetragen haben, daß wir, speziell in puncto Lehrlingswesen, eine glückliche Zukunft für unsere Jugend erreichen werden. (*Beifall rechts.*)

Abg. WONDRAK: Hoher Landtag! Es ist bezeichnend, daß im Kapitel IV, Schulwesen, über das gewerbliche Fortbildungsschulwesen auffällig viel gesprochen wird. Das ist sicherlich kein Zufall. Immer wieder bricht die Erkenntnis durch, daß mit Rücksicht auf die trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse es von ungeheurer Bedeutung für die Entwicklung unserer Zukunft ist, wie sich das gewerbliche Schulwesen in der nächsten Zeit entwickeln wird. Wir wissen zu genau, daß es heute sehr vielen Lehrlingen nicht möglich ist, in der Meisterlehre, aber auch in den Fabriken an modernen Maschinen zu arbeiten, die der Lehrling aber unbedingt kennen muß, wenn er Anspruch darauf erheben will, eine vollwertige Fachkraft zu werden. Verschiedene Umstände haben dazu geführt, daß dieser Mangel heute im Gewerbe besteht, und es ist daher nur äußerst notwendig, daß wir uns bemühen, von der öffentlichen Hand aus dafür zu sorgen, daß diese Lücken in irgendeiner Form ausgefüllt werden. Ich will ganz kurz auf ein Bestreben hinweisen, das unseres Erachtens dazu dienen kann, daß ein merklicher Fortschritt in der Hebung der gewerblichen Ausbildung erfolgt. Von Herrn Abgeordneten Kaindl wurde schon erwähnt, daß der Plan besteht, in Stockerau eine Landesberufsschule zu errichten. Dort steht in einem wunderschönen Park ein prächtiges Haus, seinerzeit als Internat für Mittelschüler errichtet, das nach einer sehr abwechslungsreichen Vergangenheit jetzt leer steht und geradezu einladend dafür ist, um dort wieder ein Internat zu errichten. Wenn man nicht wieder auf die Errichtung eines Internates für Schüler des allgemeinen Wissens zurückgreifen will, so liegt das im Zug der Zeit, weil wir eben das Fachwissen in den Vordergrund stellen müssen. Dieses Haus wäre dazu geeignet, ein Internat und eine entsprechende Fachschule zu errichten. Die in Stockerau schon bestehende gewerbliche Fortbildungsschule kann ohne weiteres ausgebaut werden. Wenn wir die notwendigen Baumaterialien bekommen, wird das noch in diesem Jahr geschehen. Es wäre möglich, dort Lehrlinge verschiedener Splitterberufe, die bisher nur in allgemein gewerblichen Klassen untergebracht sind, internatsmäßig zusammenzufassen und



ihnen, ähnlich wie in Waldegg, in zweimonatlichen Kursen eine wirkliche fachliche Ausbildung zuteil werden zu lassen. Wir denken daran, daß beispielsweise die Rauchfänger, die Tapezierer und die Elektriker eine intensive fachliche Ausbildung unbedingt brauchen; sie können aber diese Ausbildung nur erreichen, wenn sie sich in ausgesprochenen Fachschulklassen, die turnusweise geführt werden, dieses Wissen aneignen. In den allgemein gewerblichen Schulklassen geht aber die fachliche Ausbildung vollkommen unter. Wenn es zur Errichtung dieser Fortbildungsschule in Stockerau könnte, würden wir wirklich über das Reden hinaus etwas Bleibendes schaffen, aus dem auch die Wirtschaft Nutzen ziehen könnte. Unser Ersuchen geht daher dahin, daß aus dem Wiederaufbauetat und aus dem außerordentlichen Voranschlag Mittel bereitgestellt werden, damit es möglich wird, noch vor Beginn des Schuljahres 1947/48 das Schulgebäude so weit instand zu setzen, daß mit dem Unterricht dort begonnen werden kann. Wir könnten dann unter den 11.500 gewerblichen Lehrlingen, die bei Eröffnung des vergangenen Schuljahres schon in den gewerblichen Schulen gewesen sind, für jene, die eine spezialfachliche Ausbildung brauchen, die hierfür notwendigen Voraussetzungen schaffen, damit wir über das Reden hinaus einmal zu praktischer Arbeit kommen. *(Beifall links.)*

Abg. Dr. STEINGÖTTER: Hohes Haus! Namhafte Pädagogen haben schon zu Beginn des jetzigen Jahrhunderts darauf hingewiesen, daß man in der Schule auf die Mitarbeit der Ärzte nicht verzichten kann. Mit einigen Ausnahmen wurde der schulärztliche Dienst in Österreich erst vom Jahre 1918/19 eingeführt und er ist, wie so viele andere wertvolle Einrichtungen, während der Zeit des Nationalsozialismus nicht entsprechend gewürdigt worden. Es wird aber jetzt wieder damit begonnen. Hinderlich ist nur der Umstand, daß es eigentlich den Gemeinden anheimgestellt ist, ob sie diesen schulärztlichen Dienst einführen und es wird sich daher wahrscheinlich die Landesregierung künftig damit zu beschäftigen haben, daß ein gewisser Zwang zum schulärztlichen Dienst besteht, damit dieser auch in den kleinsten Gemeinden zur Durchführung kommt. Für diesen schulärztlichen Dienst sind hauptsächlich die Amtsärzte, die Gemeindeärzte, in größeren Städten Kinderärzte und auch erfahrene praktische Ärzte zu verwenden. Es sei mir gestattet, einiges über den schulärztlichen Dienst anzuführen, um die Öffentlichkeit auf seine Wichtigkeit aufmerksam zu machen. Vor allem hat sich der Schularzt selbstverständlich

über den Ernährungszustand der Schüler weit mehr denn je zu unterrichten, aber auch der Grad der Körperpflege muß bei den schulärztlichen Untersuchungen festgestellt werden. Denken wir doch daran, daß in den meisten Haushalten seit acht Jahren schon keine ordentliche Seife mehr vorhanden ist, weder für die Reinigung der Wäsche, noch für die Reinigung des Körpers. Gar oft müssen die Schulärzte feststellen, daß Kinder zur Untersuchung kommen, die wochen-, ja monatelang an ansteckenden Hautkrankheiten leiden und daß die ganze Familie mittlerweile angesteckt wurde. Die Eltern haben dem Umstand, daß sich die Kinder kratzen, keine besondere Bedeutung beigemessen und erst bei der schulärztlichen Untersuchung kommt heraus, daß da ein Zustand vorhanden ist, der bei richtiger Behandlung in drei bis vier Tagen im Spital zu beheben gewesen wäre.

Wichtig ist die schulärztliche Untersuchung hauptsächlich bei jenen Kindern, die an der englischen Krankheit, der Rachitis, gelitten haben und bei denen sich hauptsächlich im Knochensystem die Folgen dieser englischen Krankheit bemerkbar machen. Es ist daher wichtig, daß rechtzeitig auch geringfügige Verkrümmungen der Wirbelsäule von den Ärzten festgestellt und die Lehrer darauf aufmerksam gemacht werden, bei diesen Kindern im Turnen jene Übungen zu bevorzugen, von denen wir wissen, daß sie, entsprechend angewendet, viel mehr bewirken können, als früher die Mieder und alle anderen orthopädischen Apparate. Ich selbst weiß aus der Zeit, wo ich assentiert habe, wie groß oft der Unterschied zwischen den Männern aus Industriegegenden und den Männern des Bauernstandes war, von welchen letzteren man annahm, daß sie infolge der besseren Möglichkeit ihrer Ernährung körperlich viel besser aussehen würden, als die Söhne der Arbeiter. Vielfach war bei diesen Assentierungen aber das Gegenteil anzutreffen, weil eben in den einklassigen Schulen auf dem Lande nicht darauf Bedacht genommen werden konnte, im Bodenturnen und durch sonstige orthopädischen Übungen die Folgen der rachitischen Krankheiten wieder gut zu machen. Besonders gilt dies bei einer Folge der Rachitis, den Zahnkrankheiten und dem sonstigen Zahnmangel der Jugend. Da wissen wir, daß bei der Jugend aus den Städten hier oft viel bessere Gebisse vorhanden sind als bei der Jugend des flachen Landes. Die Zahnmängel hängen vielfach, das wissen wir, mit der Beschaffenheit des Brotes zusammen. Wir wissen, daß das sogenannte Vollkornbrot in Bezug auf die Zahnbildung und Erhaltung eines gesunden Gebisses viel besser ist, als alle die Brotarten, die heute geboten werden.

Der Zustand der Zähne bei unseren Kindern ist wirklich bejammernswert und es ist daher wichtig, daß die größeren Gemeinden, wenn sie die entsprechenden Mittel haben, selbst an die Errichtung von Schulzahnkliniken schreiten und daß für die Dorfgemeinden, wo eben die Mittel nicht vorhanden sind, später einmal die Landesregierung trachten wird müssen, fahrbare Schulzahnkliniken anzuschaffen, mit denen es möglich ist, bis in den letzten Weiler hinaus zu gelangen und dort etappenweise die Gebisse unserer Landjugend zu sanieren.

Wichtig sind auch die schulärztlichen Untersuchungen zur möglichst frühen Feststellung der Seh- und Gehörschäden. Es wird die Lehrer immer befriedigen, wenn sie rechtzeitig aufmerksam gemacht werden, daß es nicht nur notwendig ist, dieses oder jenes Kind in den vorderen Bankreihen unterzubringen, sondern daß die Eltern darauf hingewiesen werden, möglichst frühzeitig für das Kind Brillen anzuschaffen. Wir wissen auch, was selbst bei Schielkindern oft die rechtzeitige Brillenverschreibung alles bewirken kann.

Bezüglich der Erbkrankheiten sind die schulärztlichen Untersuchungen auch von einer ungeheuren Wichtigkeit. Es ist schon darüber gesprochen worden, daß wir leider eine ungeheure Verbreitung der Geschlechtskrankheiten zu verzeichnen haben und da ist besonders bemerkenswert, daß wir im Jahre 1945, wo der größte Anfall der Geschlechtskrankheiten war, ein Verhältnis zwischen Gonorrhoe, dem Tripper, und der Syphilis von 9:1 feststellen konnten. Dieses Verhältnis hat sich im Jahre 1946 auf 3:1 verschlechtert, d. h. es kommt bereits auf drei Tripperfälle ein Luesfall und wir Ärzte befürchten, daß sich dieses Verhältnis im Jahre 1947 auf 1:1 stellen wird, so daß also unter je zwei Geschlechtskrankheiten, die wir feststellen können, sich ein Tripper- und ein Syphilisfall befinden. Wir müssen deshalb wirklich daran denken, daß wir bei all den Fällen, wo wir nicht rechtzeitig einschreiten konnten, in einigen Jahren auf Grund der schulärztlichen Untersuchungen Erbsyphilis in viel höherem Grade werden feststellen können, als dies bisher der Fall war.

Schließlich spielen überhaupt unter den Erbkrankheiten jene Formen der geistigen Debilität und Demenz eine große Rolle, die in der Schule oft eine unliebsame Rolle im Unterricht darstellen, deren rechtzeitige Erkenntnis es aber ermöglicht, die Kinder, wo noch Hoffnung auf Besserung vorhanden ist, wenigstens rechtzeitig in Hilfsschulen abzugeben.

Eine große Rolle spielt die schulärztliche Untersuchung bezüglich der rechtzeitigen Erkennung von beginnender Tuberkulose. Gerade

da sind die kleinsten Kinder gefährdet, weshalb grundsätzlich der schulärztliche Dienst schon im Kindergarten beginnen soll, damit es durch die bekannten Einreibungen mit Tuberkulin und durch Injektionen möglich ist, rechtzeitig den Beginn der Tuberkulose festzustellen.

Aber auch andere Organkrankheiten, die auf die Intelligenz der Kinder ungünstig einwirken, können durch entsprechende schulärztliche Untersuchung rechtzeitig festgestellt werden. Es ist ein besonderes Verdienst des berühmten Arztes Wagner von Jauregg, der auf die Verbreitung der Kropfkrankheiten hingewiesen hat. Auch wir in Niederösterreich haben einige Gegenden, die durch eine Häufung der Kropfkrankheiten bekannt sind, und auch da werden wir durch die schulärztliche Untersuchung rechtzeitig die Fälle herausgreifen können. Wir wissen auch, daß manchmal Kinder, mit denen der Lehrer gar nichts anfangen kann, plötzlich wie verwandelt sind, wenn man ihnen die vergrößerten Rachen- oder Gaumenmandel herausnimmt. Die gründliche Abhaltung des schulärztlichen Dienstes wird sehr viele Vorteile den Lehrern und natürlich noch mehr den Schülern bringen. Der Gesundheitsbogen, der mit einem Kind von der ersten bis zur letzten Klasse mitwandert, ist eigentlich die Grundlage für den späteren Gesundheitspaß, den sich ja eigentlich die gesamte Bevölkerung einmal anschaffen sollte. Jeder soll bei sich schließlich einmal ein Buch tragen, dessen Eintragungen es bei Krankheitsfällen dem untersuchenden Arzt möglich machen, förmlich aus der Vergangenheit des betreffenden Kranken herauszubekommen, wo er mehr oder minder gefährdet ist.

Wichtig ist die schulärztliche Untersuchung aber besonders bei den Schulentlassenen. Bei diesen ist sie gleichzeitig mit einer ärztlichen Eignungsprüfung für den zukünftigen Beruf und, was besonders jetzt von besonderer Wichtigkeit ist, mit einer entsprechenden sexuellen Aufklärung der Jungen zu verbinden. Diese sexuelle Aufklärung ist mehr denn je notwendig, nicht nur in der Stadt, sondern ebenso auf dem Lande. Wir wissen ja, welchen Gefahren gerade heute auf diesem Gebiete die Jugend ausgesetzt ist. Wir müssen besonders auf dem Gebiete der Geschlechtskrankheiten dem Volke durch rücksichtslose offene Aufklärung zeigen, daß die Erwerbung von Geschlechtskrankheiten nicht eine Schande, sondern ein aus Unwissenheit zugestoßenes Pech ist. Wir müssen auch darüber Aufklärung schaffen, daß die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten ein Verbrechen ist. Darum kann nicht früh genug auf diesem heiklen Gebiete eingegriffen werden. Wer ist dazu mehr geeignet, als der Arzt und bei Mädchen die Ärztin, damit unsere jungen

Menschen, wie es in dem Film „Schleichendes Gift“ zum Ausdruck kommt, von diesen Gefahren rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden.

Damit glaube ich einmal in der Öffentlichkeit aufgezeigt zu haben, wie wichtig der schulärztliche Dienst ist. Ich bitte alle Abgeordneten in den Gemeinden draußen, wenn hier und da ein Bürgermeister aus finanziellen Bedenken nichts davon hören will, diesen auf die Wichtigkeit dieser Angelegenheit aufmerksam zu machen. Der Arzt wird in allen Fragen der Schule und der Erziehung neidlos den Vorrang den dazu berufenen Menschen, den Pädagogen, überlassen, mögen das nun Hochschüler oder nur erfahrene Lehrer einer einklassigen Schule sein, aber in den Fragen der Gesundheit der Jugend sind es die Ärzte, die mitzuarbeiten und mitzuhelfen haben, um die Jugend für den schweren Lebenskampf zu ertüchtigen und sie einmal so weit zu bringen, daß sie mit Freude an die Zeit der Schule zurückdenken, weil sie wissen, was sie ihr alles zu verdanken haben. (*Großer Beifall.*)

Abg. SIGMUND: Hohes Haus! Es haben schon einige Redner aufgezeigt, an welchen Mangel an Facharbeitern wir in unserem Lande leiden. Wir wissen, daß der Wiederaufbau nicht mit Baustoffen allein vor sich gehen kann, sondern daß er in erster Linie geeignete Facharbeiter verlangt. Wir müssen bedauerlicherweise feststellen, daß bereits Annoncen in den Zeitungen erscheinen müssen, welche fordern, daß für diese und jene Baustelle Facharbeiter benötigt werden. Wir wissen, daß in fachlicher Beziehung durch das Nazisystem große Lücken entstanden sind. Es ist bereits aufgezeigt worden, daß die Jugend, kaum aus der Schule heraus, in die HJ., in den Arbeitsdienst, dann hinaus an die Front mußte. Sie ist dann zurückgekehrt und hat kein Fach erlernt gehabt. Das wirkt sich natürlich jetzt bei den Wiederaufbauarbeiten nachteilig aus. Wir besitzen nur eine einzige Fachschule für das Eisen- und Stahlgewerbe in Waidhofen an der Ybbs. Diese Schule wurde im Jahre 1888 geschaffen und man kann wirklich sagen, es ist zu dieser Schule nichts mehr dazu gekommen. Ich habe erst vor kurzer Zeit Gelegenheit gehabt, dort die Lehrwerkstätte zu besichtigen und ich muß sagen, daß sie, da der Nachwuchs im Eisen- und Stahlgewerbe dringend und sehr groß ist, den heutigen Anforderungen nicht mehr entspricht. Im Jahre 1907 wurden für den theoretischen Unterricht zwei oder drei Räume der Realschule gemietet. Seit dieser Zeit hat sich bis jetzt an diesem Zustand nichts geändert. Es ist zwar im Jahre 1940 ein Projekt gemacht worden, um für diese Fachschule ein Gebäude zu errichten, aber es ist leider nur beim Projekt geblieben

und auch bis heute ist nichts gemacht worden. Es besteht nun die Gefahr, daß die Räume, die sich in dem Gebäude, das der Gemeinde Waidhofen gehört, befinden und wo heute der theoretische Unterricht der Schule erfolgt, wieder von der Gemeinde beansprucht werden. Ich möchte ganz besonders erwähnen, daß der Andrang zu dieser Schule sehr groß ist, besonders aus den umliegenden Bezirken möchten die Eltern gerne ihre Kinder in diese Fachschule geben. Der bestehende Mangel muß daher gehoben werden. Es wäre auch wünschenswert, daß dort ein Internat geschaffen wird, denn es ist für die Eltern schwer, die Kinder in diese Schule zu schicken, weil einerseits die Verkehrsverhältnisse heute sehr schwierig sind und andererseits die Eltern meistens nicht die Mittel haben, die Kinder irgendwo privat unterzubringen. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß wir dort ein Internat schaffen. Ich weiß, man kann jetzt, wo unser Land so zerstört ist, nicht sofort daran gehen, eine neue Schule zu errichten. Eine Möglichkeit besteht aber, nämlich dadurch, daß das Schloß Rothschild in Waidhofen frei geworden ist. Dort wäre die Möglichkeit, die Fachschule und auch das Internat unterzubringen. Die Räume sind dort sehr groß und wir könnten so das bestehende Übel abschaffen. Die Lehrwerkstätte ist derzeit ganz in der Nähe der Ybbs gelegen und daher durch Hochwasser gefährdet. Die Maschinen stehen heute auf einem so schlechten Fundament, daß keine präzise Arbeit geleistet werden kann.

Wenn die Möglichkeit besteht, das Schloß Rothschild für diesen Zweck zu bekommen, so müßte die gesamte Schule, die von großer Wichtigkeit für unsere Facharbeiter ist, dort untergebracht werden. Außerdem wäre noch eine wichtige Personalangelegenheit zu erledigen. In der Werkstätte sind nämlich 14 Arbeiter beschäftigt, die bis heute noch keine Teuerungszulage haben. Es ist auch ein provisorischer Hilfslehrer dort, der seit dem Vorjahr nur einen Vorschuß auf seine Bezüge bekommt. Es wäre daher notwendig, daß auch in dieser Angelegenheit Abhilfe geschaffen wird.

Es ist auch ein Stellenplan vorgesehen. Ein Werkstättenleiter und fünf Lehrerposten sollen besetzt werden. Ich bitte, auch das durchzuführen.

Über den Nachwuchs und die Erziehung unserer Jugend im allgemeinen ist heute schon beim Kapitel „Schule“ gesprochen worden. Den bestehenden Facharbeitenmangel aber können wir teilweise dadurch beheben, daß wir die Schule in Waidhofen weitgehend unterstützen. Vielleicht wird auch die Möglichkeit bestehen, jene Kinder, die ihren Vater verloren haben und die Lust und Liebe haben, ein Fach zu erlernen,

mit Stipendien zu unterstützen. So soll die Schule in Waidhofen an der Ybbs, die weit über den Bezirk hinaus bekannt ist, wieder der Stolz der Eisenwurzen sein. (*Beifall links.*)

Abg. ZACH: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist im Leben der Menschen oft so, daß sich Prophezeiungen im Leben selten erfüllen und viele Vorsätze wohl gefaßt, aber selten ausgeführt werden. Die Prophezeiung, daß es beim Kapitel „Schule“ hitzig hergehen wird, hat sich jedenfalls nicht erfüllt. Der Vorschlag, die Debatte zu diesem Kapitel kurz zu machen, hat sich auch nicht erfüllt. Kaum bin ich aber aufgestanden, wird es lebendig. Je mehr man zur Vorsicht mahnt, desto schlechter wird es. Man muß selbst die Vorsicht üben.

Die Tatsache, daß es zu keiner Erhitzung gekommen ist, ist auch ein Beweis dafür, daß es bei uns in vielen Dingen besser geworden ist. Das kann man nicht oft genug feststellen. Eine Broschüre, die man nicht nur gelesen, sondern auch studiert und durchdacht haben muß, soll man nicht in den Mittelpunkt der Erörterung im Hause stellen. Was heute von meinem sehr verehrten Kollegen Vesely vorgetragen wurde, ist vielleicht eine ungewollte Propaganda. Ich sage Ihnen (*zur linken Seite gewendet*): Sie haben ein großes Ziel der Erziehung vor Augen und diesbezüglich hat gerade Kollege Vesely im vorigen Jahre folgenden Satz geprägt: „Auch wir wissen, daß sich unsere Forderungen auf dem Gebiete der Schule und des Erziehungswesens nicht in der nächsten Zukunft verwirklichen lassen werden.“ Vielleicht gibt es auch auf der anderen Seite Menschen, die auf weite Sicht planen und die Grundsätze ihrer Weltanschauung jetzt schon festlegen und dem Volke zur Überlegung vorlegen. Es ist richtig, daß die Schulfrage nicht vom Volk draußen gelöst werden soll und kann. Richtig ist aber auch, daß das Volk, nämlich die Eltern der Kinder, auf die endgültige Gestaltung des Schul- und Erziehungswesens einen bestimmenden, das heißt den wichtigsten Einfluß haben sollen, denn es entspricht dem Wesen der Demokratie, daß die Hauptbeteiligten an einer Sache das Hauptmitspracherecht haben sollen. Ich spreche hier zu dieser Sache auch als Beteiligter, nämlich als Vater von sechs Kindern. Ich habe mich von jeher, auch in der Nazizeit, mit allen Mitteln dagegen gewehrt, daß in die Kinder ein Geist hineinverpflanzt wird, der meiner Lebens- und Weltanschauung widerspricht, auch auf die Gefahr hin, daß den Kindern ein Leid zugefügt wird. Das wirkt gerade auf diesem Gebiete oft leicht läuternd und zielgebend. Daher sage ich, man muß auch uns das Recht zubilligen, daß wir nach den tiefsten Ursachen der jetzigen Weltkatastrophe schürfen. Vielleicht ist die Ge-

spaltenheit der Charaktere der Menschen, ohne daß sie sich dessen bewußt werden, die letzte Ursache dieser Katastrophe. Vielleicht wird uns in ganz fürchterlicher Weise das alte Bibelwort vor Augen geführt, wenn es auch nicht gerne gehört wird, wo es heißt: „Was nicht heiß und nicht kalt ist, sondern nur lau ist, wird ausgespieden werden.“ Daher sage ich, Gottlob daß es auf dieser Welt wieder Weltanschauungen gibt und daß nach dieser Weltanschauung nicht nur gelebt, sondern auch gehandelt wird. Ich kann mir vorstellen, daß ein Gegner eine ganz andere Weltanschauung hat als ich. Wenn er sich nach einer anderen Überzeugung eine Weltanschauung geformt hat, dann ist er ein ganzer Mensch. Daher glaube ich, daß es nicht schlecht sein kann, wenn ein Katholik sagt, wir Katholiken wollen unsere Kinder nach katholischen Grundsätzen erziehen und unterrichtet wissen. Wenn es daher zu dieser Auseinandersetzung einmal kommen wird, so sage ich Ihnen, Herr Kollege Vesely, es wäre für uns viel zu wenig, vom Staat nur eine Subvention für eine Schule zu verlangen, wo die Kinder nach unseren Grundsätzen unterrichtet werden, genau wie ich Ihnen das Recht zubillige, eine Schule nach ihren Grundsätzen auch vom Staat unterhalten zu lassen. (*Widerspruch links.*)

Weiter kann man nicht sagen, man legt größten Wert auf die Organisation der Schule. Die Organisation der Schule ist wohl erstrebenswert, aber nicht das wichtigste. Mir ist es viel lieber, Kinder besuchen eine zwei- oder dreiklassige Schule und werden nach einer nach einheitlichen Grundsätzen ausgerichteten Art und Weise erzogen und unterrichtet, als sie besuchen eine höhere Schule und werden nicht zu richtigen Charakteren herangebildet. Das sind aber Gedanken, die einer langen Ausführung bedürfen. Ich will sie heute nur andeuten. Ich will, daß meine Kinder mit diesen Grundsätzen vertraut werden; wenn Sie aber einen anderen Weg gehen, dann ist es selbstverständlich Ihre Sache. Wir fühlen uns eben vor Gott und den Menschen dafür verantwortlich, daß unseren Kindern jene Erziehung zuteil wird, die wir für die richtige halten. Das Richtige wird sich niemals ganz finden lassen, aber die Privatschulen schon von vornherein ablehnen, hieße in die Urrechte der Eltern eingreifen. Ich kann nicht glauben, daß von gewisser Seite die Privatschulen deshalb abgelehnt werden, weil sie eine unerhörte Anziehungskraft auch für gegnerische Eltern und Schüler von jeher ausgeübt hat. Das ist eine Tatsache. Ich weiß, daß in meiner Heimatstadt in die Privatschule Kinder auch von Eltern, die mit uns schon gar nichts zu tun haben wollen, geschickt werden,

weil sie eben dort ihre Kinder am besten aufgehoben glauben.

Das sind nur einige grundsätzliche Erwägungen. Ich sage aber noch eines: Jeden Zwang, auch den geringsten Zwang von der empfindsamen Jugend fernhalten! Wenn ein Lehrer glaubt, er muß diesen oder jenen Zweig des Unterrichtes nach seiner Überzeugung gestalten, so wird er in einen Gewissenskonflikt kommen, da er sich sagen muß, hier sitzen auch Kinder, die religiös anders eingestellt sind. Es ist ein großer Irrtum, daß das jetzt verlangt wird. Wissen wir nicht, daß wir in Österreich auch evangelische Privatschulen in großer Zahl gehabt haben, die geduldet, anerkannt und sogar von katholischen Kindern gerne besucht wurden? Wenn ich das demokratische Prinzip will, muß ich es auch auf dem Gebiete der Schule wollen. So wird, wie ich hoffe, sich das Schulwesen zum Prüfstein der Demokratie gestalten. Vielleicht haben wir noch einige Jahre Gesundheit und Kraft, um für diese Idee werben zu können. Der Herr Abgeordnete Vesely hat auf einem anderen Gebiet gesagt, es ist nicht demokratisch, wenn irgendeine Gruppe mit viel weniger Stimmen, gleiche Rechte beansprucht. So darf es auch auf dem Gebiete der Schule nicht sein. Auch hier werden wir der Demokratie hundertprozentig, wenn es von uns abhängt, zum Durchbruch verhelfen. Wir wissen, daß es eine ungesunde Erscheinung ist, wenn der Kampf auf kulturpolitischem Gebiet zu hoch geht. Wie auf allen Gebieten des menschlichen Lebens ist es auch auf demokratischem Gebiete so, daß manche Dinge sehr bekämpft werden. So wie das Reichsvollksschulgesetz wird vielleicht auch das neue Schulgesetz von beiden Seiten begrüßt werden, wenn das Erziehungs- und Unterrichtsergebnis dieser und jener Richtung wirklich einmal gezeigt und gegenübergestellt werden.

Herr Abgeordneter Vesely, Sie sind gegen die Lehrerakademie. Ich kann Ihnen das nachfühlen, aber Sie sagen auch, wir haben sonst keine Berufsschule. Unser Schulwesen deutet zumindest das Berufsschulwesen an, denn die Gymnasien sind die Vorbereitungsschulen für die rein humanistischen Studien, die Realschulen zum Großteil die Vorbereitungsschulen für die technische Hochschule, die Handelsakademien die Vorbereitungsschulen für die Exportakademie und die Lehrerakademie soll eben auch eine Berufsschule im Sinne ihrer Bezeichnung sein. Meinetwegen können sich an die Studienjahre an der Lehrerakademie noch zwei Hochschulstudienjahre anreihen. Da habe ich nichts dagegen, damit dem Lehrer die volle akademische Ausbildung gewährleistet ist. Gerade der Lehrerberuf ist schon in der frühesten Jugend mit

zu erlernen. Wenn man sagt, falls einer ein Mittelschullehrer werden will, dann geht er einfach zwei Jahre auf die Hochschule, so sage ich, daß auf diese Weise das Durcheinander gerade auf diesem Gebiete noch viel größer werden würde, weil alle diejenigen, die mit Matura in irgendeinem anderen Beruf nicht unterkommen können, eben zum Lehrerberuf gehen würden. (*Zwischenruf links: Sicherungen!*) Sicherungen müssen wir auch einbauen, was die Lehrkräfte betrifft. Gerade auf dem Gebiet des Lehrberufes ist genau festzustellen, wieviele Lehrer in den nächsten zehn Jahren gebraucht werden. Auf keinem anderen Gebiet des öffentlichen Lebens ist es möglich, dies so genau festzustellen. Hier kann man wirklich planen und die Lehrerakademie so einrichten, daß wir nicht zuviel Lehrer produzieren, wenn ich diesen Ausdruck gebrauchen darf.

Es ist erfreulich, daß soviel für Stipendien sowie für Lehr- und Lernmittel, fast eine Verdopplung, vorgesehen ist. Wenn das so weitergeht, werden wir bald den Zustand erreicht haben, den Herr Abgeordneter Vesely wünscht, nämlich daß für die Erziehung, die eine öffentliche Frage ist, die Lehrmittel frei sein müssen, weil dadurch alles viel einheitlicher gestaltet wird und auch die Scheu wegfällt, daß die einen als Almosenempfänger auftreten müssen. Diesem Schlagwort muß entgegengetreten werden. Wir müssen uns vor einem geistigen Proletariat hüten. Wir wollen dazu beitragen, daß nicht zu viele studieren, sondern nur womöglich diejenigen, die wirklich begabt sind. Allen wirklich Begabten muß der Aufstieg gewährleistet werden. Dazu gibt es aber andere Möglichkeiten, als Stipendien zu geben.

Beim Fremdsprachenunterricht muß getrachtet werden, daß die Kinder von der frühesten Jugend an die Sprache wirklich sprechen und nicht nur lesen und verstehen lernen. Wir müssen trachten, daß die Kinder von der frühesten Jugend an ins Ausland kommen, was im Wege des Austausches oder im Wege von Stipendien möglich wäre. Ebenso soll den Kindern schon im Kindergarten, wo sie zum plappern anfangen, eine lebende Fremdsprache beigebracht werden. Wir müssen soweit kommen, daß wir Mittler zwischen Ost und West und zum Umschlagplatz in Europa auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete werden. Zu diesem Zweck ist unter anderem aber notwendig, daß unsere Jugend Fremdsprachen nicht nur lernen, sondern auch sprechen können. Daher möchte ich die Anregung geben, im nächsten Voranschlag eine ansehnliche Summe einzusetzen, um Auslandsstipendien zu ermöglichen. Wenn wir uns von dem Alpdruck der bösen neun Jahre erholt haben und den Blick nach

vorwärts und oben wenden, wird, auch wenn wir es selbst nicht mehr erleben, so doch unsere Jugend einer herrlichen und schönen Zukunft in unserem Vaterlande entgegengehen. *(Beifall rechts.)*

Landeshauptmannstellvertreter POPP: Hoher Landtag! Wenn ich als verantwortlicher Referent für das Schulwesen in Niederösterreich Ihnen zum Abschluß der Diskussion über dieses Kapitel noch eine kurze Übersicht geben will und dabei auch auf die Ausführungen einzelner Redner reflektieren werde, so möchte ich mich zunächst einmal den Ausführungen des Redners der ÖVP., des Herrn Abgeordneten Kaindl, anschließen, der einleitend sein Bedauern darüber ausgesprochen hat, daß wir, trotzdem schon zwei Jahre ins Land gezogen sind, noch immer keine gesetzliche Regelung auf dem Gebiet des Schulwesens haben. Ich darf daher im Namen, wie ich glaube, der Sprecher aller Parteien an den Herrn Unterrichtsminister den Appell richten, daß die Vorarbeiten zur Durchführung der Schulgesetze so rasch weiterschreiten sollen, daß wir wenigstens im kommenden Schuljahr zu einer geordneten gesetzlichen Regelung kommen. Es ist nicht recht zu verstehen, wenn auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Sozialpolitik usw. bereits eine Reihe von grundlegenden Gesetzen im Nationalrat beschlossen wurde, daß nicht auch das gleiche auf dem Gebiet der Schulgesetzgebung durchgeführt werden könnte. Die Tatsache, daß wir hier keine gesetzliche Regelung haben, ist, wie ich schon im Finanzausschuß ausgeführt habe, die Quelle mancher Unzulänglichkeiten auf dem Gebiet des niederösterreichischen Schulwesens. Als Schulreferent bedaure ich es, daß unser hier im Landtag vor einem Jahr beschlossenes Schulaufsichtsgesetz nicht in Kraft getreten ist. Als Schulreferent wäre es mir weitaus lieber, wir hätten bereits demokratische Schulverwaltungskörperschaften, angefangen vom Ortsschulrat über den Bezirksschulrat zum Landesschulrat, wo gewiß auch eine Demokratisierung notwendig wäre. Das trifft auch auf andere Schulgebiete zu, wie z. B. auf dem Gebiet der Schulerhaltung, der Schulrichtung usw. Ich hoffe, daß wir bei der nächsten Budgetberatung das Gesetz schon haben werden.

Ich werde mir erlauben, am Schluß meiner Ausführungen einige Gedanken dazu zu sagen, ohne in den Fehler verfallen zu wollen, eine große schulprogrammatische Erörterung hier vom Stapel zu lassen. Ich bin nämlich der Meinung, daß es nicht sehr nützlich ist, eine Broschüre zu agitatorischen Zwecken hinauszugeben, gleichgültig, ob es nun diese

oder jene ist. Ich bin vielmehr der Meinung, daß zur Erörterung von Schulangelegenheiten zunächst Fachmänner berufen sind, gleichgültig, von wo immer sie kommen mögen, ob aus den Reihen der ÖVP. oder der SPÖ. oder ob etwa unter den Fachmännern gar ein Kommunist sein sollte. Ich bin also der Ansicht, daß man es zunächst den ruhigen sachlichen Beratungen überlassen sollte, bevor man, nur an das Gefühl pochend, große Reden hält und die fachlichen Unterlagen dabei aber vernachlässigt. Wir werden uns also darüber auseinanderzusetzen haben und wir werden dabei sehen, daß es Aufgabe der gewählten Vertreter des Volkes ist, auch die Elternrechte zu vertreten, denn schließlich haben uns auch die Eltern der Schulkinder in die parlamentarischen Körperschaften des Landtages und Nationalrates gewählt. Wenn Herr Abgeordneter Zach hier im Landtag oder seine Freunde drüben im Nationalrat reden, so hoffe ich, daß sie im Namen der Elternschaft zu sprechen und deren Rechte zu vertreten befugt sind. Wir werden im Namen jener sprechen, deren Rechte wir zu vertreten haben und sie können dessen gewiß sein, daß die Verhandlungen von uns in entsprechender Weise geführt werden.

In Ergänzung dessen, was einige Herren hier an Daten auf dem Gebiet des jetzigen Standes des Schulwesens gebracht haben, möchte ich Ihnen einiges sagen. Herr Abgeordneter Kaindl war es, der angeführt hat, daß wir insgesamt 1327 öffentliche Pflichtschulen haben, davon 145 Hauptschulen, und daß die Zahl der schulbesuchenden Kinder etwas über 157.000 beträgt. Dazu kommen noch sieben Hilfsschulen.

Der Klassendurchschnitt von 43 Schülern in der Volksschule und von 34 Schülern in der Hauptschule wäre nicht überragend schlecht.

Wir haben in Niederösterreich 1327 Pflichtschulen und 7 Hilfsschulen, wie ich bereits gesagt habe. Außerdem haben wir noch 22 Privatschulen, darunter 13 Volksschulen, 8 Hauptschulen und 1 Hilfsschule, alle zusammen mit 78 Klassen und 2630 Kindern. Das ist im Verhältnis zu den öffentlichen Schulen eine wahrhaftig geringe Zahl. Diese Privatschulen sind in einigen Orten geschaffen worden, wo z. B. ein Orden ein besonderes Interesse daran hatte. Ich glaube, wenn nicht aus anderen Gründen das Privatschulwesen forciert werden sollte, wird es absolut keine Konkurrenz gegenüber dem öffentlichen Schulwesen sein. Was Herr Abg. Zach meint, daß ihm nämlich unter Umständen eine dreiklassige Schule lieber sei als eine höherorgani-

sierte Schule, würde ich nicht unterschreiben. Das ist außerordentlich bedingt auszusprechen.

Wenn die öffentliche Schule auf Grund der Gesetzgebung des Staates, in dem drei demokratische Parteien vertreten sind, so gestaltet wird, daß sie der Erziehung unserer Kinder, weiters den demokratischen Erfordernissen dieses Staates und schließlich den Interessen der Glaubens- und Gewissensfreiheit Rechnung trägt, dann wüßte ich nicht, welche Argumente man gegen die öffentliche Schule einwenden könnte. Wenn durch die öffentliche Schulgesetzgebung und durch die öffentliche Schule das erwähnte Erziehungsideal tatsächlich gewährleistet ist, dann muß man wohl die Schlußfolgerung ziehen, wer darüber hinaus mehr will, muß dies auf seine eigenen Kosten tun, denn dieses Mehr kann nicht auf Kosten des Staates gehen, wenn der Staat ohnehin gegenüber den Eltern und der Schülerschaft seine Pflicht erfüllt.

Einige Worte noch zu den Personallasten, die bei uns nicht das Land, sondern der Bund zu tragen hat. Ich unterschreibe absolut die Beschwerden, die von den Herren Abgeordneten hier bezüglich der Liquidierung der Bezüge und Pensionen vorgebracht wurden. Sie sind vom Herrn Abg. Kaindl und auch von Sprechern der sozialistischen Fraktion erhoben worden. Es ist tatsächlich so. Ich als Referent bin aber nicht damit befaßt. Ich habe weder die Bezüge anzuweisen noch die Pensionen — das möchte ich eindeutig feststellen —, diese Angelegenheit fällt nicht in mein Ressort und auch nicht in das des Finanzreferates, sondern hierfür ist die Zentralbesoldungsstelle zuständig. Ob ein einfacher Appell des Niederösterreichischen Landtages etwas nützen wird, nachdem immer und immer wieder interveniert wird, weiß ich nicht. Auch beim Landesschulrat ist das schon geschehen und wenn man sich an mich wendet, interveniere ich auch bei den zuständigen Stellen. Ich überlege, ob es nicht zweckmäßiger wäre, wenn die Niederösterreichische Landesregierung Schritte unternähme, daß im Land selbst eine Besoldungsstelle für die niederösterreichischen Lehrer geschaffen werden würde. Es wäre ohneweiters möglich, der Landesregierung im Pauschalverrechnungsweg entsprechende Beträge zur Verfügung zu stellen und die Liquidierung hier vorzunehmen, die früher immer klaglos funktioniert hat. Ich hoffe, daß es im Einvernehmen zwischen Landesregierung und Bundesregierung möglich sein wird — bleiben wird es ja doch bei der staatlichen Bezahlung der Lehrer —, die Liquidierung der Lehrerbezüge im angedeuteten Sinn durchzusetzen.

Es ist von den Herren Rednern auch auf das Verhältnis der einklassigen Schulen zur Gesamtschulzahl verwiesen worden. Auch ich bin der Meinung, daß bei der neuen Schulgesetzgebung die Frage der Sprengelschulen zu prüfen sein wird. Voraussetzung dazu wird allerdings sein, daß die Verkehrsmöglichkeiten darnach sind und daß für die Kinder, die einen Weg von mehreren Kilometern zu einer höherorganisierten Schule haben, Autobusse oder dergleichen zur Verfügung stehen, damit die Kinder in die höherorganisierte Schule gebracht werden können.

Viele Gemeinden — heute waren erst die Vertreter der Gemeinde Hainfeld bei mir — haben die Sorge des Wiederaufbaues ihrer zerstörten Schulen. Ich freue mich, daß der Finanzausschuß den Beschluß gefaßt hat, daß der Betrag, den wir im vorigen Jahr für diesen Zweck mit 200.000 S festgesetzt haben, heuer auf 500.000 S erhöht wird. Dadurch wird es möglich sein, nicht nur einzelne kleinere Schulbauvorhaben zu subventionieren, sondern es wird dadurch auch möglich sein, größere Schulbauten durchzuführen, wie es in St. Pölten und in Hainfeld der Fall sein wird. Dort wird für eine einzige Schule ein größerer Betrag gegeben werden müssen, der über eine Million Schilling ausmachen wird. Eine solche Subvention kann freilich das Land nicht geben. Wir können uns da nur so behelfen, daß vom Land ein großer Teil des Zinsendienstes für von den Gemeinden aufzunehmende Darlehen übernommen wird. Ich will hoffen, daß späterhin durch die bundesgesetzliche Regelung auf dem Gebiet der Wohnbauförderung den Gemeinden auch Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie ihre eigenen Anstalten baulich instand setzen können. Die Beträge, die wir hier aufnehmen, sind nur als Überbrückungsmaßnahme gedacht.

Eine Hilfe für die Bezirke und Gemeinden ist auch der gegenüber dem Vorjahr erhöhte Betrag für die Lehr- und Lernmittel. Der Vorjahrskredit von 30.000 S ist wahrhaft eine geringe Summe gewesen, denn von diesem Betrag entfallen auf einen Bezirk nicht einmal 1500 S. Heuer ist dieser Betrag auf 100.000 S erhöht worden und es wird damit möglich sein, im Durchschnitt zirka 5000 S für einen Bezirk auszuwerfen. Ideal wäre die Unentgeltlichkeit der Lernmittel. Dies ist aber eine Sache der Gemeinden und sie wird nur von finanziell leistungsfähigen Gemeinden durchgeführt werden können.

Den Betrag für Stipendien haben wir auch erhöht.

Nur noch einige Daten zu den berufsbildenden Schulen. Einige Redner haben mit Recht auf das hier bestehende Mißverhältnis verwiesen. Wir haben z. B. in Niederösterreich an öffentlichen Mittelschulen 6 Gymnasien, 14 Realgymnasien, 3 Realschulen und 3 Lehrerbildungsanstalten, also insgesamt 26; dazu kommen noch 5 Privatschulen, mithin insgesamt 31 Schulen, also eine verhältnismäßig sehr hohe Zahl, mit 342 Klassen an den öffentlichen Schulen und 25 Klassen an den Privatschulen. Wenn wir hingegen die berufsbildenden Schulen anschauen, so haben wir nur 5 solche Schulen mit 19 Klassen. Da besteht schon ein Mißverhältnis zwischen den allgemeinbildenden Schulen und den berufsbildenden Schulen. An den kaufmännischen Schulen, 14 an der Zahl, haben wir eine Schülerzahl von 1849, während die technischen Berufsschulen nur 547 Schüler aufweisen. Hier haben wir ein doppeltes Mißverhältnis, einerseits gegenüber den allgemeinbildenden Schulen und andererseits gegenüber den kaufmännischen Schulen. Ich glaube, daß hier den wirtschaftlichen Notwendigkeiten hinsichtlich der kommenden Entwicklung absolut nicht Rechnung getragen wird.

Es muß daher auf diesem Gebiet eine Art Planung platzgreifen und ich hoffe, daß dies im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Schulwesens möglich sein wird.

Wir haben auch eigene Frauenschulen, und zwar eine Frauenberufsschule in Hollabrunn, die als Landesschule geführt wird, und drei städtische Frauenschulen und weiters sechs Privatfrauenschulen.

Unter den technischen Schulen ist vor allem die Fachschule für Eisen- und Stahlgewerbe in Waidhofen an der Ybbs zu erwähnen. Darüber hat der Herr Abg. Sigmund bereits gesprochen. Es wäre unser Wunsch, daß diese Schule, die technisch sehr hoch einzuschätzen ist, einerseits zur Erziehung unseres Nachwuchses dienen, andererseits eine gewerbefördernde Tätigkeit ausüben soll, und zwar durch die Beratung der dortigen Zeugschmiede und Werkzeugschlosser. Es wäre unser Wunsch, daß diese Schule entsprechend ausgestaltet wird. Außer einer modernen Lehrwerkstätte müßte dort ein eigenes Schülerheim errichtet werden. Wir sind zum Teil in einer Schule, welche die Gemeinde selbst braucht, nur zu Gast. Ich kenne die Verhandlungen auf diesem Gebiet schon seit zwei Jahrzehnten. Im alten Landtag ist schon der ehemalige Abgeordnete Scherbaum bei jeder Budgetberatung hier aufgetreten und hat für den Ausbau dieser Schule gesprochen. Ich hoffe, daß es mir nicht auch so gehen wird,

daß ich Jahrzehnte werde reden müssen, sondern daß es doch rascher dazu kommen wird.

Dringend wäre auch die Lösung der Schulfrage bezüglich der Frauenberufsschule in Hollabrunn. Diese war seinerzeit in Judenau untergebracht, dann ist sie verlegt worden, weil in Judenau ein deutsches Militärlazarett eingerichtet wurde, und nun ist sie dort unter Verhältnissen, die auf die Dauer unhaltbar sind. Die Schulräume sind durch Untermiete in der Wohnung des Direktors der Hauptschule untergebracht, ein an und für sich nicht sehr würdiger Zustand. Nachdem es sich um eine Frauenschule handelt, sollte man meinen, daß man dort wenigstens eine entsprechende Küche hätte, um den Kochunterricht erteilen zu können. Wir haben auch keinen entsprechenden Turnsaal zur Verfügung und sind einmal in der Hauptschule und dann wieder in einer anderen Schule zu Gast. Es wäre daher dringend notwendig, dieses Problem zu lösen. Meines Erachtens gibt es nur zwei Lösungsmöglichkeiten, entweder im Einvernehmen mit der Gemeinde für die Unterbringung der Schule ein anderes Objekt ausfindig zu machen — und es wäre ein solches vorhanden, wenn man sich dazu entschließen könnte — oder aber diese Frauenschule in eine andere Gemeinde verlegen, die das notwendige Interesse aufbringt und die notwendigen Räumlichkeiten zur Verfügung stellt. Im Voranschlag haben wir jedenfalls zum Ausbau dieser Frauenschule den Betrag von 100.000 S vorgesehen.

Erfreulich ist es, daß wir auf dem Gebiet des gewerblichen Fortbildungsschulwesens eine Weiterentwicklung zu verzeichnen haben. Wir haben jetzt 84 gewerbliche Fortbildungsschulen, allerdings sind 13 nicht in Betrieb, weil es an Lehrkräften mangelt. Einige Schulen, und zwar 9, haben eigene Schulgebäude, die übrigen sind hauptsächlich in öffentlichen Haupt- und Volksschulen untergebracht. Die Zahl der Schulklassen ist schon sehr beträchtlich gestiegen, und zwar von 295 im Schuljahre 1946 auf 445 im Schuljahre 1946/47. Auch die Zahl der Lehrwerkstätten nimmt zu. Während wir im vorigen Jahre 10 Schulen mit 49 Lehrwerkstätten hatten, haben wir heuer 18 Schulen mit 57 Lehrwerkstätten. Die Schülerzahl ist von rund 8000 auf über 11.000 gestiegen, wobei erfreulicherweise festgestellt werden kann, daß ein Zug zur Verfachlichung zu bemerken ist. Von der allgemeinen gewerblichen Schule zur Fachschule ist — das ist wichtig — eine leichte Besserung zu beobachten; es hat auch eine bessere Erfassung der Lehrlinge platzgegriffen.



Wir haben in der letzten Sitzung des Landtages den Beschluß gefaßt, eine eigene Landesberufsschule in Stockerau zu errichten. Ich hoffe, daß die Verwirklichung im heurigen Jahre gegeben sein wird. Wir haben darüber hinaus für das Berufsschulwesen den ziemlich namhaften Betrag von rund 600.000 S ausgeworfen, der hauptsächlich zum Wiederaufbau der gewerblichen Berufsschulen in Wiener Neustadt und Amstetten, die sehr schwer kriegsbeschädigt sind, dienen soll. Außerdem sollen die Lehrwerkstätten in St. Pölten, Amstetten, Mistelbach, Stockerau und Baden ergänzt und zum Teil modernisiert werden.

Aus diesen sehr kurzen Daten ersehen Sie, daß wir auch im heurigen Jahre ziemlich große Aufgaben vor uns haben werden. Ich erbitte mir hiezu die Zustimmung aller Abgeordneten des Niederösterreichischen Landtages ohne Unterschied der Partei. Ich erbitte mir hiezu auch die Zustimmung der Vertreter der Schulbehörden und der Lehrerschaft sowie der Inspektionsorgane und richte meinen besonders herzlichen Appell an den Herrn Finanzreferenten, er möge nicht nur ein gutes Herz, sondern wenn es notwendig ist, auch eine offene Kasse für die Notwendigkeiten der Schulen haben. Ich gebe gerne zu, daß er im heurigen Jahre viel aufgeschlossener war als im vorigen Jahre. Er hat es diesmal auch etwas leichter gehabt. Dazu scheint allerdings auch die Erziehung der Schulmeister einiges beigetragen zu haben (*Heiterkeit*).

Das Schwierigste ist, ob wir noch im heurigen Jahre zu einem Schulgesetz kommen. Gestatten Sie mir, daß ich hiezu zum Schluß noch eine Bemerkung mache. Die Schulgesetze werden im Parlament beschlossen. Ich selbst habe die Ehre, an diesen Beratungen, wohl nicht im Parlament, teilnehmen zu können. Es haben schon ein oder zwei Besprechungen der drei demokratischen Parteien stattgefunden, bei denen die ersten Grundsätze beraten wurden. Das Schulgesetz ist ein Verfassungsgesetz, es ist daher nicht möglich, daß eine Partei die andere Partei bei den gegebenen Verhältnissen niederstimmt oder überstimmt. Das kann heute und wahrscheinlich auch morgen nicht der Fall sein, es werden daher die in Österreich wirksamen demokratischen Kräfte die einigende gemeinsame Linie im Interesse der Erziehung unserer Kinder zwangsläufig finden müssen. Jeder, der übers Ziel schießt, erweist der Schule und letzten Endes unseren Kindern keinen guten Dienst. Wir sind für die Glaubens- und Gewissensfreiheit und für die Toleranz nach beiden Seiten. Diesen Grundsatz wollen wir gegenseitig hochhalten. Wir müssen, wenn wir zu einem guten Schulgesetz kommen wollen —

und ich glaube, wir Österreicher haben alle Ursache, darauf stolz zu sein, daß wir eine gute Schule hatten —, unseren Ehrgeiz darein setzen, auch in Zukunft diese gute Schule zu haben. Wenn wir das wollen, dann muß das Trennende zurück- und das Einigende vorangestellt werden, dann braucht uns um die Zukunft unserer Schule und unserer Kinder nicht bange zu sein. (*Lebhafter Beifall links.*)

3. PRÄSIDENT: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KUCHNER (*Schlußwort*): Zum Kapitel „Schulwesen“ wurden Anträge auf Abänderung der Ziffern des Budgets nicht gestellt. Ich bitte daher um die Annahme des Kapitels IV, Schulwesen, einschließlich der Ihnen von mir bereits bekanntgegebenen Änderungen dieses Voranschlages zu Kapitel IV, und zwar:

Titel 5 „Förderungsbeiträge zu Schulbauten und Schulinstandsetzungen“ Erhöhung von 200.000 S um 300.000 S auf 500.000 S,

Titel 6 „Förderungsbeiträge für Lehrmittel, Lehrer- und Schülerbüchereien“ Erhöhung von 30.000 S um 70.000 S auf 100.000 S,

Titel 7 „Förderungsbeitrag an die Landeslichtbildstelle für Wien und Niederösterreich“ Erhöhung von 15.000 S um 55.000 S auf 70.000 S,

Titel 8 „Stipendien für begabte Schüler“ Erhöhung von 110.000 S um 20.000 S auf 130.000 S.

Ich bitte, dieses Kapitel mit den vom Finanzausschuß beschlossenen Erhöhungen anzunehmen.

3. PRÄSIDENT (*Abstimmung über Kapitel IV in Erfordernis und Bedeckung einschließlich der hiezu vom Finanzausschuß beschlossenen Erhöhungen*): A n g e n o m m e n.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Ich bitte, dem Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Kaindl zu Kapitel IV die Zustimmung zu geben, welcher lautet (*liest*): „Die Landesregierung wird aufgefordert, die Gehaltsüberweisung an die niederösterreichische Lehrerschaft beim Zentralbesoldungsamt überprüfen zu lassen und dafür Sorge zu tragen, daß Lehrpersonen beim Übertritt in eine geänderte Gehaltsstufe zeitgerecht ihr Gehalt zugewiesen bekommen, wobei die Voraussetzung die Ausfolgung eines Gehaltsberechnungsblattes an die Lehrerschaft bildet.“

3. PRÄSIDENT (*Abstimmung über den Resolutionsantrag*): A n g e n o m m e n.

Ich ersuche den Herrn Referenten, zu Kapitel V „Kunst und Wissenschaft“ zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Zu Kapitel V „Kunst und Wissenschaft“ möchte ich nur die Zahlen angeben, die im Vorschlag enthalten sind. Ich möchte dazu nur erwähnen, daß hier eine kleine Umstellung zweier Titel vor sich gegangen ist, und zwar wurde im Finanzausschuß zu Titel 6 „Volksbildung“ eine Erhöhung von 10.000 S um 20.000 S auf 30.000 S, und bei Titel 7 „Sonstige Förderungsaktionen“ eine Herabsetzung von 145.000 S um 20.000 S auf 125.000 S vorgenommen, so daß praktisch eine Änderung der Endzahlen dieses Kapitels nicht eintritt. Das Kapitel weist somit eine Ausgabe von 603.000 S und eine Einnahme von 3000 S, somit eine Nettoausgabe von 600.000 S aus.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Beratungen zu diesem Kapitel einzuleiten.

3. PRÄSIDENT: Zum Wort gelangt Herr Abg. Kaindl.

Abg. KAINDL: Hoher Landtag! Es zeigt von dem großen Ernst und Kunstverständnis unserer Landesregierung, daß sie dem Kapitel V 600.000 S trotz der Notlage des Landes zugewiesen hat.

Was unser Landesmuseum anbelangt, so wissen Sie alle, daß es sehr schwer beschädigt worden ist, ebenso wie die Landesbibliothek. Nur weiß ich nicht, was sie mit diesen 15.000 S machen soll. Wenn die Not nicht so groß gewesen wäre, hätte man füglich einen höheren Betrag einsetzen müssen, um die durch die Naziindizierung der österreichischen Bücher verlorenen Bestände wieder wettzumachen.

Sie wissen, daß unsere Büchereien im Jahre 1938 von den Nazi sofort gesäubert wurden und daß jeder Gedanke, der an Humanität und an internationales Bewußtsein anstieß, hinaus mußte. Da sind einmal diese Bücher jetzt wieder zu ergänzen und darüber hinaus sind Neuanschaffungen für die Landesbibliothek notwendig, da ja die Zeit nicht stehen bleibt.

Auch das Landesarchiv hat durch die Verlagerungen manche Schäden erlitten und es wird notwendig sein, daß diese raschestens behoben werden, weil sonst wertvolle alte Bestände des Archivs verlorengehen würden.

Ich gestatte mir noch ein offenes Wort zur Denkmalpflege. Sie brauchen heute nur auf unseren Straßen zu fahren und da werden Sie mit Entsetzen feststellen müssen, wie der Vandalismus der Hitlerleute unsere alten Denkmäler sei es ein Marterl oder seien es Kreuze, die Kunstwert haben, einfach geköpft hat. Der Schrei nach Renovierung dieser zertrümmerten Kunstwerte müßte von allen gehört werden und die 10.000 S werden nur der Anfang sein, um die wichtigsten davon vor dem Untergang zu retten.

Zur Förderung des Musikwesens ist nicht viel zu sagen, weil wir erst vorgestern das niederösterreichische Tonkünstlerorchester in seiner ganzen Größe und Fülle hier gehört haben, das wunderbar gespielt hat. Es hat dank der Beweglichkeit des zuständigen Referenten auch einen Betrag von 150.000 S bekommen.

Der Betrag von 50.000 S dient nicht so sehr für die Förderung eines bestimmten Theaters, sondern er soll auch dazu dienen, daß unsere Laienspielgruppen auf dem flachen Lande draußen subventioniert und gefördert werden können. Hier muß wahre Kultur geschaffen werden. Was an Vorstadtkitsch draußen zu sehen ist und was an Plakaten vorkommt, ist ein wahrer Hohn für die Kunst. Ich war im vorigen Jahr in unserem Heim in Wallsee und dort haben wir uns den Kopf darüber zerbrochen, wie wir unsere Kunst fördern können. In der nächsten Umgebung war eine Tanz- und Attraktionsgruppe, und dorthin gehen die Leute! In den Dörfern draußen werden Sie in aufschreienden Plakaten den schlechtesten Vorstadtkitsch verzapft finden. Hier einzugreifen, wird eine Notwendigkeit sein. Das wird eine Aufgabe der Volksbildungsarbeit sein, auf die ich noch zu sprechen kommen werde.

Bei der Förderung der bildenden Künste erscheint es wichtig, daß man nur den wirklichen Künstlern die Möglichkeit des Fortkommens gibt. Wir haben in unserem Lande Künstler von Format und wir müssen durch entsprechende Anregungen auch neuen Künstlern die Möglichkeit des Schaffens geben. Von diesen 50.000 S könnte man ruhig 5000 S als Preise hinausgeben, die unsere Jugend zu künstlerischem Schaffen anregen soll. Ich, und vielleicht auch andere Herren, haben die Arbeiten gesehen, die 14jährige Buben und Mädchen in dieser Beziehung leisten. Die Jury, die gebildet wurde und bei der wirkliche Künstler vertreten waren, sind voll des Lobes über das, was hier geboten wird.

Ich bitte daher, daß das zuständige Referat diese Anregung aufgreift, und für die Jugend ein Preisausschreiben veranstaltet.

Was soll man zum Naturschutz sagen, wenn der Krieg über unser Land dahingerast ist? Hier vernünftig einzugreifen, ist nicht nur ein Gebot der Stunde, sondern auch eine zwingende Notwendigkeit, weil sonst wertvolle Bestände in der Natur einfach verschwinden.

Weitaus wichtiger erscheint mir aber das Kapitel „Volksbildung“. Sie gestatten, daß ich über das Volksbildungswesen in Niederösterreich einige Worte verliere.

Das Volksbildungswesen Niederösterreichs hat die Aufgabe, die volksbildnerischen und kul-

turellen Vereine und Einrichtungen sowie die Arbeitsgemeinschaften und Volkskunstgruppen, die nach 1945 wieder neu erstanden sind, zu beraten und zu fördern. In Niederösterreich, das auf dem Gebiete des Volksbildungswesens leider viel stärker als andere Bundesländer dem ungünstigen Einfluß der großstädtischen Zivilisation ausgesetzt ist, sind trotzdem wertvolle Ansätze zur Entfaltung einer bodenständigen Kultur vorhanden. Durch Förderung der ländlichen Kulturarbeit, durch Beratung und Unterstützung aller jener Gruppen, die sich mit Volksbildungsarbeit im allgemeinen und mit Volkstumspflege, wie Volkslied, Volkstanz, Volksmusik, Laienspiel, Sitte und Brauch sowie bäuerliche Volkskunst im besonderen befassen, werden wertvolle Voraussetzungen für eine bodenständige Kultur geschaffen, wodurch ein wertvolles Mittel zur Bekämpfung der gefährdenden Landflucht gegeben ist.

Ich habe im vorigen Jahre eine Anregung gegeben, leider bleibt es manchmal nur bei den Anregungen, aber wenn man sie oft genug bringt, wenden sie schließlich doch wahr. Die Steirer haben ihr Lied und singen es bei allen festlichen Anlässen, nämlich das Lied „Hoch vom Dachstein an“, die Oberösterreicher scheuen sich nicht, stolz ihren Stelzhamer in oberösterreichischer Mundart zu Worte kommen zu lassen. Warum soll nicht auch das niederösterreichische Lied gesungen werden? (*Zwischenruf links: Es muß ja nicht vom Kaindl sein!*) Das niederösterreichische Lied soll überall gesungen werden.

Sie sehen hier im Landhaus die Farben blau-gelb; diese unsere Fahnen sehen Sie aber nicht draußen in den Märkten und Städten, ja nicht einmal auf den landeseigenen Gebäuden, oder vielleicht nur sehr vereinzelt geißt.

Ich würde daher die Landesregierung bitten, daß sie eine Weisung hinausgibt, daß wenigstens auf den Gebäuden der Bezirkshauptmannschaften die niederösterreichische Flagge bei gegebenen Anlässen weht. Fahren Sie durch die Steiermark, dann werden Sie beobachten, daß selbst die Straßenpflocke grün-weiß gestrichen sind.

Aber auch in den industriellen Bevölkerungsschichten ist ein starkes Interesse für Volksbildungsfragen vorhanden, dem unbedingt Rechnung getragen werden muß. Die Förderung gerade dieser Kreise auf dem Gebiete des Volksbildungswesens durch finanzielle Unterstützung wäre sehr wünschenswert. Größere Heimattagungen, Kurse zur Förderung der Volkskunst sowie Wettbewerbe auf dem Gebiet der Volksmusik sollen die Grundlagen schaffen für eine in die Breite und Tiefe gehende

Volksbildungsarbeit auf dem Land und in der Stadt.

Um dieses großzügige Programm, dem von seiten der Bevölkerung aller Schichten großes Verständnis entgegengebracht wird, durchzuführen, ist die finanzielle Unterstützung durch die niederösterreichische Landesregierung notwendig.

Aus diesem Grunde ersucht das Volksbildungsreferat für Niederösterreich die hohe Landesregierung um Gewährung einer Subvention für 1947 in der Höhe von 10.000 S. Durch Gewährung dieser Subvention wäre die Möglichkeit gegeben, das Volksbildungswesen, das gerade im demokratischen Staate von so grundlegender Bedeutung ist, auf eine breite Basis zu stellen und außerdem das Land Niederösterreich zu einem der führenden Länder auf dem Gebiete des Volksbildungswesens zu machen.

Niederösterreich besaß in der Zeit vor 1938 die beachtliche Anzahl von 850 Büchereien. Sie wurden nach dem Verluste der Eigenstaatlichkeit Österreichs alle stillgelegt und nur ein kleiner Teil von ihnen erstand nach ausgiebiger Sichtung und völliger Umgestaltung in der Form von Gemeindebüchereien wieder. So gab es im März 1945 im gleichen Gebiet nur mehr 231. Von diesen konnten, wie eine Rundfrage der Büchereistelle für Niederösterreich ergab, im ersten Jahre nach der Wiedergeburt unseres Bundesstaates bloß 32 ihren Leihverkehr wieder aufnehmen, die anderen, rund 60 an der Zahl, waren entweder gänzlich vernichtet oder betriebsunfähig. Über die Zahl der Bände, die bei der Umgestaltung der Büchereien in den Jahren nach 1938 ausgeschieden wurden, liegen keine Zahlen vor. Es steht jedoch fest, daß der Ersatz, der für das eingezogene Schrifttum geboten wurde, beim Lesepublikum nicht den gewünschten Anklang fand, sich dieses vielmehr an das Altgewohnte hielt und somit die verbleibenden Bestände einer übermäßigen Abnützung ausgesetzt waren. 1945 mußten 20.955 Werke wegen ihres nationalsozialistischen Gehaltes entfernt werden, außerdem gerieten durch Zerstörung, Plünderungen oder Nichtrückgabe 33.777 Bände in Verlust. So war es möglich, daß — um nur ein Beispiel zu erwähnen — eine Bücherei wie die der Stadt Retz, deren Bestand im Jahre 1938 zirka 8000 Bände aufwies, nach dem Ablauf von sieben Jahren bloß 2175 Werke mehr umfaßte.

Für alle diese Verluste in Kürze Ersatz zu schaffen, ist schon rein technisch unmöglich. Wie aber soll dem Lesebedürfnis, das heute stärker denn je ist, da Kreise, die früher dem Buche fernstanden, ihm nach den Erlebnissen der letzten Jahre aufgeschlossener gegenüberstehen, sowie dem Umstande, daß heute ein

Kauf von Büchern für den Eigenbesitz bei den geltenden Buchpreisen nur selten in Frage kommt, Rechnung getragen werden? Wohl besteht in vielen Gemeinden der Wunsch nach Wiedererrichtung von Büchereien, aber sie erweisen sich meist nicht imstande, die nötigen Mittel aufzubringen, der zahlreichen Schwierigkeiten Herr zu werden und die Gegebenheiten richtig zu beurteilen. So ist es sinnlos, in einem Orte von 500 Einwohnern fünf Büchereien zu gründen, wie es leider geschah. Es besteht weder der Bedarf, noch ist das nötige Buchmaterial vorhanden und nach einiger Zeit werden voraussichtlich auch die Geldmittel fehlen. Die Folge wird sein, daß nach wenigen Jahren nichts mehr von diesen Gründungen vorhanden ist. Ein solches Vorgehen können wir uns nicht leisten. Der Aufbau des Büchereiwesens darf nicht dem Zufall überlassen bleiben, es muß vielmehr eine sorgfältige Planung, die alle Zersplitterung vermeidet und das Vorhandene restlos ausnützt, einsetzen. Diese Planung durchzuführen ist allein die Büchereistelle für Niederösterreich imstande. Um dieses Vorhaben in Angriff nehmen zu können, braucht sie jedoch größere Summen Geldes. Solange nicht, wie in unseren Nachbarstaaten, die Möglichkeit einer Einhebung eines Büchereigröschens in den Gemeinden besteht, muß allein das Land Niederösterreich hier aushelfen. Die Büchereistelle hat die Absicht, sich zunächst in jedem politischen Bezirk auf den Ausbau einer geeigneten Bücherei zu konzentrieren. Diese soll mit ihren Beständen den leistungsschwachen Büchereien im Umkreis zu Hilfe kommen und auch nach Möglichkeit Orte, die über keine derartige Einrichtung verfügen, in Form von Wanderbüchereien mit Lesestoff versorgen. Diese Methode ist materialsparend, gewährleistet eine volle Ausnützung des Bestandes und verspricht eine gleichmäßigere und gerechtere Versorgung, als dies bei der Unterstützung einzelner Büchereien möglich wäre. Eine Anschaffung von 100 Büchern bedeutet heute bei der Annahme eines Durchschnittspreises von 15 S eine Ausgabe von 1500 S. So ergibt sich schon als Minimum, mit dem die Arbeit begonnen werden könnte — später können dann die Lesegebühren einkalkuliert werden — bei der Anzahl von 23 Bezirken die Summe von 34.500 S. Stellen Sie diese der Büchereistelle zur Verfügung, damit auch der Niederösterreicher, der ebenso ein Anrecht hat, an dem geistigen Besitz der Menschheit teilzunehmen wie der Großstädter, zu dem Buch kommt, das er wünscht und braucht. Tragen Sie dazu bei, daß Österreich ebenso wie auf anderen kulturellen Gebieten auch auf diesem Vorbildlichen leistet.

Auf eines möchte ich besonders noch aufmerksam machen, das ist die Volkskunst. In den Geschäftsauslagen sehen Sie oft den elendesten Kitsch, und da wird es Sache der Gewerbetreibenden sein, diesen Kitsch nicht zu fördern. Was es da an Kerzenleuchtern, Manderln usw. gibt, zeigt, daß das von Leuten stammt, die von der wahren Volkskunst nichts verstehen. Mit grellen Farben werden diese Sachen dort hingestellt. Gegen diese Art von „Volkskunst“ müßte man wohl ein kräftiges Wort aussprechen. Gehen Sie in die Bauernstuben hinaus, dort werden Sie oft marktschreierischen Kitsch aufgehängt finden, weil die Leute glauben, daß das Volkskunst sei. Auch hier wäre von berufenen Stellen mit bestem Beispiel voranzugehen.

Ich habe zu diesem Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ nur noch festzustellen, daß die hier eingesetzten Summen wirklich den Ansätzen entsprechen, die wir wollen. Ich sage ausdrücklich „Ansätze“, denn das Land Niederösterreich hat nicht nur die historische Verpflichtung, Kunst und Wissenschaft zu fördern, sondern auch darüber hinaus die weitere Verpflichtung, im Interesse der Zukunft diesem Kapitel durch alle möglichen Zuwendungen noch mehr zu geben als bisher. *(Lebhafter Beifall rechts.)*

Abg. REIF: Hohes Haus! Ich werde mich bemühen, kurz zu sagen, was wichtig ist. Ich habe Ihnen schon voriges Jahr berichtet, daß unser niederösterreichisches Landesmuseum in einem geradezu trostlosen Zustand aus den Kriegereignissen hervorgegangen ist, daß Schutt, Kunstgegenstände und kulturwissenschaftliche Gegenstände in einem wüsten Haufen durcheinander lagen. Die Sache ist heuer insofern besser geworden, als alles, was im Schutt verborgen war, wieder geborgen werden konnte. Leider mußten wir dabei aber feststellen, daß von den 1400 inventarisierten Kunstwerken nur mehr 230 übrig geblieben sind. Diese Kunstwerke nun für die Zukunft zu retten, ist unsere Aufgabe. Wir haben voriges Jahr beschlossen, das Museum sobald als möglich wieder aufzubauen und es wurde auch ein großer Betrag hiefür eingesetzt. Leider wurde — das müssen wir rügen — dieser Betrag nicht für diesen Zweck verwendet. Es wurden wohl zwei Trakte des Museums notdürftig hergerichtet, im dritten Trakt liegen aber noch immer die Schutthaufen und das zu deren Beseitigung vorgesehene Geld wurde für einen anderen Bau verwendet. Wir müssen verlangen, daß auch der dritte Trakt des Museumsgebäudes fertiggestellt wird.

Im Voranschlag finden wir für unser Symphonieorchester 150.000 S eingesetzt. Wir

haben es vorgestern gehört und können feststellen, daß es würdig ist, daß man es erhält und unterstützt und es so ermöglicht, daß unserer Landbevölkerung nicht immer nur durch das Radio, sondern auch unmittelbar ordentliche Musik vermittelt wird. Dagegen wird wohl kaum etwas einzuwenden sein.

Das zuständige Referat hat sich bemüht, die bildende Kunst dadurch zu unterstützen, daß in verschiedenen Städten des Landes Wanderausstellungen veranstaltet wurden. Es ist Ihnen bekannt, daß diese Wanderausstellungen zu einem vollen Erfolg geführt haben. Es ist nur zu begrüßen, daß auf diesem Weg ein wirklich erfolgreicher Kampf gegen Kitsch und Geschmacklosigkeit geführt wird. Das zuständige Referat bemüht sich heute, dem Volk gute Reproduktionen von wirklichen Kunstwerken zugänglich zu machen. Damit soll endlich die Art der Kunst, die wir immer bekämpft haben und die nicht würdig ist, in einem Kulturvolk in solchen Massen produziert zu werden, nämlich die Talmikunst, verschwinden.

Noch ein paar Worte zu dem Projekt Landestheater. Da prallen zwei Meinungen aufeinander. Einige Städte stehen auf dem Standpunkt, sie wollen ein eigenes Theater haben, das Referat steht aber auf dem Standpunkt, nur ein wirklich gutes Theater aus öffentlichen Mitteln zu unterstützen. Es ist ja nicht möglich, daß kleine Städte in dieser traurigen Zeit, in der wir leben, ein eigenes Theater erhalten können, es ist ja auch in Wien schwer, eine wirklich gute Vorstellung zu füllen. Wie würde es also dann in den ver-

schiedenen Orten draußen sein? Im September fängt der Theaterdirektor an und im Oktober bleibt er den Schauspielern die Gage schuldig und im November sperrt er zu und die Subvention ist dann auch beim Teufel. Es wird daher jedenfalls viel klüger und erfolgreicher sein, ein wirklich gutes Schauspielensemble mit einem größeren Betrag zu subventionieren und mit diesem guten Theater in den verschiedenen Orten von Zeit zu Zeit Vorstellungen zu geben. Damit wird der Kunst wirklich gedient sein. Ich glaube, ich habe damit die wichtigsten Aufgaben des Kunstreferates geschildert und kann damit schließen. *(Beifall links.)*

PRÄSIDENT: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KUCHNER *(Schlußwort)*: Ich bitte das Hohe Haus, auch dieses Kapitel mit der Umstellung der Titel 6 und 7 anzunehmen.

PRÄSIDENT *(Abstimmung über Kapitel V in Erfordernis und Bedeckung mit der vom Finanzausschuß beantragten Umstellung der Titel 6 und 7)*: A n g e n o m m e n.

Ich schließe die heutige Sitzung. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am Freitag, dem 25. April 1947, statt. Grund dafür ist, daß am 22. April 1947 die Vertreter der Landesregierung und des Hohen Hauses zu einer Länderkonferenz wegen der Abgabenteilung nach Salzburg fahren müssen.

*(Schluß der Sitzung um 17 Uhr 38 Min.)*